



Brüssel, den 26.2.2016
SWD(2016) 88 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Länderbericht Österreich 2016

**mit eingehender Überprüfung der Vermeidung
und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte**

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um eine Arbeitsunterlage der Dienststellen der Europäischen Kommission. Diese gibt weder den offiziellen Standpunkt der Kommission wieder noch greift sie ihm vor.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	1
1. Situationsbeschreibung: Wirtschaftslage und -aussichten	5
2. Ungleichgewichte, Risiken und Anpassungen	16
2.1. Lage im Finanzsektor und Kreditvergabekapazität	16
2.2. Ausländische Risikopositionen des Bankensektors	26
2.3. Spillover-Effekte aus dem Finanzsektor auf die öffentlichen Finanzen	35
2.4. Handelsleistung	46
2.5. MIP-Bewertungsmatrix	56
3. Zusätzliche strukturelle Fragen	59
3.1. Haushaltspolitische Rahmen	59
3.2. Besteuerung	64
3.3. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	69
3.4. Bildung und Integration	77
3.5. Förderung von langfristigem Wachstum	81
A. Überblick	89
B. MIP-Scoreboard	94
C. Standardtabellen	95

VERZEICHNIS DER KÄSTEN

1.1. Herausforderungen im Bereich Investitionen	12
1.2. Beitrag des EU-Haushalts zum Strukturwandel	14
2.3.1. Staatliche Beihilfen und Verstaatlichung dreier österreichischer Banken	39
3.2.1. EUROMOD-Simulation der Verteilungseffekte und Haushaltsauswirkungen der Steuerreform	66
3.5.1. Wettbewerb bei den freiberuflichen Dienstleistungen	83

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1.1. Kumuliertes reales BIP-Wachstum, 2008-2014	5
1.2. Arbeitslosenquoten, 2007 und 2014	6
1.3. Wohnimmobilienpreisindex, Veränderung 2008-2014	6
1.4. Reales BIP-Wachstum, Beiträge, Produktionslücke	6
1.5. Gesamt- und Kern-HVPI (harmonisierter Verbraucherpreisindex), Österreich und Euro-Währungsgebiet	7
2.1.4. Kredit- und Leasingengagement in Fremdwährung in der MOSOE-Region (Q4 2014, Wachstum zwischen Q4 2013 und Q4 2014)	19

2.1.5.	Fremdwährungskredite an österreichische Haushalte und Unternehmen	20
2.1.6.	Auslandsvermögensposition nach Sektoren	21
2.1.7.	Monetäre Finanzinstitute – Konsolidierung, übernommene Verbindlichkeiten	21
2.1.8.	Bankdarlehen (Ströme)	22
2.1.9.	Umfrage zum Kreditgeschäft – Nachfrage	23
2.1.10.	Umfrage zum Kreditgeschäft – nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften – angebotsseitige Einschränkungen	23
2.1.11.	Nettofinanzierung von Investitionen durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	24
2.1.12.	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften – Umverteilung von Überschüssen	25
2.1.13.	Unternehmer- und Verbraucherumfrage (BCS) zu Investitionen der GD ECFIN	25
2.2.1.	Vermögen der Tochterbanken in der MOSOE-Region insgesamt	26
2.2.2.	Indirekte Kredite an den Privatsektor in MOSOE und GUS	26
2.2.3.	Direkte Kredite an den Privatsektor in MOSOE und GUS	27
2.2.4.	Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken (in Mrd. EUR)	28
2.2.5.	Nettogewinn der österreichischen Tochterbanken in MOSOE (in % des BIP)	29
2.2.6.	Rentabilität der Tochterbanken in MOSOE (nichtkonsolidierte Basis)	30
2.2.7.	Qualität der Aktiva von Tochterbanken in MOSOE	31
2.2.8.	Gruppeninterne Liquiditätstransfers an MOSOE-Tochterbanken (in % des BIP)	33
2.2.9.	Anteil Österreichs an den Nettoauslandsschulden ausgewählter Mitgliedstaaten	34
2.2.10.	Entwicklung der Exponierung österreichischer Banken in % des BIP der Empfängerstaaten	34
2.3.1.	Gesamtsaldo des Staates und öffentlicher Schuldenstand	35
2.3.2.	Zinsausgaben und Zinssätze	35
2.3.3.	Einsatz von IBSG und FinStaG	36
2.3.4.	Als defiziterhöhend verbuchte Kapitaltransfers	37
2.3.5.	Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors	37
2.3.6.	Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors 2008-2014	38
2.3.7.	Entwicklung des gesamtstaatlichen Defizits und Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors	41
2.3.8.	Bestände an Partizipations- und Aktienkapital	42
2.3.9.	Renditeabstand zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen und durchschnittliche 5 jährige CDS-Prämien der drei größten österreichischen Banken	43
2.3.10.	Auswirkungen der Unterstützung des Finanzsektors auf den öffentlichen Schuldenstand	43
2.3.11.	Öffentlicher Schuldenstand mit und ohne Unterstützung des Finanzsektors	44
2.4.1.	Leistungsbilanz (in % des BIP)	46
2.4.2.	Exportmarktanteil (Waren und Dienstleistungen) Österreich und Euro-Währungsgebiet	46
2.4.3.	Warenhandelsbilanz im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern (in % des BIP)	47
2.4.4.	Handelsbilanz nach großen Wirtschaftskategorien (in % des BIP)	47
2.4.5.	Entwicklung der Einfuhren Österreichs aus Deutschland (in % des BIP)	48
2.4.6.	Entwicklung der Handelsbilanz Österreichs gegenüber den MOE-Ländern (in % des BIP)	48
2.4.7.	Constant-Market-Share-Analyse	50
2.4.8.	Geografischer Effekt nach Hauptregionen	50
2.4.9.	Gütereffekt nach Hauptsektoren	50

2.4.10.	Realer effektiver Wechselkurs Österreichs (2005=100; deflationiert mit Verbraucherpreisen)	51
2.4.11.	Lohnstückkosten, Arbeitsproduktivität und Arbeitskosten (jährliche Wachstumsrate in %), 2008-2014	51
2.4.12.	Verlust an Marktanteilen (in Prozentpunkten)	53
2.4.13.	Anteil am Exportmarkt (Waren & Dienstleistungen) in Wert und Umfang (Index: 1996=100)	53
2.4.14.	Dienstleistungsbilanz (in % des BIP)	54
2.4.15.	Leistungsbilanzsaldo, inländische Ersparnisse und Investitionen (in % des BIP)	55
2.4.16.	Beitrag zur Veränderung der Leistungsbilanz Österreichs (in % des BIP)	55
3.1.1.	Einnahmequellen der subnationalen Gebietskörperschaften im Jahr 2013	60
3.1.2.	Subnationale eigene Steuern im Jahr 2014	60
3.1.3.	Gesamtsaldo der subnationalen Gebietskörperschaften	61
3.1.4.	Ausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften	61
3.1.5.	Gesundheitsausgaben 2013 nach Ebene des Staates	63
3.1.6.	Subnationale Gebietskörperschaften – Wachstum der Gesundheitsausgaben	63
3.2.1.	Einnahmen aus periodischen Immobiliensteuern in Österreich im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten (2014)	65
3.2.2.	Differenz zwischen den effektiven Grenzsteuersätzen für neues Eigenkapital und Fremdkapital in %	67
3.3.1.	Arbeitsmarktlage in Österreich	69
3.3.2.	Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmern und von Arbeitnehmern im Haupterwerbsalter (2014)	70
3.3.3.	Beschäftigungsquoten der 20-64-Jährigen nach Herkunft und Geschlecht (2014)	72
3.3.4.	Beschäftigungsquote der 20-64-Jährigen nach Herkunft und Bildungsstand (2014)	73
3.3.5.	Wachstum der Ausgaben für Gesundheitswesen und Langzeitpflege und BIP-Wachstum	74
3.4.1.	Intergenerationenmobilität der Schüler in AT, 25 – 34 Jahre (2012)	77
3.4.2.	Promovierte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) im Jahr 2013 – Österreich im Vergleich zum Durchschnitt der Innovationsführer (Dänemark, Finnland, Deutschland, Schweden), je 1000 Einwohner	79
3.4.3.	Jahresausgaben für tertiäre Bildung pro Vollzeitstudierendem in Kaufkraftstandards (KKS) im Verhältnis zum BIP je Einwohner (2005/2008/2011)	79
3.5.1.	Ausmaß der Regulierung gewerblicher Dienstleistungen	81
3.5.2.	Eintrittsquote – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (2012)	82
3.5.3.	Index Allokationseffizienz – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (2013)	82
3.5.4.	Entwicklung der FuE-Intensität der Unternehmen und des öffentlichen Sektors, 2000-2014	87
1.1.	Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Schlüsselindikatoren – Österreich	15
2.4.1.	Weltwirtschaftsforum – Wettbewerbsfähigkeit Österreichs	52
2.5.1.	MIP-Bewertungsmatrix (*) – Österreich	56
3.3.1.	Arbeitsmarktergebnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen (2014)	69
B.1.	MIP-Scoreboard	94

C.1. Finanzmarktindikatoren	95
C.2. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren	96
C.3. Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren (Fortsetzung)	97
C.4. Indikatoren zur Strukturpolitik und zum Geschäftsumfeld	98
C.5. Grünes Wachstum	99

ZUSAMMENFASSUNG

Im vorliegenden Länderbericht wird die österreichische Wirtschaft vor dem Hintergrund des Jahreswachstumsberichts der Europäischen Kommission vom 26. November 2015 analysiert. In jenem Bericht werden drei Schwerpunkte für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU im Jahr 2016 empfohlen: Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, Fortsetzung der Strukturreformen zur Modernisierung der Wirtschaft der Mitgliedstaaten und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Zugleich veröffentlichte die Kommission den Warnmechanismus-Bericht, mit dem das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht in die fünfte Runde ging. Der Warnmechanismus-Bericht sieht für Österreich eine eingehende Überprüfung vor.

Nach vier von langsamem Wachstum geprägten Jahren ist nun ein Aufschwung der österreichischen Konjunktur zu erwarten. Der Wachstumspfad der österreichischen Wirtschaft verlief seit 2012 eher flach; es ist jedoch davon auszugehen, dass die Wachstumsrate von 0,7 % im Jahr 2015 auf rund 1½ % in den Jahren 2016 und 2017 ansteigen wird. Zwei Triebfedern dieser Beschleunigung dürften der private Verbrauch und die Investitionen in Wohnimmobilien sein. Die Investitionstätigkeit war bislang verhalten, dürfte sich jedoch aufgrund des gestärkten Vertrauens, günstiger Finanzierungsbedingungen und der notwendigen Ersetzung von Ausrüstung verstärken. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich bei 6 % verharren. Die Inflation dürfte bis 2017 auf knapp 2 % ansteigen, da die dämpfende Wirkung der Energiepreise nachlässt. Die Steuerreform und die Mehrausgaben für Flüchtlinge und Migranten belasten die haushaltspolitischen Aussichten zusätzlich. Den Prognosen zufolge wird sich das gesamtstaatliche Defizit, das 2015 1,6 % betrug, in den Jahren 2016 und 2017 dennoch bei 1,7 % stabilisieren. Aufgrund der Maßnahmen im Finanzsektor stieg der öffentliche Schuldenstand in den Jahren 2014 bis 2015; den Projektionen zufolge soll er aber 2017 auf 84 % des BIP sinken.

Die schleppende Investitionstätigkeit war einer der Hauptgründe für das langsame Wirtschaftswachstum in Österreich in den letzten Jahren. Aufgrund der insgesamt schwachen Aussichten auf den Exportmärkten und der recht ausgeprägten Marktanteilsverluste der österreichischen Exportwirtschaft wurde nur

zurückhaltend investiert. Zugleich gingen die Unternehmensgewinne zurück und die Verschuldung der Nichtfinanzunternehmen sank weiter, während das Wachstum der Unternehmenskredite ins Stocken geriet. Parallel arbeiteten große Bankengruppen daran, die Herausforderungen aufgrund der schwachen Rentabilität, der Zunahme notleidender Kredite bei ausländischen Tochtergesellschaften und der hohen Risiken aufgrund von Krediten in Fremdwährungen zu bewältigen. Dies ging mit Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen in Österreich und auf europäischer Ebene einher, bei denen notwendigerweise der Aufbau von Kapitalpuffern und der Abbau von Risiken in den Bankbilanzen im Mittelpunkt standen. Zudem wurden die öffentlichen Finanzen weiter durch die in der Vergangenheit getroffenen staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Banken belastet, die auf die Wahrung der Finanzstabilität und die Umstrukturierung von in Schieflage geratenen Geldinstituten ausgerichtet waren. Zwar hat sich der Bankensektor als widerstandsfähig erwiesen, doch einige mit bestimmten Banken verbundene Probleme haben die Anlegerstimmung getrübt, was sich in den Kapitalkosten der Banken widerspiegelt. In der Empfehlung des Rates an Österreich aus dem Jahr 2015 wurden diese Herausforderungen bereits identifiziert, und es wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, potenzielle Schwachstellen im Finanzsektor zu beseitigen.

Österreich ist mit einer Reihe weiterer Herausforderungen konfrontiert; sie ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Wachstums- und Investitionsdynamik zu verbessern und auf wachstumsfördernde Weise solide öffentliche Finanzen zu wahren. Hierzu sollten die Effizienz der öffentlichen Ausgaben gesteigert und der öffentliche Schuldenstand reduziert werden. Es sind somit Maßnahmen erforderlich, um die Effizienz im öffentlichen Sektor zu steigern und die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu sichern. Insbesondere Pensionen, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege sind Herausforderungen für die Zukunft. Das Wirtschaftswachstum und die Investitionen zu stärken, um sie wieder auf Vorkrisenniveau zu bringen, ist eine fortlaufende Herausforderung für Österreich, für deren Bewältigung es viele Möglichkeiten gibt. Eine Verbesserung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor sowie des

Zugangs zu diesem Sektor würde neue Investitionsmöglichkeiten schaffen und für mehr unternehmerische Dynamik sorgen. Eine Steigerung der Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte und von Frauen würde zur Verbesserung der langfristigen Verfügbarkeit ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte beitragen.

Insgesamt hat Österreich bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Jahres 2015 begrenzte Fortschritte erzielt. Die Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform 2016 erbringen möglicherweise nicht die erwarteten Einnahmen, so dass die Einhaltung der haushaltspolitischen Bestimmungen gefährdet sein könnte. Für die Straffung der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen des Föderalstaates wurden keine konkreten Vorschläge vorgelegt. Zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems wurde nur der Zugang zu Vorruhestandsregelungen eingeschränkt; Maßnahmen zur Verknüpfung des Pensionsantrittsalters mit der Lebenserwartung oder zur Angleichung des Pensionsalters für Frauen an dasjenige für Männer wurden nicht unternommen. Bei der besseren Nutzung des Arbeitsmarktpotenzials von älteren Arbeitskräften, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt. Gleiches gilt für die Verbesserung der Bildungssituation benachteiligter junger Menschen. Im Dienstleistungssektor wurden keine Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs ergriffen.

Im Bereich der Strategie Europa 2020 hat Österreich bereits seine Ziele hinsichtlich des Anteils an Hochschulabsolventen und der Senkung der Quote früher Schul- und Ausbildungsabgänger erreicht. Beim angestrebten Anteil der erneuerbaren Energien ist Österreich auf einem guten Weg, während bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der Verminderung der Treibhausgasemissionen, der Verbesserung der Energieeffizienz und der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung noch Anstrengungen erforderlich sind.

Dem vorliegenden Länderbericht sind die Ergebnisse der eingehenden Überprüfung sowie die damit verbundenen politischen Herausforderungen zu entnehmen. Die wichtigsten Punkte werden im Folgenden genannt:

- **Der österreichische Bankensektor ist widerstandsfähig, hat allerdings eine Reihe**

von zentralen Herausforderungen zu bewältigen, insbesondere hinsichtlich der unterdurchschnittlichen Kapitalisierung, der geringen Rentabilität und der verminderten Qualität des Kreditportfolios der Tochtergesellschaften im Ausland. Aufsichtsmaßnahmen konnten zur Verbesserung der Bankkapitalisierung beitragen, und die Auswirkungen der Bilanzanpassungen auf andere Sektoren konnten in Grenzen gehalten werden. Dies sind wichtige Errungenschaften, doch die Bemühungen müssen entsprechend den Empfehlungen des Rates fortgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass die Kreditvergabekapazität der Banken erhalten bleibt und potenzielle Schwachstellen beseitigt werden. Die strukturell bedingte niedrige Rentabilität auf dem Inlandsmarkt, der erhöhte Rückstellungsbedarf und die größere Volatilität bei den Auslandseinnahmen aufgrund wirtschaftlicher und politischer Risiken auf mehreren Märkten sind nach wie vor große Schwierigkeiten, die es zu bewältigen gilt. Für die Zukunft sind weitere Verbesserungen bei der Erwirtschaftung von Gewinnen und der Effizienz, beim Risikoabbau im Ausland und beim Aufbau von Kapitalpuffern vorgesehen; hierdurch würde die Widerstandsfähigkeit gestärkt und das Schadenspotenzial abgemildert, das dadurch entsteht, dass das Kreditangebot der Banken nicht mit den verbesserten Konjunkturaussichten Schritt hält.

- **Die Ausrichtung der österreichischen Banken auf Mittel-, Ost- und Südosteuropa trägt zur Erwirtschaftung von Gewinnen bei, bringt jedoch auch das Risiko von Spillover-Effekten mit sich.** Das umfangreiche Auslandsengagement des österreichischen Bankensektors ist in den letzten Jahren zurückgegangen, doch der Anteil der Fremdwährungskredite ist in mehreren Fällen nach wie vor beträchtlich. Zwar ist es durchaus ein strategisches Verdienst der österreichischen Banken, dass sie sich in dynamischen Volkswirtschaften engagieren, doch bringt dies recht ausgeprägte Kreditrisiken, Währungsrisiken und politische Risiken mit sich; die Entwicklungen in Russland und der Ukraine veranschaulichen dies. Der aufsichtsrechtliche Rahmen, um die Risikotragfähigkeit zu steigern, die Finanzierungsquellen im Ausland zu verbessern und Risiken genau zu beobachten,

wurde verstärkt, um so das Risiko einzudämmen, dass sich bankenspezifische Probleme auf die österreichische Volkswirtschaft auswirken.

- **Die Umstrukturierung des österreichischen Bankensektors hat einen Punkt erreicht, an dem der Prozess ohne zusätzliche öffentliche Unterstützung voranschreiten kann.** Der österreichische Bankensektor hat aufgrund der Finanzkrise in erheblichem Umfang öffentliche Unterstützung erhalten. Einerseits verursachten diese Maßnahmen beträchtliche Kosten für die öffentliche Hand. Andererseits wurden durch die staatliche Intervention die potenziell negativen Folgen für die Stabilität des Finanzsystems abgewendet. Die Auswirkungen der in der Vergangenheit getroffenen Unterstützungsmaßnahmen auf den Finanzsektor könnten auch künftig noch in begrenztem Umfang zu spüren sein, dies würde jedoch hauptsächlich Altlasten spezifischer Institute betreffen.
- **Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Marktanteilsverlust der österreichischen Exportwirtschaft scheint kein größeres Hindernis für künftiges Wachstum zu sein.** Die geografische Spezialisierung, vor allem auf EU-Märkte, bringt es mit sich, dass Österreich vergleichsweise wenig vom Wachstum der Überseemärkte, z. B. in China, Brasilien, Indien und den USA, profitieren konnte. Ferner ist der Marktanteilsverlust in puncto Volumen sehr viel geringer als in Bezug auf den Wert. Zudem konnten durch die Belebung auf den traditionellen Exportmärkten Österreichs einige Marktanteile zurückgewonnen werden. In den vergangenen Jahren musste Österreich Einbußen bei der preislichen und der nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit hinnehmen; diese Einbußen müssen im Auge behalten werden, scheinen sich jedoch auf längere Sicht in Grenzen zu halten.

Weitere in diesem Bericht analysierte Schlüsselthemen, aus denen sich konkrete Herausforderungen für die österreichische Wirtschaft ergeben, sind folgende:

- **Die Organisation der Beziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen ist weiterhin komplex und ineffizient.** Durch die 2012 in Kraft getretene Reform des

Österreichischen Stabilitätspakts konnten die Ausgaben auf subnationaler Ebene in Grenzen gehalten werden. Eine bessere Abstimmung der Einnahmen- und Ausgabenbefugnisse und eine geringere Fragmentierung organisatorischer Aufgaben könnten jedoch für Effizienzsteigerungen sorgen. Die Komplexität der Finanzbeziehungen und der staatlichen Konten ist problematisch, auch für eine wirksame Überwachung.

- **Die Steuerlast auf Arbeitseinkommen verringert sich 2016 erheblich, doch es gibt noch weiteres Potenzial.** Der Verminderung der steuerlichen Belastung von Geringverdienern könnte größere Aufmerksamkeit geschenkt werden: Hierdurch könnten mehr Arbeitsanreize geschaffen werden, und der Konsum dieser Bevölkerungsgruppen könnte steigen. Finanziert werden könnte dies durch eine Verlagerung der Steuerlast auf wachstumsfreundlichere Steuerquellen, durch eine Anhebung der Grundsteuer und durch höhere Umweltsteuern, was auch zur Erreichung der Umweltziele beitragen würde.
- **Die Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte in Österreich ist eine der niedrigsten der EU.** Es wurden Maßnahmen getroffen, um den Zugang zu Vorruhestandsregelungen und Invalidenpensionen für Menschen unter 50 einzuschränken. Die Regierung hat sich ferner Zielvorgaben für die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte gesetzt und ihre aktive Arbeitsmarktpolitik für diese Gruppe intensiviert. Weitere Maßnahmen würden der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems zugutekommen. Eine von der Kommission durchgeführte Schuldentragfähigkeitsanalyse ergab für Österreich mittlere Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; Grund hierfür ist der nach wie vor relativ hohe Schuldenstand am Ende des Projektionszeitraums (2026).
- **Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt.** Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt, und dies hat sich im vergangenen Jahrzehnt nicht maßgeblich verändert. In Österreich arbeiten viele Frauen in Teilzeit; als Gründe hierfür geben sie vor allem die Notwendigkeit an, Kinder oder

pflegebedürftige Angehörige zu betreuen. Gemäß dem aktuellen Zeitplan für die Angleichung des Pensionsalters für Frauen an dasjenige für Männer wird im Jahr 2020 das gesetzliche Pensionsalter für Frauen in Österreich das niedrigste in der EU sein – trotz der hohen Lebenserwartung.

insbesondere für KMU und neu gegründete Unternehmen, würden die Investitionsmöglichkeiten ebenfalls verbessern.

- **Der beispiellose Zustrom von Flüchtlingen und Migranten bzw. deren Durchreise werden Anstrengungen auf Seiten der Behörden und der Gesellschaft erfordern, um die Integration und soziale Inklusion dieser Menschen zu ermöglichen.** Sprachunterricht ist eine Grundvoraussetzung für die Integration und ermöglicht Kindern die Teilhabe am Bildungssystem. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund war bereits früher eine Herausforderung, die durch den aktuellen Zustrom verstärkt wird. Benachteiligte junge Menschen, oft mit Migrationshintergrund, haben tendenziell nach wie vor schlechtere Schulleistungen und einen niedrigeren Bildungsstand.
- **Verkrustungen auf den Dienstleistungsmärkten und bei den freien Berufen wirken sich nachteilig auf den Wettbewerb und letztlich auch auf die Investitionen aus.** Weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds im Dienstleistungssektor sind angezeigt; hiervon würden auch andere Bereiche der Wirtschaft profitieren. Die Gründung neuer Unternehmen wird durch hohen Verwaltungsaufwand und einen restriktiv regulierten Marktzugang gebremst. Das Potenzial für Verbesserungen im Dienstleistungssektor hat Österreich zwar erkannt, entsprechende Maßnahmen stehen jedoch noch aus.
- **Rechtliche Hindernisse, Verwaltungsaufwand und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten hemmen weiterhin in beträchtlichem Maße die Investitionsdynamik.** Durch die niedrigen Zinssätze und den günstigen Ölpreis ist vorübergehend ein günstiges Investitionsklima entstanden. Investitionen werden jedoch nach wie vor durch strukturelle Hindernisse gebremst. Rechtliche Barrieren, z. B. restriktive Lizenz- und Genehmigungssysteme, sowie Marktzugangsbarrieren für Dienstleister verhindern neue Investitionen. Eine größere Vielfalt an Finanzierungsoptionen,

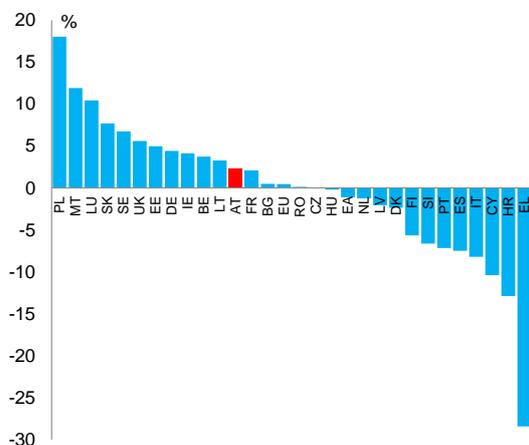
1. SITUATIONSBESCHREIBUNG: WIRTSCHAFTSLAGE UND -AUSSICHTEN

Wirtschaftswachstum

Österreich hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gut überstanden. In der Zeit vor der Finanzkrise hatte sich Österreichs Wirtschaft ohne ausgeprägte Auf- und Abschwünge robust entwickelt. Im Jahr 2009 waren die Auswirkungen der Krise am stärksten zu spüren, doch anschließend folgte eine ähnliche starke Erholung, bevor das Wachstum ab 2012 weitgehend abflaute. Im Zeitraum 2008 bis 2014 wuchs das BIP kumuliert um 2,4 % (Abbildung 1.1). Diese verhältnismäßig stabile Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in einer insgesamt recht guten Situation auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Krise hat nicht zu einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosenquote geführt, die auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau zwischen 5 % und 6 % schwankt (Abbildung 1.2).

öffentliche Schuldenstand bis 2007 unter Kontrolle blieb und auf haushaltspolitischer Seite genügend Spielraum vorhanden war, um die Krise zu überstehen. Die Preise für Wohnimmobilien sind kontinuierlich gestiegen – ohne Ausreißer vor der Krise und mit positivem Wachstum in den vergangenen Jahren, wobei die Zuwächse in großen Städten dynamischer waren (Abbildung 1.3).

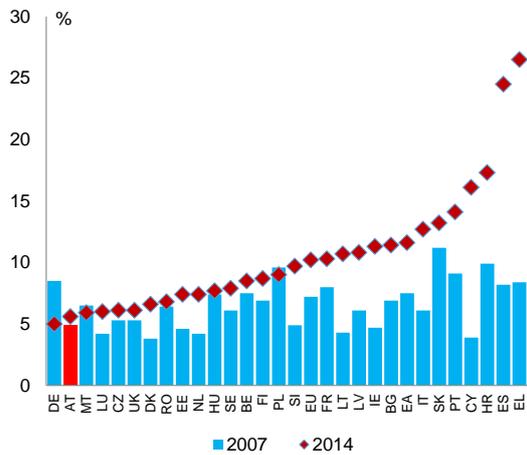
Abb. 1.1: Kumuliertes reales BIP-Wachstum, 2008-2014



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

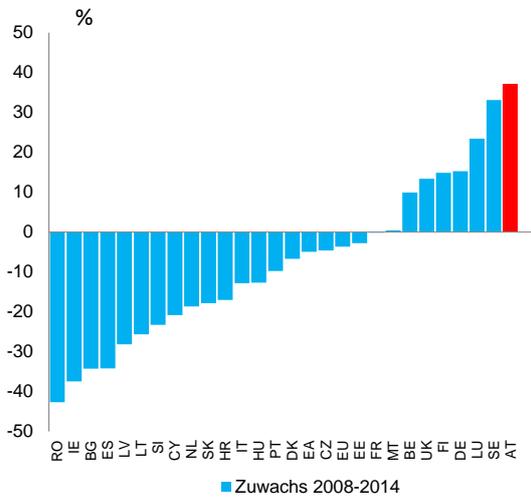
Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern ist der Schuldenstand in Österreich nicht rasch gewachsen. Sowohl die Haushalte als auch die Nichtfinanzunternehmen konnten ihren Schuldenstand weitgehend auf Vorkrisenniveau halten; dabei ging der Schuldenstand der Haushalte leicht zurück, während die Nichtfinanzunternehmen ihre Schulden leicht erhöhten. Die Staatsausgaben waren vor der Krise nur in beschränktem Maße gewachsen, so dass der

Abb. 1.2: Arbeitslosenquoten, 2007 und 2014



Quelle: Eurostat

Abb. 1.3: Wohnimmobilienpreisindex, Veränderung 2008–2014

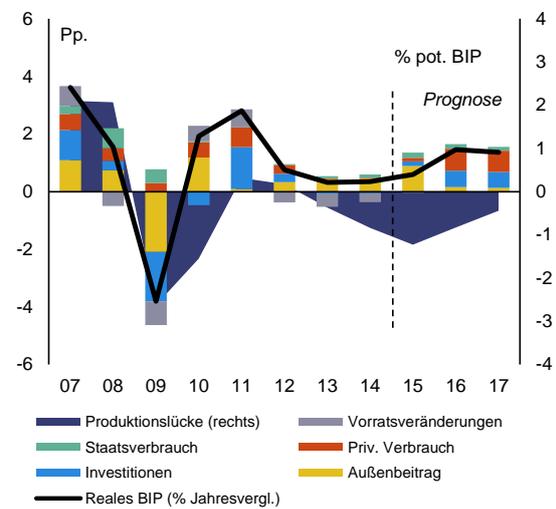


Quelle: Eurostat

Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert das vierte Jahr in Folge. Das Wachstum der Nettoausfuhren hat sich im Vergleich zum Vorkrisenszenario erheblich verlangsamt (Abbildung 1.4). Die Inlandsnachfrage ist durch eine nur schwache Zunahme von Verbrauch und Investitionstätigkeit geprägt – trotz eines robusten Arbeitsmarkts und günstiger Finanzierungsbedingungen. Angesichts der weiterhin bestehenden Unsicherheiten dürfte sich das BIP-Wachstum auch 2015 in Grenzen halten.

Die Wirtschaftstätigkeit ist in allen Sektoren weiterhin schwach. Die Inlandsnachfrage wird weitgehend durch die Staatsausgaben vorangetrieben, während der private Verbrauch verhalten bleibt und die Investitionstätigkeit niedrig ist. Die Außenhandelsbilanz ist nach wie vor positiv, wird jedoch deutlich vom Rückgang der Ausfuhren nach China und Russland beeinflusst.

Abb. 1.4: Reales BIP-Wachstum, Beiträge, Produktionslücke



Quelle: Eurostat

In den Jahren 2016-2017 wird sich das BIP-Wachstum voraussichtlich verbessern. Die positiven Aussichten stützen sich auf eine prognostizierte Zunahme des privaten Verbrauchs nach der Steuerreform 2016, durch die das verfügbare Einkommen der Haushalte um bis zu 4 % steigen wird. Aufgrund der Notwendigkeit, vorhandene Ausrüstung zu ersetzen, dürfte auch die Investitionstätigkeit spürbar zunehmen. Zugleich ist zu erwarten, dass Investitionen in Wohnimmobilien von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren werden. Trotz des insgesamt schwierigen Klimas im internationalen Handel dürfte auch der Außenhandel einen marginalen Beitrag zum BIP-Wachstum leisten.

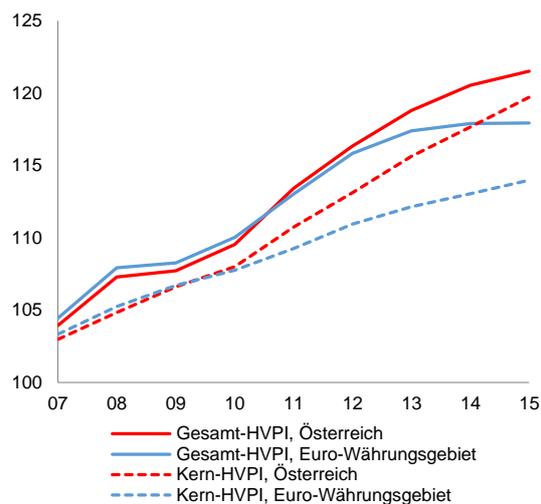
Inflation

Im Vergleich zu anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets hat die

Verbraucherpreisinflation gut standgehalten.

Die Inflation ist weiter stabil und im positiven Bereich. Zurückzuführen ist dies auf Preissteigerungen bei Dienstleistungen, z. B. in den Bereichen Vermietungen und Gastgewerbe (Tourismussektor). Die Kerninflation, und in letzter Zeit auch die Gesamtinflation, stiegen in Österreich schneller an als im Euro-Währungsgebiet insgesamt (Abbildung 1.5). Analog zur konjunkturellen Belebung und zur nachlassenden Wirkung der niedrigen Energiepreise wird für 2016-2017 eine Inflationsrate von knapp 2 % prognostiziert (gegenüber 0,8 % im Jahr 2015).

Abb. 1.5: **Gesamt- und Kern-HVPI (harmonisierter Verbraucherpreisindex), Österreich und Euro-Währungsgebiet**



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

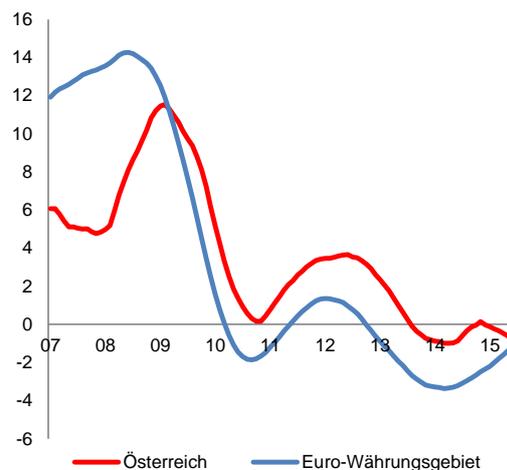
Kredite**Das Kreditwachstum bleibt trotz günstiger Finanzierungsbedingungen weiter schwach (siehe Abschnitt 2.1).**

Das niedrige Zinsniveau kommt nicht dem Kreditwachstum zugute (Abbildung 1.6). Dies ist zum Teil auf restriktivere Kreditkonditionen infolge der Krise in Verbindung mit einer schwachen Kreditnachfrage seitens der Unternehmen zurückzuführen. Die Zinssätze haben zwar einen historischen Tiefstand erreicht, doch deren Wirkung auf die Finanzierungskosten wird teils durch höhere Bankmargen bei Krediten gedämpft.

Die Umstrukturierung des österreichischen Bankensektors geht voran, einige Herausforderungen sind jedoch noch zu bewältigen (siehe Abschnitte 2.1., 2.2. und 2.3.).

Aufgrund der Finanzkrise musste die Regierung Maßnahmen zur Unterstützung mehrerer österreichischer Banken ergreifen, und es traten Schwächen im Finanzsektor zutage. Risikopositionen in mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern in Verbindung mit einer Zunahme des Anteils notleidender Kredite wirkten sich negativ auf die Rentabilität der österreichischen Banken aus. Zugleich leidet der Bankensektor auf dem Inlandsmarkt unter geringen Margen und hohen Kosten aufgrund umfangreicher landesweiter Zweigstellennetze.

Abb. 1.6: **Jährliches Kreditwachstum in %, Kredite monetärer Finanzinstitute an Nichtfinanzunternehmen**

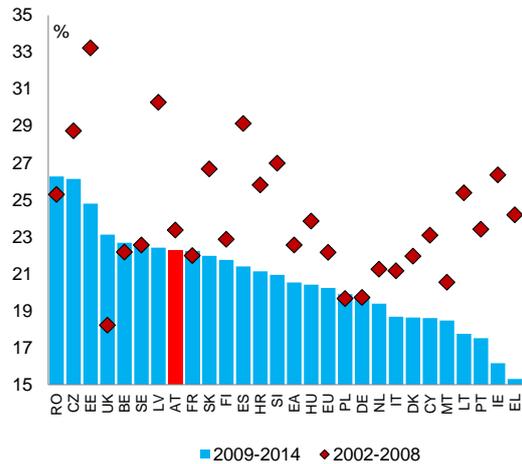


Quelle: Europäische Zentralbank, Österreichische Nationalbank (OeNB)

Investitionen

Die Gesamtinvestitionstätigkeit blieb während der Krise stabil; seitdem sind die Investitionen jedoch nur schwach gewachsen (siehe Kasten 1.1). Trotz der schleppenden Kreditentwicklung bewegt sich Österreichs Investitionsquote seit der Rezession von 2009 bei rund 22 % des BIP, d. h. nur einen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau

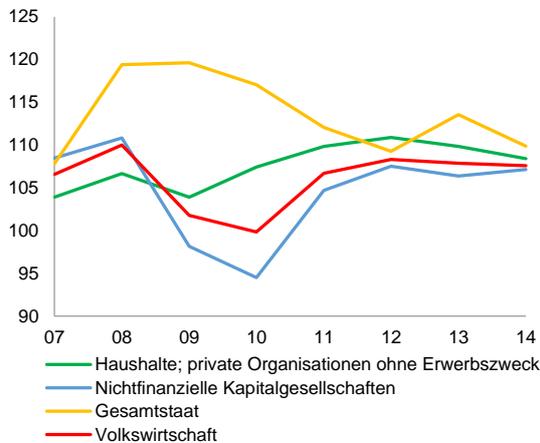
Abb. 1.7: Investitionsquote, Durchschnitt 2009-2014 und 2002-2008



Quelle: Eurostat

(Abbildung 1.7). Doch trotz der im Allgemeinen komfortablen Liquiditätslage der Unternehmen und der günstigen Finanzierungsbedingungen haben sich die Investitionen seit 2012 in allen Sektoren sehr verhalten entwickelt. Dies gilt auch für die Investitionen des öffentlichen Sektors, die seit der Krise weitgehend auf dem gleichen Niveau verharren (Abbildung 1.8).

Abb. 1.8: Investitionen nach Sektoren (Index 2005 = 100)

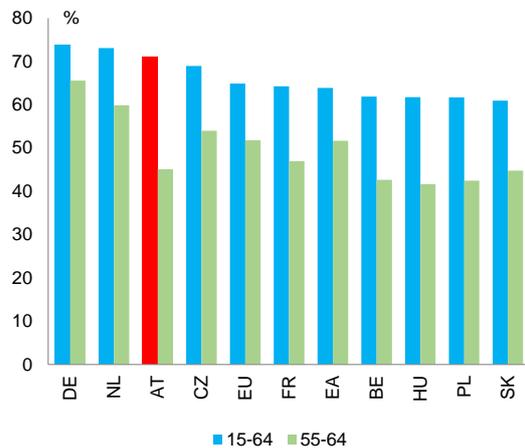


Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Arbeitsmarkt

In Österreich sind die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt besser als in den meisten anderen EU-Ländern, doch das Land steht vor Herausforderungen. Die Arbeitslosenquote ist nach wie vor deutlich niedriger als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten; dies gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit. Bei der Erwerbsbeteiligung und den Beschäftigungsquoten schneidet das Land gegenüber dem Durchschnitt für die EU und das Euro-Währungsgebiet gut ab; nur die Gruppe der älteren Arbeitskräfte bildet hier eine Ausnahme (Abbildung 1.9). Trotzdem ist die Priorität des Jahreswachstumsberichts – ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit in der Arbeitsmarktpolitik – für Österreich relevant. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur langsam sinken, teils auch aufgrund der hohen Nettozuwanderung. Die absolute Zahl der Arbeitsplätze steigt zwar, doch die neuen Arbeitsplätze werden vor allem im Niedriglohnssektor geschaffen oder es handelt sich um Teilzeitbeschäftigungen. Das moderate Lohnwachstum von nominal 2 % setzt sich fort. Die im Vergleich zum gesamten Euro-Währungsgebiet dynamischere Lohnentwicklung und das verhältnismäßig geringe Produktivitätswachstum der letzten Jahre spiegeln sich in den nominalen Lohnstückkosten wider, die – in Kombination mit einem schwächeren Exportwachstum – die Nachfrage nach Arbeitskräften dämpfen könnten.

Abb. 1.9: Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre, 55-64 Jahre, 2014)



Quelle: Eurostat

Handel

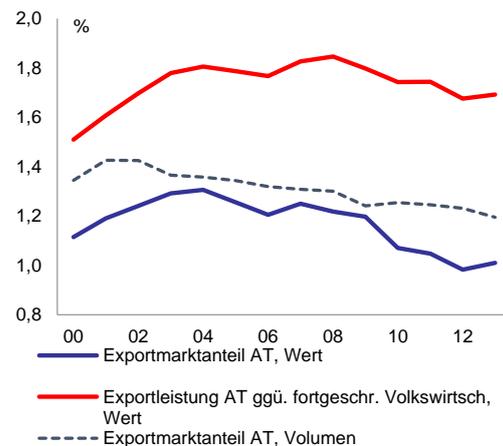
Österreichs langjähriger Leistungsbilanzüberschuss ist seit 2008 – in Verbindung mit einem allmählichen Marktanteilsverlust – zurückgegangen (siehe Abschnitt 2.4); erst in jüngster Zeit hat sich eine Erholung eingestellt. Die rückläufige Handelsbilanz ist hauptsächlich auf eine schwächere Nachfrage aus Ländern des Euro-Währungsgebiets zurückzuführen. Die Marktanteilsverluste betreffen sowohl den Wert als auch das Volumen, es dominieren jedoch Preiseffekte. Die Ausfuhrpreise Österreichs steigen langsamer als die Preise der Handelspartner. Im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften verliert Österreich auf den Exportmärkten leicht an Boden (Abbildung 1.10). Die Nettoauslandsvermögensposition Österreichs kehrte sich allerdings 2013 ins Positive und könnte sich weiter verbessern, da der Finanzierungssaldo der Haushalte und der Unternehmen weiter positiv ist, wodurch das öffentliche Defizit mehr als ausgeglichen wird.

Öffentliche Finanzen

Die öffentlichen Finanzen zeigen sich weiterhin solide, hatten jedoch deutlich unter der staatlichen Unterstützung der Banken zu leiden (siehe Abschnitt 2.3.). Die aufgrund der Finanzkrise erforderlichen Rettungsmaßnahmen wirken sich sehr belastend auf das Haushaltsdefizit

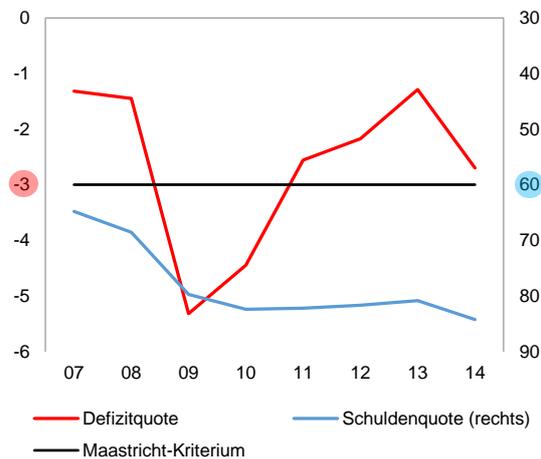
und den öffentlichen Schuldenstand aus. Durch die finanzielle Unterstützung einiger Banken, die infolge der Finanzkrise nach einer umfassenden Expansion im Ausland Verluste erlitten hatten und Kapitallücken auswies, wurden die Staatsfinanzen erheblich beeinträchtigt. Infolgedessen schnellte die öffentliche Schuldenquote in die Höhe und erreichte 2014 84 % des BIP (Abbildung 1.11). Das während der Krise angestiegene Haushaltsdefizit wurde schrittweise durch eine Kombination aus diskretionären Spar- und Steuermaßnahmen wieder unter 3 % gebracht. Dieser Trend lässt sich auch am strukturellen Saldo ablesen, der sich nach der Krise von -3 % des BIP auf rund -¾ % des BIP im Jahr 2014 verbesserte.

Abb. 1.10: Exportmarktanteil (Waren und Dienstleistungen)



Quelle: AMECO, Eurostat, Europäische Kommission

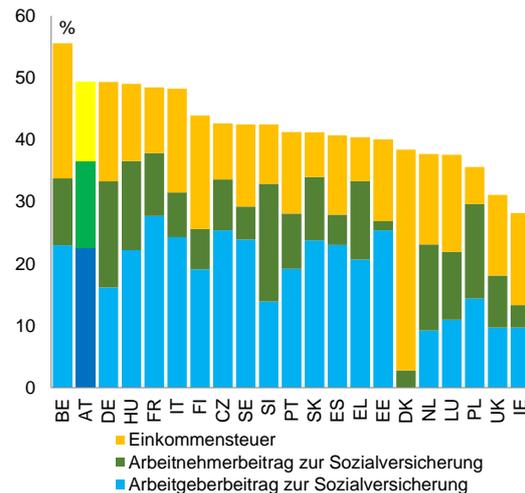
Abb. 1.11: Defizit und Schuldenstand des Gesamtstaats (in % des BIP)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Die vergleichsweise hohen öffentlichen Ausgaben werden durch eine starke steuerliche Belastung, insbesondere des Faktors Arbeit, finanziert (siehe Abschnitt 3.2.). Die Zahlen für 2014 veranschaulichen, dass der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP in Österreich beträchtlich ist (52,5 % gegenüber 48,2 % für die EU-28). Pensionszahlungen, Subventionen und Gesundheitsausgaben sind höher als in anderen Mitgliedstaaten. Um die Ausgaben zu finanzieren, werden mehr Einnahmen benötigt, was zu einer erheblichen Besteuerung der Arbeit führt, wodurch wiederum Arbeitskräfteangebot und -nachfrage belastet werden (Abbildung 1.12). Im Einklang mit den 2015 und 2016 vom Rat ausgesprochenen Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet wird die Steuerreform 2016 die Lage verbessern, indem sie die Steuerlast auf die Arbeitseinkommen verringert und zu einer Steigerung des Arbeitskräfteangebots beiträgt.

Abb. 1.12: Steuer- und Abgabenbelastung (Anteil an den Arbeitskosten in %, 2014)



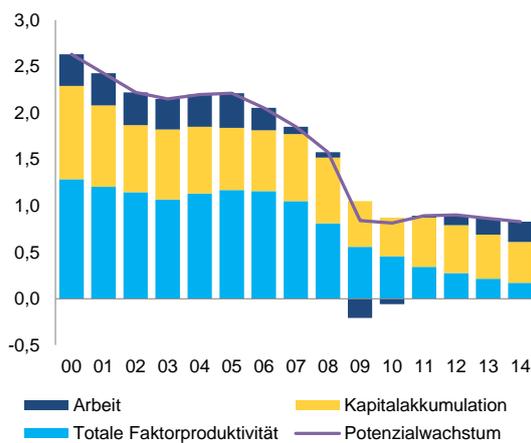
Quelle: OECD

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Österreichs alternde Gesellschaft steht vor erheblichen Herausforderungen aufgrund wachsender Pensions- und Gesundheitsausgaben (siehe Abschnitt 3.3.). Das gesetzliche Pensionsalter ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern niedrig, und das tatsächliche Pensionsantrittsalter ist aufgrund der umfangreichen Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen und Invaliditätspensionen sogar noch niedriger. Die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte ist somit verhältnismäßig gering. Dies und die hohen Gesundheitsausgaben führen dazu, dass die Erhaltung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Österreich vor erhebliche Herausforderungen stellen dürfte. Das niedrige tatsächliche Pensionsantrittsalter impliziert, dass qualifizierte, erfahrene Arbeitskräfte verhältnismäßig früh aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, wodurch das Arbeitskräfteangebot beeinträchtigt wird. In Verbindung mit der abnehmenden Gesamtfaktorproduktivität schränkt dies das Potenzialwachstum ein. Schon vor der Krise war das Potenzialwachstum rückläufig, und ab 2009 blieb es auf einem konstant niedrigen Niveau von rund 1 % (Abbildung 1.13). Der deutliche Rückgang der Gesamtfaktorproduktivität spiegelt die Abnahme der Arbeitsproduktivität

wider, die zu steigenden Lohnstückkosten und einer geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit geführt hat.

Abb. 1.13: Potenzialwachstum und Beitrag je Produktionsfaktor (in Prozentpunkten pro Jahr)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Wie in den anderen Abschnitten dieses Berichts ausführlicher dargelegt, ist Österreich mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Eine dieser Herausforderungen besteht darin, weitere Fortschritte bei der Umstrukturierung des Finanzsektors zu erzielen, indem parallel die Kapitalpuffer gestärkt, die Rentabilität verbessert und die Risiken aufgrund des großen, vernetzten Bankensektors in Österreich eingedämmt werden. Angesichts der Konjunkturverlangsamung in den Schwellenländern und insbesondere in China muss die österreichische Exportwirtschaft in einem schwierigen Umfeld agieren. Im Laufe der Zeit könnten die steigenden Lohnkosten und die geringen Produktivitätssteigerungen die gute Handelsbilanz und den Marktanteil des Landes gefährden. Der erhebliche Anstieg der Nettozuwanderung könnte sich auf längere Sicht positiv auf das Arbeitskräfteangebot auswirken, allerdings nur, soweit die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt. Eine weitere Herausforderung bleibt die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften und Frauen.

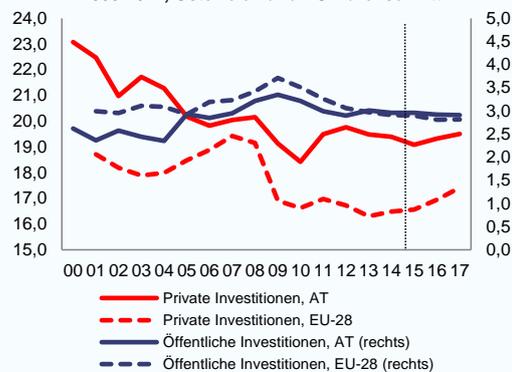
Kasten 1.1: Herausforderungen im Bereich Investitionen

Makroökonomische Aussichten

Die Investitionstätigkeit in Österreich wurde in geringerem Maße von den wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst als im EU-28-Durchschnitt. In den Krisenjahren hatte die Investitionsrate in Österreich weniger stark gelitten als im Durchschnitt der EU-28 (Abbildung 1). Die privaten Investitionen gingen ab 2000 schrittweise zurück und erreichten während der Krise einen Tiefpunkt. 2011 kam es jedoch zu einer schnellen Erholung, und seitdem haben sich die privaten Investitionen stabilisiert. Für die nächsten Jahre wird aufgrund des größeren Vertrauens, günstiger Finanzierungsbedingungen und der Notwendigkeit, vorhandene Ausrüstung zu ersetzen, eine Verstärkung der Investitionstätigkeit erwartet, auch wenn Österreich bis 2017 in geringerem Umfang vom erwarteten Anstieg der privaten Investitionen profitieren dürfte als andere EU-Mitgliedstaaten. Fortschritte bei den Strukturreformprioritäten würden die Investitionsperspektiven weiter verbessern. Auch bei den öffentlichen Investitionen ergibt sich ein sehr solides Bild: Vor der Krise wuchsen die staatlichen Investitionen moderat, danach haben sie sich in etwa auf dem Vorkrisenniveau stabilisiert.

Investitionen in Wohnimmobilien bleiben recht stabil, während die Investitionen der Unternehmen den wirtschaftlichen Trends folgen. Außer bei den Investitionen in Wohnimmobilien ist die Investitionsrate in Österreich in allen Bereichen höher als im EU-Durchschnitt (Abbildung 2). Die Investitionen in Wohnimmobilien sind jedoch bemerkenswert stabil geblieben: Seit 2003 hat sich ihr Niveau praktisch nicht verändert, und auch der Konjunkturzyklus zeigte kaum Auswirkungen. Bei den Investitionen in Ausrüstungen und in sonstige Bauvorhaben ist die Abhängigkeit von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung größer; sie waren bereits vor der Krise zurückgegangen und erreichten 2010 einen Tiefststand. Seitdem entwickeln sich die Investitionen in Ausrüstungen und in andere Bauvorhaben stabil. In den kommenden Jahren dürften die wachsende Nachfrage im Bereich Wohnimmobilien sowie der allgemeine Nachfrageanstieg die Investitionen sowohl im Bau- als auch im Ausrüstungssektor vorantreiben.

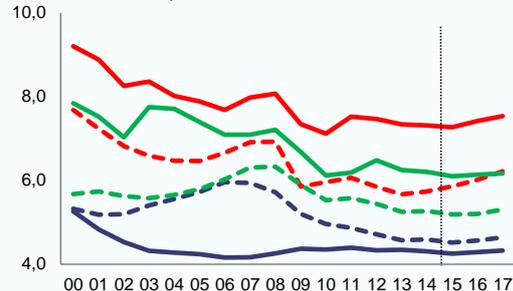
Abb. 1: Öffentliche und private Investitionen in % des BIP, 2000-2017, Österreich und EU-Durchschnitt



Hinweis: Prognose 2015-2017 basiert auf der Annahme einer unveränderten Politik

Quelle: Europäische Kommission

Abb. 2: Investitionen nach Bereichen in % des BIP, 2000-2017, Österreich und EU-Durchschnitt



Hinweis: Prognose 2015-2017 basiert auf der Annahme einer unveränderten Politik

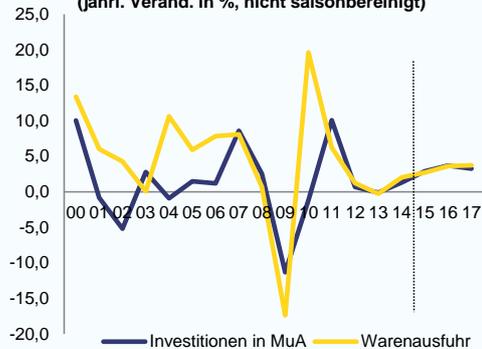
Quelle: Europäische Kommission

Die österreichische Exportwirtschaft ist eine Triebfeder für Unternehmensinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung. Die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen in Maschinen und Ausrüstung folgt dem Trend bei den Wareneinfuhren (Abbildung 3). Beispielsweise spiegelt sich der Einbruch bei den Wareneinfuhren im Krisenjahr 2009 in einem ähnlich dramatischen Rückgang bei den Investitionen in Maschinen und Ausrüstung wider. Zurückzuführen ist dies auf die zentrale Rolle des verarbeitenden Gewerbes in Österreich, auf das ein erheblicher Anteil der Investitionen in Maschinen und Ausrüstung, der Exporte und der Bruttowertschöpfung entfällt. Seine Bedeutung für die Wirtschaft als Ganzes lässt sich am Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ablesen, der seit zehn Jahren ohne merklichen Rückgang bei durchschnittlich 19 % liegt. Der Sektor ist auch ein wichtiger Investitionsmotor: Auf ihn entfielen in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 73 % der nominalen Investitionen in Maschinen und Ausrüstung. Die österreichische Exportwirtschaft konnte sich rasch von der Krise erholen, und auch wenn gewisse Abwärtsrisiken bei der Wettbewerbsfähigkeit bestehen (siehe Abschnitt 2.4.), wird für die nächsten Jahre ein stetiger Anstieg der Exporte erwartet, was entsprechende Unternehmensinvestitionen anstoßen wird.

(Fortsetzung nächste Seite)

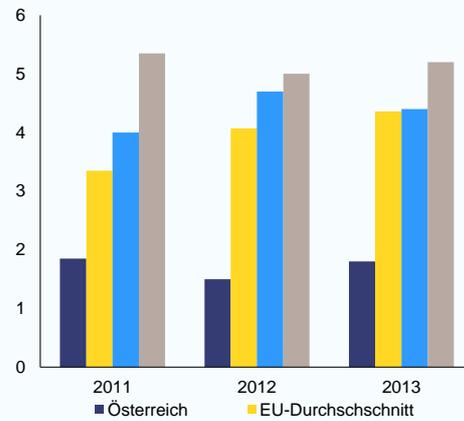
Kasten (Fortsetzung)

Abb. 3: Investitionen in Maschinen und Ausrüstung und Ausfuhr von Waren in konstanten Preisen (jährl. Veränd. in %, nicht saisonbereinigt)



Hinweis: Prognose 2015-2017 basiert auf der Annahme einer unveränderten Politik
Quelle: Europäische Kommission

Abb. 4: Öffentliche Aufträge in % des BIP



Quelle: Europäische Kommission

Bewertung der Hindernisse für Investitionen ⁽¹⁾ und der laufenden Reformen entsprechend dem zweiten Ziel des Jahreswachstumsberichts 2016 („Wiederbelebung der Investitionstätigkeit“):

Im Finanzsektor und im Bereich der Besteuerung hat Österreich einige Fortschritte erzielt, beispielsweise mit der 2016 in Kraft tretenden Steuerreform (siehe Abschnitt 3.2.). Diese Reform ist ein Schritt in die richtige Richtung, da die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringert wird, die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern jedoch nach wie vor hoch bleibt. Weitere Maßnahmen zur Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung und weitere gezielt auf den Unternehmenssektor ausgerichtete Steuerreformen könnten eine Zunahme der Investitionen bewirken. Im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge bleibt Österreich hinter dem EU-Durchschnitt zurück; hier könnten die öffentlichen Investitionsausgaben gesteigert werden (Abbildung 4). Als alternatives Finanzierungsmodell kämen öffentlich-private Partnerschaften in Frage, sofern eine Kosten-Nutzen-Analyse ergibt, dass dieses Modell anderen Arten der öffentlichen Auftragsvergabe überlegen ist. Durch die Einbeziehung von privatem Kapital kann das Investitionsvolumen gehoben werden, und Leistung und Effizienz der öffentlichen Ausgaben rücken stärker in den Vordergrund, da die erwarteten Finanzierungskosten aufgrund der Vergütung der privaten Investoren höher sind. Ein Hindernis für die weitere Hebelung öffentlicher Investitionen durch die Einbindung privater Investoren besteht darin, dass es den Behörden an Ressourcen, Kapazität und Erfahrung mangelt, um bei solchen öffentlich-privaten Partnerschaften das Management und die Risikoüberwachung zu gewährleisten.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind keine Fortschritte bei der Verbesserung des Investitionsumfelds festzustellen (siehe Abschnitt 3.5.). Die rechtlichen Barrieren und der Verwaltungsaufwand sind unverändert hoch (dies gilt insbesondere für die Lizenz- und Genehmigungssysteme), was Unternehmensgründer abschrecken kann. Die rechtlichen Anforderungen sind insbesondere für Gesellschaften mit beschränkter Haftung sehr viel umfangreicher und kostspieliger als für Einpersonengesellschaften. Kredite für Investitionen und Unternehmensgründungen sind im Allgemeinen verfügbar und aufgrund des Niedrigzinsumfelds kostengünstig. Einige kleinere und mittlere Unternehmen könnten jedoch beim Zugang zu Kapital mit restriktiveren Besicherungsanforderungen konfrontiert werden.

Aufgrund der sektorspezifischen Regulierung haben neue Anbieter weiterhin Schwierigkeiten beim Zugang zum Markt für Unternehmensdienstleistungen und zu reglementierten Berufen (siehe Abschnitt 3.5.). Bei der Erleichterung des Marktzugangs durch Vereinfachung der Vorschriften und Anforderungen im Hinblick auf Rechtsform, Tarife oder Beteiligungen am Gesellschaftskapital wurden keine Fortschritte erzielt. Durch die Öffnung des Dienstleistungssektors sowie der freien Berufe würden die Investitionen nicht nur dort gesteigert, sondern auch in anderen von diesen Wirtschaftszweigen abhängigen Sektoren und Branchen. Im Gegensatz zu den ansonsten stabilen Investitionstrends in Österreich und der relativ guten Leistung im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten wurde bei den Investitionen in marktbestimmte Dienstleistungen zwischen 2001 und 2014 ein Rückgang von 14 % auf 12 % des BIP verzeichnet.

⁽¹⁾ Siehe „Member States Investment Challenges“, SWD(2015) 400 final/2 (http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2016/ags2016_challenges_ms_investment_environments_en.pdf).

Kasten 1.2: Beitrag des EU-Haushalts zum Strukturwandel

Österreich gehört zu den Empfängerländern der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und kann im Zeitraum 2014-2020 bis zu 4,9 Mrd. EUR erhalten. Dies entspricht 6,2 % der erwarteten öffentlichen Investitionen Österreichs in den durch die ESI-Fonds unterstützten Bereichen.

Es wurden alle erforderlichen Reformen und Strategien auf den Weg gebracht, um die Ex-ante-Konditionalitäten in diesen Bereichen zu erfüllen; diese Konditionalitäten sind die Voraussetzung dafür, die Fondsmittel zu erhalten, und sollen den Erfolg der Investitionen sicherstellen.

Die Fondsprogramme decken folgende Bereiche ab: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und Energie, Bildung sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Entsprechend den länderspezifischen Empfehlungen des Rates werden im Rahmen des ESF in Österreich sowohl Schlüsselmaßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes (Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte, Verringerung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen, Integration junger Menschen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung) als auch Maßnahmen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung (Verringerung der Zahl der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger unter jungen Menschen in Risikogruppen) gefördert. Die Durchführung unterliegt einem regelmäßigen Monitoring; für Mitte 2017 ist ein Bericht über den Beitrag der Fonds zur Strategie Europa 2020 vorgesehen.

Ergänzt wird die Unterstützung durch die ESI-Fonds durch die Mittel aus dem neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD), dem Programm Horizont 2020, der Fazilität „Connecting Europe“ und anderen direkt von der EU verwalteten Fonds. Im Anschluss an die erste Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ hat Österreich Vereinbarungen mit einem Volumen von 697 Mio. EUR im Bereich Verkehr unterzeichnet. Weitere Informationen über die Inanspruchnahme der ESI-Fonds in Österreich siehe <https://cohesiondata.ec.europa.eu/countries/AT>.

Tabelle 1.1: Wirtschaftliche, finanzielle und soziale Schlüsselindikatoren – Österreich

	2003-2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Prognose		
									2015	2016	2017
Reales BIP (Jahresvergleich)	2,5	1,5	-3,8	1,9	2,8	0,8	0,3	0,4	0,7	1,7	1,6
Privater Verbrauch (Jahresvergleich)	2,2	0,8	0,6	1,0	1,3	0,6	0,1	0,0	0,2	1,5	1,4
Öffentlicher Verbrauch (Jahresvergleich)	1,9	3,7	2,5	0,1	0,0	0,2	0,6	0,8	0,9	0,8	0,7
Bruttoanlageinvestitionen (Jahresvergleich)	2,1	1,4	-7,3	-2,1	6,7	1,3	-0,3	-0,2	0,7	2,6	2,5
Exporte von Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	6,1	2,3	-15,0	13,8	6,0	1,7	0,8	2,1	2,6	3,5	3,6
Importe von Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	5,7	0,9	-12,0	12,0	6,2	1,1	0,0	1,3	2,1	3,5	3,5
Produktionslücke	-0,1	2,1	-2,6	-1,6	0,3	0,2	-0,4	-0,8	-1,2	-0,8	-0,4
Potenzialwachstum (Jahresvergleich)	2,1	1,6	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8	1,1	1,3	1,2
Beitrag zum BIP-Wachstum:											
Binnennachfrage (Jahresvergleich)	1,9	1,5	-0,9	0,1	2,2	0,6	0,1	0,1	0,5	1,5	1,4
Vorratsveränderungen (Jahresvergleich)	0,3	-0,5	-0,8	0,5	0,6	-0,4	-0,5	-0,3	0,0	0,0	0,0
Außenbeitrag (Jahresvergleich)	0,4	0,7	-2,1	1,2	0,1	0,3	0,4	0,5	0,3	0,2	0,2
Beitrag zum potenziellen BIP-Wachstum:											
Gesamtarbeitsvolumen (Stunden) (Jahresvergleich)	0,3	0,1	-0,2	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,5	0,5	0,3
Kapitalakkumulation (Jahresvergleich)	0,7	0,7	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5
Totale Faktorproduktivität (Jahresvergleich)	1,1	0,8	0,6	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP), Zahlungsbilanz	3,6	4,5	2,6	2,9	1,6	1,5	1,9	2,0	.	.	.
Handelsbilanzsaldo (% des BIP), Zahlungsbilanz	4,5	4,7	3,6	3,0	2,3	2,4	2,8	3,7	.	.	.
Terms of Trade Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	-0,4	-1,3	2,2	-1,8	-1,7	-0,4	0,1	0,7	1,7	0,3	0,1
Kapitalbilanzsaldo (% des BIP)	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	.	.	.
Nettoauslandsvermögensstatus (% des BIP)	-11,4	-10,1	-5,1	-5,2	-1,9	-3,1	1,3	2,2	.	.	.
Nettoauslandsverschuldung (marktfähig) (% des BIP)1	-17,8*	-15,1	-10,8	-18,0	-20,8	-23,6	-20,0	-20,9	.	.	.
Bruttoauslandsverschuldung (marktfähig) (% des BIP)1	178,9	190,1	184,7	185,3	186,2	183,6	172,5	172,1	.	.	.
Exportleistung ggü. fortgeschr. Volkswirtschaft. (proz. Änd. über 5 Jahre)	.	6,7*	0,1*	-6,9*	-4,5	-12,3	-10,6	-9,98	.	.	.
Exportmarktanteil, Waren und Dienstleistungen (Jahresvergleich)	4,8	-2,6	-1,7	-10,6	-2,1	-6,2	1,9	0,7	.	.	.
ADI-Nettozuflüsse (% des BIP)	2,1	5,0	0,3	2,0	3,6	3,2	2,4	-0,3	.	.	.
Sparquote der Haushalte (Nettoersparnis in % des verfügbaren Nettoeinkommens)	10,5	11,9	11,3	9,3	7,9	9,2	7,3	7,8	.	.	.
Private Kreditströme (konsolidiert, % des BIP)	6,0	5,5	1,3	0,3	3,0	1,3	0,6	0,2	.	.	.
Schulden des privaten Sektors, konsolidiert (% des BIP)	124,2	127,5	132,8	132,8	130,1	128,9	127,6	127,1	.	.	.
davon Schulden der Haushalte, konsolidiert (% des BIP)	50,5	52,5	53,9	54,8	53,5	52,1	51,2	51,4	.	.	.
davon Schulden der nichtfinanz. Kapitalgesellschaften, konsolidiert (% des BIP)	73,7	75,0	78,9	78,0	76,6	76,8	76,4	75,7	.	.	.
Finanzierungssaldo d. Unternehmen, Überschuss (+) bzw. Defizit (-) (% des BIP)	-0,4	-0,1	2,0	3,8	2,0	0,5	1,3	2,0	1,4	1,1	1,5
Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen (% des BIP)	26,4	26,6	24,7	24,9	25,1	24,2	23,5	23,1	23,1	23,1	23,6
Finanzierungssaldo der Haushalte, Überschuss (+) bzw. Defizit (-) (% des BIP)	5,1	5,7	5,2	3,9	2,4	3,2	1,9	2,6	3,4	4,1	3,8
Deflationierter Wohnimmobilienpreisindex (Jahresvergleich)	0,3	-1,1	3,5	4,4	3,0	4,9	3,0	1,5	.	.	.
Wohnbauinvestitionen (% des BIP)	4,2	4,3	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	.	.	.
BIP-Deflator (Jahresvergleich)	2,0	1,8	1,9	1,0	1,9	2,0	1,5	1,6	1,9	1,2	1,7
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI, Jahresvergleich)	1,8	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	0,9	1,8
Nominales Arbeitnehmerentgelt (je Beschäftigten, Jahresvergleich)	2,4	3,3	1,6	1,1	2,0	2,7	2,2	1,7	1,9	1,3	1,6
Arbeitsproduktivität (real, je Beschäftigten, Jahresvergleich)	1,3	-0,4	-3,4	1,2	1,2	-0,3	-0,1	-0,5	.	.	.
Lohnstückkosten (LSK, Gesamtwirtschaft, Jahresvergleich)	1,1	3,7	5,2	-0,1	0,8	3,0	2,3	2,3	1,8	0,5	0,9
Reale Lohnstückkosten (Jahresvergleich)	-0,9	1,8	3,2	-1,1	-1,1	1,0	0,8	0,6	-0,1	-0,7	-0,8
Realer effektiver Wechselkurs (LSK, Jahresvergleich)	0,8	0,7	2,1	-2,2	0,1	-0,6	3,0	1,8	-1,7	-0,5	.
Realer effektiver Wechselkurs (HVPI, Jahresvergleich)	0,4	0,3	1,1	-3,4	0,5	-1,8	2,1	1,7	-1,8	1,4	-0,3
Steuer- und Abgabenbelastung einer Einzelperson mit Durchschnittseinkommen (%)	32,9	34,0	32,6	32,7	33,4	33,9	34,3	34,6	.	.	.
Steuer- und Abgabenbelastung einer Einzelperson mit 50 % des Durchschnittseinkommens (%)	21,6*	22,7	22,8	22,9	22,10	22,11	22,12	22,13	.	.	.
Gesamtverbindlichkeiten des Finanzsektors, nicht konsolidiert (Jahresvergleich)	12,4	1,8	-0,4	0,8	1,5	1,9	-2,3	0,9	.	.	.
Kernkapitalquote (%) ²	.	7,9	9,6	10,0	10,3	11,3	11,9	12,3	.	.	.
Eigenkapitalrentabilität (%) ³	.	7,10	1,2	6,6	1,2	4,5	1,0	-1,9	.	.	.
Bruttogesamtanteil der notleidenden Kredite (in % der Schuldtitel, Darlehen und Kredite insgesamt) ⁴	.	7,11	2,7	3,9	4,0	4,3	4,2	6,2	.	.	.
Arbeitslosenquote	5,2	4,1	5,3	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	6,0	6,2	6,4
Langzeitarbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung)	1,4	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,5	.	.	.
Jugendarbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung der betreffenden Altersgruppe)	9,7	8,5	10,7	9,5	8,9	9,4	9,7	10,3	.	.	.
Erwerbsquote (15-64 Jahre)	71,7	73,9	74,3	74,4	74,6	75,1	75,5	75,4	.	.	.
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen (% der Personen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität (% der Gesamtbevölkerung unter 60 Jahren)	17,1	20,6	19,1	18,9	19,2	18,5	18,8	19,2	.	.	.
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	-2,6	-1,4	-5,3	-4,4	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,6	-1,7	-1,7
Steueraufkommen im Verhältnis zum BIP (%)	42,4	42,4	42,0	41,8	41,9	42,5	43,3	43,8	44,1	43,6	43,2
Struktureller Haushaltssaldo (% des BIP)	.	.	.	-3,2	-2,5	-1,8	-1,3	-0,7	-0,3	-1,0	-1,4
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	66,1	68,5	79,7	82,4	82,2	81,6	80,8	84,2	85,9	85,1	84,0

(1) Summe der Schuldverschreibungen, anderen Investitionen und Reserven.

(2.3) Inländische Bankengruppen und eigenständige Banken.

(4) Inländische Bankengruppen und eigenständige Banken, ausländ. (EU und nicht EU) kontroll. Tochtergesellschaften sowie (EU und nicht EU) kontroll. Zweigniederlassungen.

(*) Kennzeichnet BPM5 und/oder ESVG95.

Quelle: Europäische Kommission, Winterprognose 2016; EZB

2. UNGLEICHGEWICHTE, RISIKEN UND ANPASSUNGEN

Dieser Abschnitt umfasst die im Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP) vorgesehene eingehende Überprüfung ⁽¹⁾. Im Zentrum stehen die im Warnmechanismus-Bericht 2016 identifizierten Risiken und Schwachstellen. Als Erstes werden Rentabilität, Kapitalisierung und Finanzierungskapazität der österreichischen Banken in Verbindung mit dem inländischen Kreditangebot analysiert. Zweitens werden das Engagement österreichischer Banken in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich Russland und der Ukraine behandelt und die Risiken potenzieller Spillover-Effekte auf Österreich bewertet. Drittens werden die öffentlichen Gesamtausgaben für die Bankenrettung sowie die Zukunftsaussichten spezifischer Finanzinstitute untersucht, deren Unterstützung sich auf das Defizit und den Schuldenstand des Gesamtstaats ausgewirkt hat. Im vierten Teil der Analyse geht es um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft vor dem Hintergrund der Marktanteilsverluste der letzten Jahre. In der abschließenden MIP-Bewertungsmatrix werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

2.1. LAGE IM FINANZSEKTOR UND KREDITVERGABEKAPAZITÄT

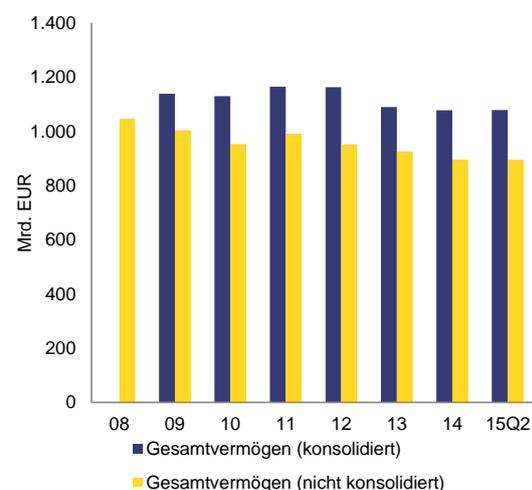
Österreich verfügt über einen großen, international ausgerichteten Bankensektor.

Nach mehr als zehn von schneller Expansion – in Österreich und international – geprägten Jahren belief sich das Gesamtvermögen der österreichischen Banken auf konsolidierter Ebene Ende Juni 2015 auf 1079 Mrd. EUR (Abbildung 2.1.1). Dies entspricht rund 330 % des BIP. Ohne die Vermögenswerte der Tochtergesellschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ⁽²⁾ (MOSOE), d. h. auf nicht konsolidierter Ebene, betrug das Gesamtvermögen der österreichischen Banken rund 270 % des BIP. Das Gesamtvermögen des Bankensektors (sowohl konsolidiert als auch nicht konsolidiert) hat sich zwischen Ende 2014 und Juni 2015 praktisch nicht verändert. Trotz der beträchtlichen Größe des Bankensektors lag der Anteil des Gesamtvermögens der österreichischen Banken am BIP im Juni 2015 unter dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets.

Der österreichische Bankensektor zählt zu den am stärksten fragmentierten innerhalb der EU; zugleich spielen einige wenige Bankengruppen jedoch eine dominantere Rolle. Die Zahl der Banken ist in Österreich sehr hoch, jedoch gibt es nur wenige große Akteure. Ende September 2015

verzeichnete das Land 748 Kreditinstitute;

Abb. 2.1.1: Entwicklung des Gesamtvermögens des Bankensektors



Quelle: OeNB, Finanzmarktaufsicht

damit ist Österreich nach Deutschland das Mitglied des Euro-Währungsgebiets mit der zweitgrößten Zahl von Banken. Die hohe Anzahl relativ kleiner Kreditinstitute spiegelt sich im geringen Konzentrationsgrad des österreichischen Bankensektors (berechnet nach dem Herfindahl-Index) wider. Darin kommt die große Bedeutung der Genossenschaftsbanken und Sparkassen zum Ausdruck. Diese beiden Sektoren werden jedoch durch zwei große Gruppen dominiert: die Erste Group Bank und die Raiffeisen-Gruppe. Auf diese

⁽¹⁾ Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011.

⁽²⁾ Die Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE) umfasst die Türkei und folgende Teilregionen: i) Mittel- und Osteuropa (MOE): Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakische Republik und Slowenien; ii) Südosteuropa (SOE): Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien; iii) den Ostseeraum: Estland, Lettland und Litauen; Russland, Weißrussland und die Ukraine.

beiden Bankengruppen sowie UniCredit Bank Austria entfällt ein großer Anteil des Gesamtvermögens des Bankensektors. Alle drei Bankengruppen sind auch international aktiv.

Kapitalisierung und Rentabilität

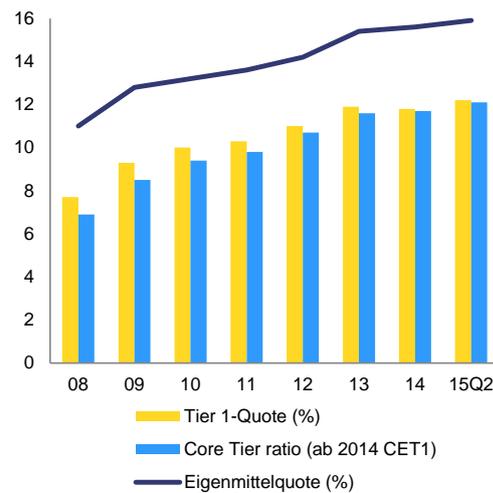
Die Kapitalisierung des österreichischen Bankensektors wurde 2015 weiter ausgebaut, liegt jedoch immer noch unter dem Durchschnitt der Vergleichsgruppe. Trotz der jüngsten Verbesserungen sind die größten österreichischen Kreditinstitute gegenüber vergleichbaren Kreditinstituten in der EU nach wie vor im Rückstand. Unter Berücksichtigung der Kapitalisierung der MOSOE-Tochtergesellschaften verbesserte sich die Kapitaladäquanz stetig und erreichte Ende Juni 2015 15,9 %; Ende 2008 hatte sie noch 11,0 % betragen. Seit 2013 wurden allerdings nur marginale Verbesserungen verzeichnet. Die harte Kernkapital-Quote (CET 1) stieg von 6,9 % Ende 2008 auf 12,1 % Ende Juni 2015 ⁽³⁾; seit 2013 ist das Wachstum jedoch abgeflacht (Abbildung 2.1.2). In absoluten Zahlen betrug die Zunahme des Kernkapitals auf Systemebene seit 2008 16 Mrd. EUR. Die drei größten österreichischen Bankengruppen haben weiterhin kleinere Kapitalpuffer als die Vergleichsgruppe; im Mittelpunkt ihrer Bemühungen zur Stärkung dieser Kapitalpuffer stehen die Neugestaltung ihrer Geschäftsmodelle und Effizienzsteigerungen. Insgesamt zählt die Kapitalisierung des Bankensektors nach wie vor zu den niedrigsten im Euro-Währungsgebiet, und die Stärkung der Bankbilanzen verläuft bislang schleppender als in anderen EU-Mitgliedstaaten. Gegenüber der europäischen Vergleichsgruppe verfügen die österreichischen Banken jedoch über geringere Verschuldungsquoten, worin ihre Ausrichtung auf das traditionellere Bankgeschäft zum Ausdruck kommt.

Die kürzlich eingeführten makroprudenziellen Maßnahmen werden voraussichtlich die Kapitalisierung der größten Banken und die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors verbessern. Um zwölf Kreditinstitute vor Systemrisiken zu schützen, empfahl das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) im Juni 2015, dass die Finanzmarktaufsicht (FMA) im nationalen Aufsichtsbereich einen

⁽³⁾ Die Daten für die Kapitalisierung ab 2014 basieren auf den mittels CRD IV/CRR eingeführten Basel III-Anforderungen.

Systemrisikopuffer von bis zu 3 % der risikogewichteten Aktiva vorsieht ⁽⁴⁾. Im Anschluss an die Empfehlung des FMSG

Abb. 2.1.2: Kapitalisierung österreichischer Banken (konsolidierte Ebene, 2008-2014)



Quelle: OeNB

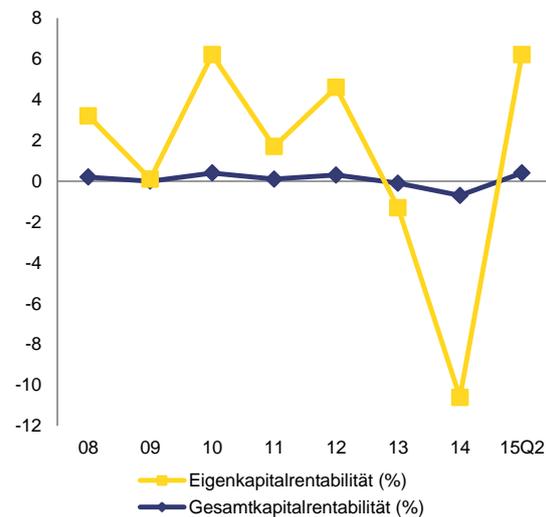
ermittelte die Europäische Zentralbank im Rahmen des Verfahrens der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung (Supervisory Review and Evaluation Process; SREP) die Kapitalquoten für dieselben Kreditinstitute. Da die SREP-Quoten höher sind als die ursprünglich vom FMSG angesetzten Quoten, wurde im September 2015 beschlossen, den Systemrisikopuffer auf 2 % zu begrenzen. Im Dezember 2015 startete die FMA die schrittweise Einführung des Systemrisikopuffers. Bis 2019 müssen Erste Group Bank, Raiffeisen Zentralbank, Raiffeisen Bank International und UniCredit Bank Austria einen Puffer von 2 % der risikogewichteten Aktiva erreichen, die übrigen Kreditinstitute einen Puffer von 1 %.

⁽⁴⁾ Folgende Kreditinstitute werden einen Systemrisikopuffer aufbauen müssen: Erste Group Bank, Raiffeisen Zentralbank, Raiffeisen Bank International, UniCredit Bank Austria, Raiffeisenbank Oberösterreich, Raiffeisen – Holding Niederösterreich – Wien, BAWAG P.S.K, Hypo Niederösterreich, Hypo Vorarlberg, Hypo Tirol, Landesbank Oberösterreich und Sberbank. Der Systemrisikopuffer von bis zu 3 % soll einen Puffer von 1 % der risikogewichteten Aktiva zur Absicherung gegen die „systemische Verwundbarkeit“ der österreichischen Banken und einen Puffer von 2 % der risikogewichteten Aktiva zum Schutz vor „systemischen Klumpenrisiken“ umfassen.

Die geringe Rentabilität der österreichischen Banken auf dem Inlandsmarkt hat ihre Kapazität, intern Kapital zu generieren, eingeschränkt. Bis 2012 blieb die Rentabilität der österreichischen Banken auf dem lokalen Markt robust; danach geriet sie jedoch unter Druck. Belastet wurde die Rentabilität vom Niedrigzinsumfeld in Österreich in Kombination mit einer schleppenden Kreditstätigkeit. Da der österreichische Markt wegen der großen Zahl an Kreditinstituten sehr wettbewerbsintensiv ist, wurde die Rentabilität durch die hohe Aufwand-Ertrags-Quote aufgrund rigider Kostenstrukturen und die höheren Rückstellungen für Kreditausfälle beeinträchtigt. Die Aufwand-Ertrags-Quote der österreichischen Banken ist auf dem Inlandsmarkt höher als für ihre Geschäfte in der MOSOE-Region. Zudem ist der österreichische Markt mit Zweigstellen übersättigt: Die Banken verfügen weiterhin über ein sehr dichtes Zweigstellennetz – eines der größten in Europa. Nur in sechs Mitgliedstaaten (Bulgarien, Zypern, Frankreich, Italien, Portugal und Spanien) ist die Zweigstellendichte noch höher. Im Jahr 2013 rutschte die Rentabilität der inländischen Tätigkeiten in negatives Terrain, und im Gegensatz zur allgemeinen Situation im Euro-Währungsgebiet wiesen die drei größten Bankengruppen 2014 für das Inlandsgeschäft Nettoverluste aus. Die Eigenkapitalrentabilität auf nicht konsolidierter Ebene blieb 2014 im negativen Bereich, erholte sich aber im ersten Halbjahr 2015. Im Juni 2015 betrug die Eigenkapitalrentabilität 5,8 % gegenüber -9,9 % Ende 2014.

Eine wichtige Herausforderung für die Zukunft wird darin bestehen, die Fähigkeit der österreichischen Banken, Gewinne auf dem Inlandsmarkt zu erwirtschaften, zu verbessern. Das Niedrigzinsumfeld wird voraussichtlich weiter die Fähigkeit der Banken beeinträchtigen, Nettozinserträge zu generieren. Zwar konnten die meisten österreichischen Banken auch vom Rückgang der Finanzierungskosten profitieren, doch ihre Margen gerieten unter Druck; dies gilt insbesondere für kleinere Banken, die nur in geringem Maße über die Kapazität verfügen, zinsunabhängige Erträge zu erwirtschaften, um den Rückgang der Nettozinserträge zu kompensieren. In den letzten Jahren haben auch die schwindenden Erträge

Abb. 2.1.3: **Entwicklung der Rentabilität der österreichischen Banken (nicht konsolidierte Ebene)**



Quelle: OeNB

der ausländischen Tochtergesellschaften zu den Rentabilitätseinbußen auf konsolidierter Ebene beigetragen; die Ursachen hierfür waren insbesondere Maßnahmen zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten und höhere Rückstellungen für Kreditausfälle auf mehreren Märkten einschließlich der Ukraine. Durch weitere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung auf dem Inlandsmarkt, beispielsweise durch die Verringerung der Zahl der Zweigstellen, könnten die Betriebskosten gesenkt und die Rentabilität gestützt werden. Die Aufwand-Ertrags-Quote der österreichischen Banken lag im ersten Halbjahr 2015 bei rund 60 %, d. h. über der Quote der Vergleichsgruppen im Euro-Währungsgebiet und in der MOSOE-Region. Die Verbesserung der Rentabilität der österreichischen Banken wird auch ihre Kapazität stärken, organisch Kapital zu generieren.

Fremdwährungskredite an österreichische Haushalte bleiben eine Schwachstelle ⁽⁵⁾. Auf

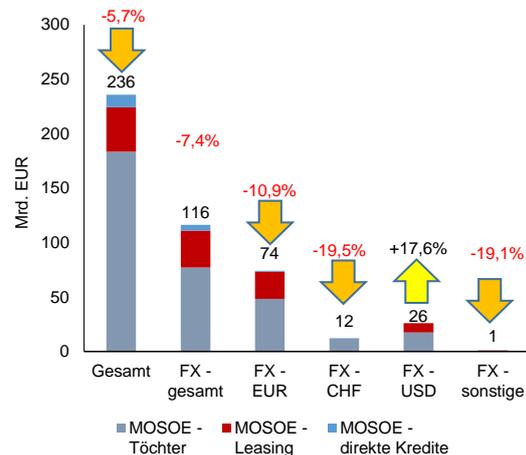
⁽⁵⁾ Zudem ist selbst bei den auf EUR lautenden Krediten der Anteil derjenigen mit variablen Zinssätzen sehr hoch, wodurch bei Normalisierung der Zinsen mittelfristig eine zusätzliche Schwachstelle entstehen könnte. Bei den auf EUR lautenden Krediten an Haushalte fand in den 2000er-Jahren eine ausgeprägte Umorientierung von festen zu variablen Zinssätzen statt; bei den neuen Krediten an Haushalte beläuft sich der Anteil derjenigen mit variablem Zinssatz regelmäßig auf über 80 %. Zwar hatten sich 2009 die einschlägigen Rechtsvorschriften geändert, es ist jedoch

Schweizer Franken lautende Kredite waren vor 2008 in Österreich sehr beliebt; sie machen rund 96 % der Kredite in Fremdwährung aus⁽⁶⁾. Rund 70 % der Kredite in Fremdwährung, die die Banken österreichischen Haushalten gewährten, waren endfällige Darlehen, von denen die meisten wiederum an Rückzahlungsinstrumente (d. h. Investitionsfonds zur Rückzahlung des Darlehenskapitals am Ende der Laufzeit) gekoppelt waren, die sensibel auf Entwicklungen an den Finanzmärkten reagieren. Vor dem Ausbruch der Finanzkrise finanzierten die österreichischen Banken ihre auf Schweizer Franken lautenden Kredite über den unbesicherten Interbankengeldmarkt und die Emission von auf Schweizer Franken lautenden Anleihen. Der Interbankengeldmarkt brach in der Krise jedoch zusammen, während die Emissionen von auf Schweizer Franken lautenden Anleihen 2008 zum Stillstand kamen. Den österreichischen Banken ist es jedoch gelungen, Zugang zum Schweizer Repomarkt zu erhalten, und sie nutzten auch die bilaterale Repofazilität zwischen der Europäischen Zentralbank und der Schweizerischen Nationalbank, die im Zeitraum 2008-2010 bestand, um die Finanzierung ihrer Engagements in Schweizer Franken sicherzustellen.

unklar, inwieweit solche politischen Hebel den Wandel beeinflusst haben.

⁽⁶⁾ Gründe hierfür waren die niedrigeren Zinsen, die geringe Volatilität des Schweizer Franken und eine hohe Nachfrage nach auf Schweizer Franken lautenden Produkten, insbesondere im Bundesland Vorarlberg, das an die Schweiz grenzt. Rund 70 % aller in Österreich gewährten Kredite, die auf Fremdwährungen lauten, sind Darlehen an Haushalte, vor allem Hypothekendarlehen.

Abb. 2.1.4: Kredit- und Leasingengagement in Fremdwährung in der MOSOE-Region (Q4 2014, Wachstum zwischen Q4 2013 und Q4 2014)

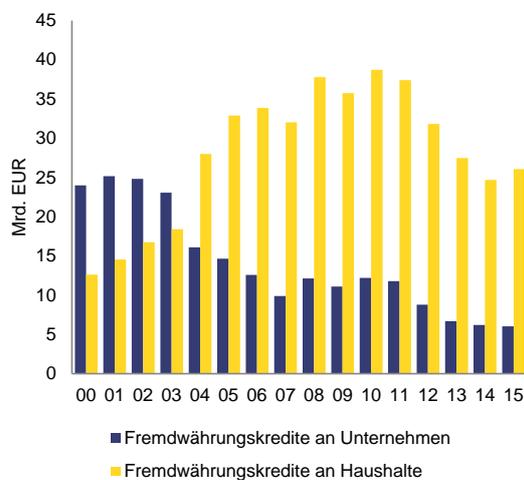


Quelle: OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht 29, Abbildung 21

Bei den auf Fremdwährungen, insbesondere Schweizer Franken, lautenden Krediten ist ein Rückgang zu verzeichnen. Die rückläufige Vergabe von Fremdwährungskrediten sowohl an Haushalte als auch an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften spiegelt die seit 2008 ergriffenen Maßnahmen der österreichischen Bankenaufsicht im Bereich Risikomanagement und Vergabe neuer Kredite in Fremdwährungen wider. Auch die Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) aus dem Jahr 2011, die auf eine Verminderung der Vergabe von Fremdwährungskrediten an nicht besicherte Kreditnehmer abzielten, zeigten hier Wirkung. Ende Juni 2015 beliefen sich die ausstehenden Fremdwährungskredite der österreichischen Banken an Haushalte auf 26 Mrd. EUR, gegenüber rund 38 Mrd. EUR im Jahr 2008 (Abbildung 2.1.5). Die Aufwertung des Schweizer Franken hat sich nur in begrenztem Maße auf die Aktiva-Qualität der österreichischen Banken ausgewirkt, da die meisten Fremdwährungskreditnehmer in Österreich über ein hohes Einkommen verfügen. Einer aktuellen Erhebung der Finanzmarktaufsicht und der Österreichischen Nationalbank (OeNB) zufolge belief sich bei Krediten auf Basis von Rückzahlungsinstrumenten die aggregierte Finanzierungslücke der Kreditnehmer Ende 2014 jedoch auf 14 % (2,8 Mrd. EUR) für Haushalte bzw. auf 15 % (0,5 Mrd. EUR) für Unternehmen.

Nach Schätzungen der OeNB hat sich die Finanzierungslücke unter Berücksichtigung der Aufwertung des Schweizer Franken bis August 2015 auf rund 21 % für Haushalte und 22 % für Unternehmen ausgeweitet. Die letzten Kredite in Fremdwährung werden nach 2035 fällig.

Abb. 2.1.5: Fremdwährungskredite an österreichische Haushalte und Unternehmen



Quelle: OeNB

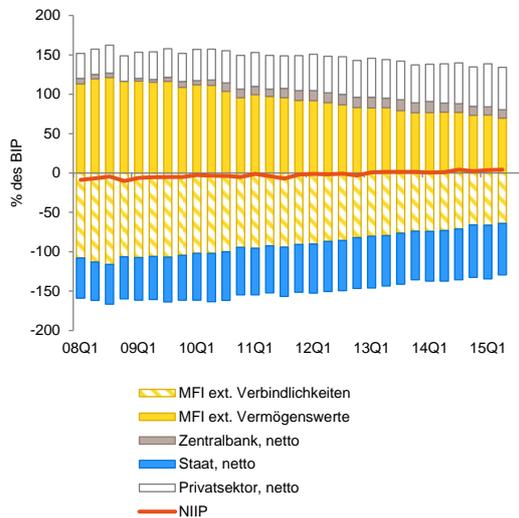
Finanzierungskapazität österreichischer Banken

Die österreichischen Banken waren stark in der Kanalisierung von Auslandsfinanzierungen an die MOSOE-Länder engagiert; seit 2008 ist der Bedarf an externen Finanzierungen jedoch erheblich zurückgegangen. Österreichs Gesamtvermögenswerte und -verbindlichkeiten wurden somit von den Banken dominiert. Beide Werte stiegen bis 2008 auf über 100 % des BIP, sind seitdem jedoch auf 69 % bzw. 64 % des BIP zurückgegangen. Die Daten zu bilateralen Flüssen deuten darauf hin, dass in Österreich Mittel aus dem Euro-Währungsgebiet zur Bereitstellung von Mitteln an die MOSOE-Tochtergesellschaften verwendet wurden. Die Umkehr des Vermögenszuwachses im Jahr 2009 fiel mit einem Umschwung bei den Verbindlichkeiten zusammen, da die Investoren aus Drittländern ihre Exponierung gegenüber Österreich stark reduzierten. Während die österreichische Nettoposition weitgehend unverändert blieb, kam der Nettoabfluss von Kreditfinanzierungen an

MOSOE-Länder zum Stillstand. Die Umkehr der Kapitalströme von Investoren aus Drittländern im Jahr 2009 war in der EU insgesamt zu beobachten; in Österreich war sie jedoch besonders ausgeprägt. Dies führte dazu, dass die Auslandsfinanzierung, die in den Vorkrisenjahren bis 2008 auf 5,6 % des BIP angewachsen war, bereits 2010 wieder ein fast ausgeglichenes Niveau erreichte.

Sowohl externe als auch interne Faktoren haben zu einem Wandel der Wahrnehmung durch den Markt und in den letzten Jahren zu steigenden Risikoprämien geführt. Auf die verstärkten Risiken auf den MOSOE-Märkten reagierten die österreichischen Banken mit einer Umkehr des Vermögenszuwachses und einer Stärkung ihrer Kapitalausstattung. Bis 2013 konnten die österreichischen Banken ihre Quoten nicht nur durch eine Absenkung des Vermögens, sondern auch durch eine Verbesserung des Kernkapitals mittels Tier 1- und Tier 2-Instrumenten verbessern. Die verschiedenen Vorschriften und Beschlüsse, die in den Jahren 2014 und 2015 im Rahmen der Umstrukturierung der Hypo Alpe Adria erlassen bzw. getroffen wurden, führten dazu, dass die Kreditratingagenturen und die Märkte die Haltung der Regierung gegenüber Banken neu bewerteten. Als Gründe für die Rückstufung der meisten großen Banken nannten die Ratingagenturen diese Maßnahmen und die sehr negativen Auswirkungen der Entwicklungen in der Ukraine und Russland auf die Rentabilität.

Abb. 2.1.6: Auslandsvermögensposition nach Sektoren

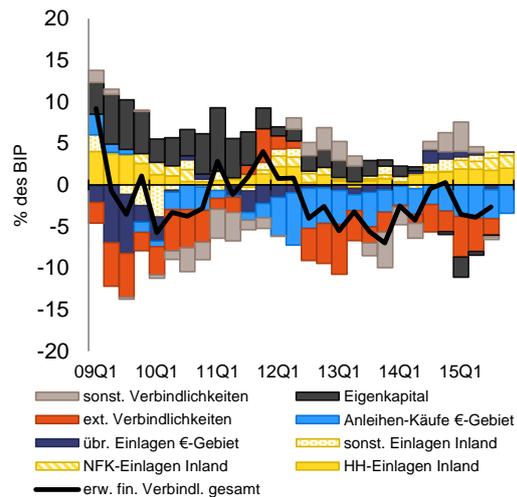


Quelle: Eurostat

Die Banken verfügen über eine komfortable Liquiditätsposition und sind nicht mit Finanzierungszwängen konfrontiert. Trotz niedriger Zinsen sind die inländischen Einlagen nach 2014 stärker gestiegen. Angesichts des Rückgangs der langfristigen Renditen war bei den Einlagen eine Verlagerung von mittleren Laufzeiten zu kurzfristigen Sichteinlagen zu beobachten. Dies könnte zu einem marginalen Anstieg der Liquiditätsrisiken geführt haben, was wiederum der Grund für die festgestellte Reorientierung der Banken in Richtung liquider Aktiva wie Staatsanleihen sein könnte. Insgesamt profitieren die österreichischen Banken jedoch weiterhin von Überschussliquidität und scheinen nicht mit Finanzierungszwängen konfrontiert zu sein. Um das Laufzeitrisiko von langfristigen illiquiden Vermögenswerten, beispielsweise Hypothekenkrediten, abzufedern, stützen sich die österreichischen Banken teils auf gedeckte Schuldverschreibungen. Seit 2014 haben sich die Spreads auf österreichische gedeckte Schuldverschreibungen moderat ausgeweitet, und die Emissionen solcher gedeckten Schuldverschreibungen sind analog zum geringeren Wachstum der Vermögenswerte zurückgegangen. Insgesamt wird jedoch nicht über Marktbeschränkungen für gedeckte Schuldverschreibungen berichtet. Die größeren Spreads auf gedeckte Schuldverschreibungen könnten auf die Hypothekenzinsen abfärben,

scheinen jedoch nicht die Kreditvolumen einzuschränken.

Abb. 2.1.7: Monetäre Finanzinstitute – Konsolidierung, übernommene Verbindlichkeiten (Q4, gleitender Durchschnitt)



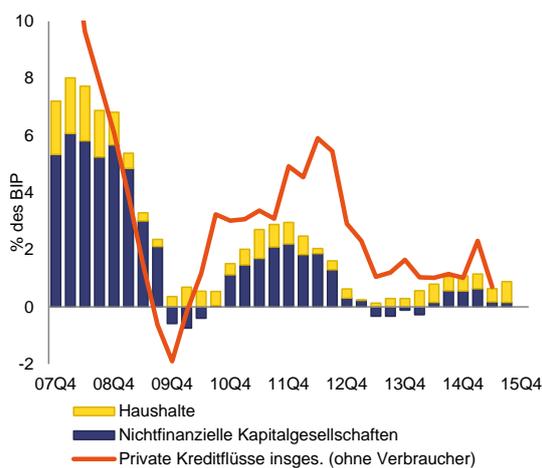
Quelle: Europäische Zentralbank

Einige österreichische Banken sind mit steigenden Kosten für nachrangige Schuldtitel und eingeschränkten Möglichkeiten zur Beschaffung neuen Eigenkapitals konfrontiert. Die schlechten Gewinnaussichten haben die Banken veranlasst, Dividenden und andere Zahlungen an Investoren zu kürzen, um die einbehaltenen Gewinne zur Stärkung ihrer Kapitalquoten zu verwenden. Zudem mussten die Banken die risikogewichteten Aktiva weiter verringern, um ihre Kapitalpuffer zu verstärken. Die CDS-Spreads nachrangiger und unbesicherter Schuldtitel großer österreichischer Banken stiegen im Jahr 2014. Anschließend gingen sie zwar zurück, blieben jedoch auf hohen Niveaus. Die schlechteren Gewinnaussichten haben zu sinkenden Bewertungen des Eigenkapitals österreichischer Banken geführt, was die Ausgabe weiterer Eigenkapitalinstrumente nach 2014 behinderte. Außerdem führte dies dazu, dass sich die österreichischen Banken auf andere Maßnahmen zur Erhöhung der Kapitalquoten konzentrierten, insbesondere auf die Verringerung risikogewichteter Aktiva und Kostensenkungen zur Steigerung der Rentabilität.

Die Verringerung der Vermögenswerte der Banken ging mit einem Rückgang der von

ausländischen Anlegern gehaltenen Bankanleihen einher. Während die Reduzierung der Bilanzsumme seit 2008 zunächst hauptsächlich auf Interbankenkredite zurückzuführen war (wie in den meisten Ländern des Euro-Währungsgebiets), ist die Verringerung des Fremdkapitalanteils der Banken seit 2012 vor allen durch ein rückläufiges Engagement ausländischer Investoren bei österreichischen Bankanleihen gekennzeichnet. Durch die Bonitätsherabstufung mehrerer Banken erhöhten sich die Haltekosten für Anleger aus dem Finanzsektor des Euro-Währungsgebiets, die traditionell fast die Hälfte der österreichischen Bankanleihen halten. Zwar konnten die Banken die Folgen in gewissem Umfang durch eine Erhöhung der inländischen Einlagen und durch Eigenkapitaleinschüsse abfedern, doch die Gesamtbankverbindlichkeiten sind seit 2012 weiter zurückgegangen. Allerdings spiegelt die Abnahme der externen Finanzierung auch einen rückläufigen Bedarf wider, da die österreichischen Banken die Finanzierungslücken ihrer MOSOE-Tochtergesellschaften verringert haben. Insgesamt scheint der geringere Appetit ausländischer Investoren die Finanzierung der Banken nicht zu beeinträchtigen.

Abb. 2.1.8: Bankdarlehen (Ströme)



Quelle: Eurostat und Europäische Zentralbank

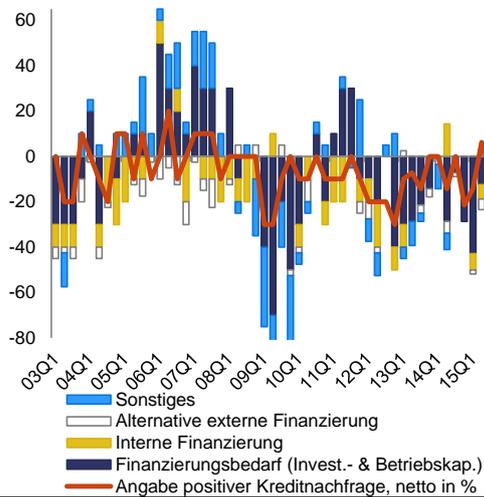
Kreditvergabekapazität österreichischer Banken im Inland

Die inländische Kreditvergabe ist nach wie vor gedämpft und fällt mit einem Schuldenabbau bei den Banken zusammen. Die Kreditvergabe an

den Privatsektor hat sich seit der Krise trotz des positiven Beitrags der Haushalte nur langsam entwickelt. Die private Schuldenquote, die 2009 aufgrund des Konjunkturerinbruchs einen Höchststand erreicht hatte, ist schrittweise wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgekehrt. Eine Aufschlüsselung nach Sektoren verdeutlicht, dass die österreichischen Haushalte nach einer Talsohle in den Jahren 2010 und 2011 ihre Verschuldung nun wieder schrittweise erhöhen. Dies gilt auch für die Dynamik der Preise von Wohnimmobilien, die sowohl nominal als auch real ab 2004 kontinuierlich stiegen und damit für eine durchgängige Kreditnachfrage sorgten. Dagegen war die Kreditnachfrage auf Seiten nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften sehr gedämpft. Dem gegenüber blieb die Kreditvergabe an Haushalte bemerkenswert stabil, da Wohnimmobilien immer häufiger mit geringem Kreditanteil, d. h. von Haushalten mit größeren finanziellen Ressourcen, erworben werden. Das verfügbare Einkommen der Haushalte wird sich im Zeitraum 2015-2017 voraussichtlich weiter erholen, so dass sich der Druck zur Verringerung des Fremdkapitals in Grenzen halten dürfte.

Angebotsseitige Faktoren sind keine wesentlichen Triebkräfte für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Obwohl die Kreditzinsen in Österreich zu den niedrigsten im Euro-Währungsgebiet gehören, entwickelt sich die Vergabe neuer Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften seit 2013 sehr verhalten. Parallel ist bei den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften seit 2010 ein kontinuierlicher Schuldenabbau zu beobachten (Abbildung 2.1.12). Trotz der soliden Liquidität der Unternehmen und im Allgemeinen günstiger Finanzierungsbedingungen entwickeln sich die Investitionen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften seit 2012 nur zögerlich. Ihre Höhe bewegt sich im Jahr 2015 mit voraussichtlich 13,6 % des BIP nahe dem Stand von 2008. Der EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft zufolge ist die Nachfrage nach Krediten zwar schwach, doch könnten hier auch angebotsseitige Faktoren eine

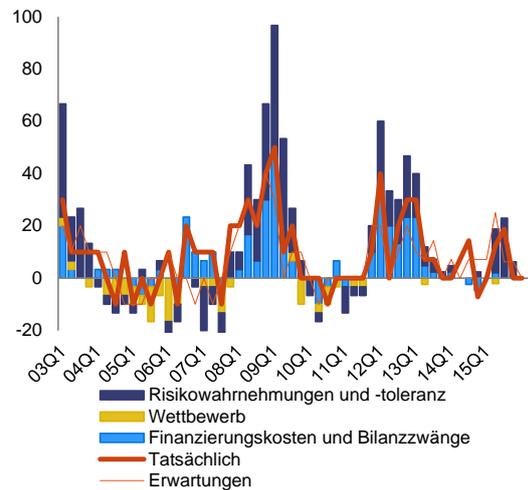
Abb. 2.1.9: Umfrage zum Kreditgeschäft – Nachfrage



Quelle: EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft

Rolle gespielt haben. Die Kreditvergaberichtlinien für Unternehmen wurden seit Mitte 2007 in 19 von 33 Quartalen gestrafft. Wesentliche Faktoren für die weitere Straffung im Jahr 2013 waren Refinanzierungskostenfaktoren, Bilanzzwänge und die Risikowahrnehmung, während der Anstieg im Jahr 2015 hauptsächlich auf Veränderungen bei der „Risikotoleranz“ der Banken zurückzuführen war.

Abb. 2.1.10: Umfrage zum Kreditgeschäft – nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften – angebotsseitige Einschränkungen



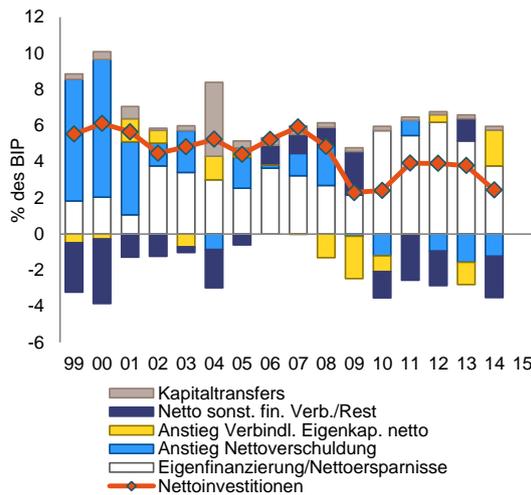
Quelle: EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft

Rückläufige Investitionen von Unternehmen und ihr verstärkter Rückgriff auf interne Finanzierungen haben zu einer verminderten Nachfrage nach Krediten geführt. Seit 2010 stützen sich nichtfinanzielle Unternehmen hauptsächlich auf Eigenmittel, um Investitionen zu finanzieren. Seit 2010 nehmen sie weniger externe Finanzierungen in Anspruch und reduzieren ihre Kreditverbindlichkeiten; dieser Trend intensivierte sich bis 2014 (siehe auch Abschnitt 3.5.). Somit basieren neue Investitionen von Unternehmen nun hauptsächlich auf Eigenmitteln, da die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen die Investitionen übersteigen. Während die Unternehmen vor 2010 noch Nettokreditnehmer waren, sind sie seitdem Nettokreditgeber.

Haupttriebkraft für negative Kreditflüsse war offenbar die Kreditnachfrage. Die Unternehmensgewinne sind zwar weiterhin robust, doch hat sich der Betriebsüberschuss der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften seit 2012 langsam, aber stetig reduziert. Entsprechend gingen die einbehaltenen Gewinne zurück, obwohl die Ausschüttung von Dividenden auf einen historischen Tiefstand zusteuert. Dieser Trend fiel mit einem Rückgang der Investitionen zusammen. Das Absinken der Rentabilität nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften sorgt in Verbindung mit dem schwachen Wirtschaftsumfeld und weiter steigenden

Betriebsmittelkosten für zusätzlichen Druck

Abb. 2.1.11: **Nettofinanzierung von Investitionen durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften**

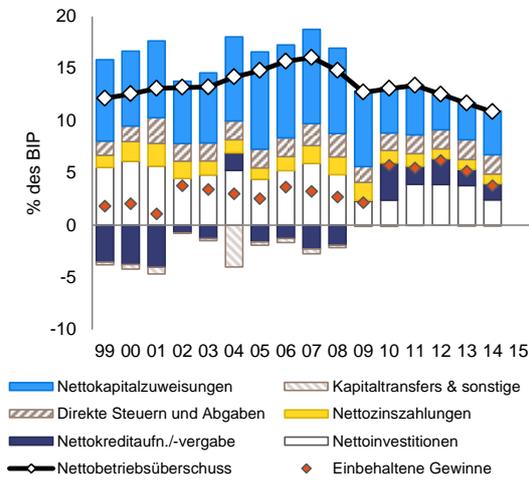


Quelle: Europäische Kommission, Eurostat

auf die Finanzierung neuer Projekte. Laut der EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft ist die Nachfrage seitens nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften nach Krediten seit Mitte 2007 in zwei Dritteln der Quartale leicht zurückgegangen. Auch in der EZB-Umfrage über den Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln wird eine sinkende Nachfrage nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften nach Bankkrediten festgestellt, insbesondere aufgrund eines verminderten Investitionsbedarfs. Diese Umfragen und nationalen Erhebungen deuten somit darauf hin, dass Nachfragefaktoren eine größere Rolle spielen könnten als angebotsseitige Faktoren (siehe auch Abschnitt 3.5.). Zudem lässt der gestiegene Einlagenstand des Sektors erkennen, dass genügend Finanzierungskapazität zur Verfügung steht. Insgesamt scheinen zumeist eher unternehmensbezogene Faktoren für den Schuldenabbau nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften ausschlaggebend zu sein. Diese aggregierte Perspektive könnte jedoch dazu führen, dass angebotsseitige Einschränkungen in bestimmten Teilsektoren übersehen werden, insbesondere in Bezug auf Kreditnehmer, die möglicherweise mit steigenden Anforderungen hinsichtlich Sicherheiten, Eigenkapital und Berichterstattungskosten konfrontiert werden. Sowohl die Umfragen als auch die

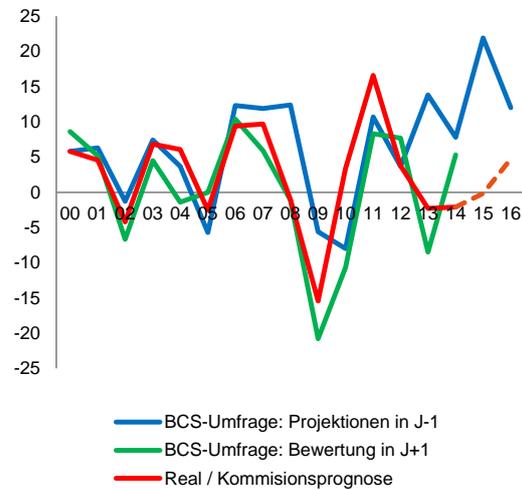
Wirtschaftsprognose deuten auf eine Erholung der Investitionen im Jahr 2016 hin; Grund hierfür ist der voraussichtliche Anstieg des Nachfragewachstums in Österreich und auf den wichtigsten Exportmärkten. Da zu erwarten ist, dass sich die Gewinne der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften auf noch soliden Niveaus stabilisieren, und die Nettovermögensposition komfortabel ist, dürfte die Kreditsituation nicht in größerem Umfang das Investitionswachstum beeinträchtigen. Zudem könnte die Darlehenskapazität der Banken begrenzt sein, solange sich die Kapitalpuffer der Banken nicht weiter verbessern.

Abb. 2.1.12: **Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften – Umverteilung von Überschüssen**



Quelle: Europäische Kommission, Eurostat

Abb. 2.1.13: **Unternehmer- und Verbraucherumfrage (BCS) zu Investitionen der GD ECFIN**



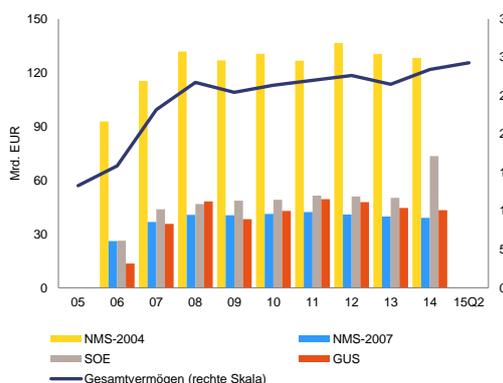
Quelle: Europäische Kommission

Die Anpassungen der Unternehmen an die allgemeine Wirtschaftslage scheinen bislang recht begrenzte Auswirkungen zu haben. Die Zahl der Insolvenzen blieb stabil, allerdings wurde ein leichter Anstieg der notleidenden Kredite registriert. Die schwachen Investitionen sind jedoch ein Schlüsselfaktor für das stagnierende Wachstum Österreichs in den letzten Jahren.

2.2. AUSLÄNDISCHE RISIKOPOSITIONEN DES BANKENSEKTORS

Die österreichischen Banken gehörten zu den ersten Banken, die nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE) expandierten, insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Diese Expansion hatte mehrere Gründe. Ziel der österreichischen Banken war es zunächst, Finanzdienstleistungen für in der betreffenden Region tätige österreichische Unternehmen anzubieten. Außerdem hatte der Wettbewerb auf dem inländischen Markt zu geringer Rentabilität geführt, was ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung der österreichischen Banken war, ihre Aktivitäten in Länder mit größerem Wachstumspotenzial auszudehnen, wo die Möglichkeit höherer Gewinnspannen bestand. Im Vergleich zu Westeuropa war das Ausmaß der Vermittlungstätigkeiten der Banken in MOSOE Anfang der 1990er Jahre gering; zusammen mit den guten Wachstumsaussichten in der Region weckte dies das Interesse der österreichischen Banken. Auch die geografische Nähe und die historischen Bande spielten eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der Banken, in dieser Region eine Geschäftstätigkeit aufzunehmen. Anfang 2000 hatten sich die österreichischen Banken bereits als Hauptakteure im Bankensektor mehrerer MOSOE-Länder etabliert. Der EU-Beitritt mehrerer MOSOE-Länder in den Jahren 2004 und 2007 trug weiter zur Expansion der österreichischen Banken in dieser Region bei.

Abb. 2.2.1: Vermögen der Tochterbanken in der MOSOE-Region insgesamt

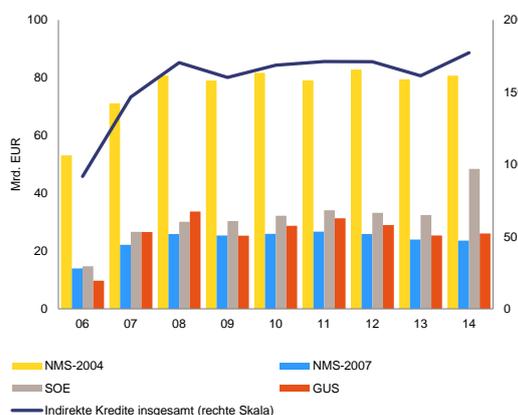


Quelle: OeNB; NMS-2004: Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind; NMS — Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2007 beigetreten sind

Das Gesamtvermögen der Tochtergesellschaften österreichischer Banken

in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE) ist stetig gewachsen. Von 2005 bis 2015 haben sich die Gesamtvermögenswerte der Tochtergesellschaften österreichischer Banken von rund 133 Mrd. EUR (2005) auf 293 Mrd. EUR im Juni 2015 mehr als verdoppelt (Abbildung 2.2.1). Rund 60 % der Vermögenswerte österreichischer Tochterbanken befinden sich in den Ländern, die der EU 2004 bzw. 2007 beigetreten sind, obgleich der Anteil der nicht in der EU gelegenen Vermögenswerte am MOSOE-Gesamtvermögen in den letzten Jahren gewachsen ist. Das Gesamtvermögen der in der Ukraine, in Russland und in anderen GUS-Staaten tätigen Tochterbanken ist von 2006 bis 2011 stetig angestiegen, aufgrund einer Reduzierung des Neugeschäfts und der Herabschreibung bestehender Vermögenswerte in den letzten Jahren aber wieder gesunken. Das Gesamtvermögen in Russland tätiger österreichischer Banken (in ausländischer oder inländischer Hand) belief sich Ende Juni 2015 auf 33 Mrd. EUR (11 % des Gesamtvermögens österreichischer Banken in der MOSOE-Region).

Abb. 2.2.2: Indirekte Kredite an den Privatsektor in MOSOE und GUS

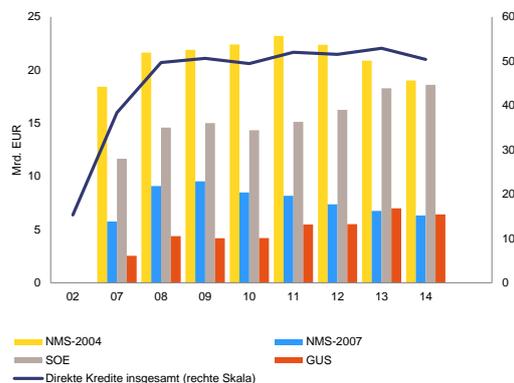


Quelle: OeNB; NMS-2004: Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind; NMS — Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2007 beigetreten sind

Die indirekte Kreditvergabe über Tochterbanken ist eines der herausragenden Merkmale der Kreditvergabe in der MOSOE-Region. Zwar haben die meisten der in MOSOE aktiven westeuropäischen Banken zu dem Kreditboom beigetragen, der vor 2008 in der Region herrschte; die österreichischen Banken

aber verfügten über eine höhere Risikobereitschaft und haben aggressiver in mehrere Länder der Region expandiert. Eine auf Bankscope-Daten beruhende Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Jahr 2012 kam zu dem Schluss, dass die österreichischen Banken in den mitteleuropäischen Ländern im gleichen Maße expandiert hatten wie der Kreditmarkt, im Baltikum dagegen grundsätzlich langsamer als andere Banken. In der Ukraine, Russland und anderen GUS-Staaten dagegen war das Wachstum der österreichischen Banken aggressiver als das ihrer Wettbewerber. Außerdem expandierten die mittleren österreichischen Banken in den Ländern Südosteuropas (SOE) schneller als der Markt. Von 2006 bis 2008 verdoppelte sich die indirekte Kreditvergabe in der MOSOE-Region beinahe (Abbildung 2.2.2).

Abb. 2.2.3: Direkte Kredite an den Privatsektor in MOSOE und GUS



Quelle OeNB; NMS-2004: Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind NMS — Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2007 beigetreten sind

Die direkte Kreditvergabe österreichischer Banken an MOSOE-Länder ist seit 2009 weitgehend stabil geblieben. Die direkte Kreditvergabe in der MOSOE-Region war sowohl für die Großbanken als auch für kleinere und mittlere österreichische Kreditinstitute attraktiv. Den größten Teil der direkten Kreditvergabe machten Kredite an in MOSOE tätige Unternehmen aus. 44 % der von österreichischen Banken im Jahr 2008 vergebenen direkten Kredite gingen an EU-Mitgliedstaaten, die der EU 2004 beigetreten waren; ca. 29 % gingen an SOE-Länder (Abbildung 2.2.3). Die direkte Kreditvergabe ist seitdem weitgehend stabil

geblieben. Der größte Teil der von österreichischen Banken vergebenen direkten grenzübergreifenden Kredite lautet auf ausländische Währungen; hauptsächlich auf EUR, aber auch auf USD und Schweizer Franken. Unternehmen in verschiedenen Ländern der Region wurden auf Schweizer Franken lautende Kredite gewährt (z. B. in Kroatien, Ungarn und Slowenien), jedoch in weniger großem Umfang als im Bereich der indirekten Kreditvergabe.

Das gesamte Kreditrisiko des österreichischen Bankensektors in der MOSOE-Region ist geringfügig zurückgegangen⁽⁷⁾. In der ersten Jahreshälfte 2015 lag das Gesamtkreditrisiko österreichischer Banken gegenüber diesen Ländern (Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zufolge) 1,1 % unter dem des Jahres 2008. Auch nach Beginn der Finanzkrise 2008 haben die österreichischen Banken ihre Tätigkeiten in MOSOE ausgeweitet, wobei das Gesamtkreditrisiko 2011 seinen Höchststand erreichte (Abbildung 2.2.4). Bei der Aufrechterhaltung des Engagements der österreichischen Banken gegenüber den MOSOE-Ländern spielte die „Wiener Initiative“⁽⁸⁾ eine wichtige Rolle. Trotzdem haben die österreichischen Banken im Zuge des zum Teil durch die Staatsschuldenkrise ausgelösten Schuldenabbaus der Mutterbanken im Euro-Währungsgebiet und aufgrund des verhaltenen Wirtschaftswachstums in einigen Ländern der MOSOE-Region ihre Engagements in der Region nach 2011 schrittweise verringert. Das Gesamtkreditrisiko österreichischer Banken in der Region ging von 2011 bis 2014 um 14,5 % zurück, begann 2015 jedoch wieder anzuwachsen. Der Schuldenabbau in der MOSOE-Region ist in seinem Ausmaß je nach Region und Land

⁽⁷⁾ Diese Daten umfassen auf alle Währungen lautende grenzüberschreitende Forderungen von Banken sowie auf alle Währungen lautende lokale Forderungen ihrer ausländischen Filialen. Die Forderungen umfassen Einlagen und Guthaben bei anderen Banken, anderen Banken und Nichtbanken gewährte Darlehen und Vorschüsse, Wertpapierbestände und Beteiligungen.

⁽⁸⁾ Die „Wiener Initiative“, ein gemeinsames Aktionsforum von Akteuren des öffentlichen und des privaten Sektors, hat sich aufgrund seiner einzigartigen Zusammensetzung aus Europäischer Kommission, internationalen Finanzinstituten, Vertretern der nationalen Bankenaufsichtsbehörden in Niederlassungs- und Herkunftsländern und nationaler Behörden (Finanzministerien) als nützliches Krisenmanagement-Instrument erwiesen.

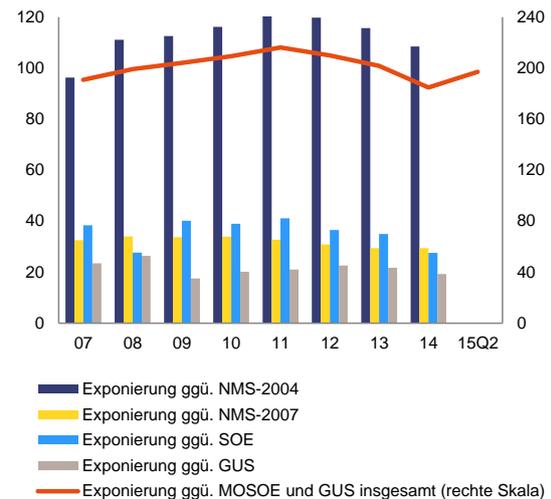
unterschiedlich (vergleichsweise geringerer Rückgang des Kreditrisikos in den GUS-Staaten), insgesamt jedoch geordnet verlaufen.

Die Exponierung gegenüber der MOSOE-Region ist breit gefächert, wobei die Aktivitäten in EU-Mitgliedstaaten dominieren. Die Exponierung gegenüber EU-Mitgliedstaaten in SOE, die nicht zum Euro-Währungsgebiet gehören, ist erheblich. Die ursprünglich wichtigsten Niederlassungsländer der österreichischen Banken waren die Tschechische Republik, Rumänien, Kroatien, Ungarn und Polen. Ende 2014 stellte die Exponierung gegenüber der Tschechischen Republik, Rumänien und Kroatien 71 % der Gesamtengagements gegenüber EU-Mitgliedstaaten, die nicht Teil des Euro-Währungsgebiets sind, in MOSOE dar. Die Exponierung österreichischer Banken gegenüber Mitgliedstaaten in SOE, die zum Euro-Währungsgebiet gehören, ist vergleichsweise geringer und beschränkt sich hauptsächlich auf die Slowakei und Slowenien; die Exponierung gegenüber den baltischen Staaten ist vernachlässigbar. Im Westbalkan ist Serbien der wichtigste Markt für die österreichischen Banken; unter den GUS-Staaten ist dies Russland. Die Exponierung gegenüber der Türkei hat sich seit Ende 2009 erhöht.

Die Exponierung österreichischer Banken gegenüber Russland und der Ukraine ist im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten sehr hoch. Drei österreichische Banken (einschließlich Banken in ausländischer Hand) haben Tochtergesellschaften sowohl in der Ukraine als auch in Russland. Das Gesamtkreditrisiko konzentriert sich jedoch auf zwei in diesen beiden Ländern tätige Banken. Bei der Expansion in diese beiden Länder wurden die österreichischen Banken von deren Wachstumspotenzial angezogen, nachdem sich die Gewinnaussichten in den reiferen Bankensektoren in MOSOE verschlechtert hatten. Im September 2015 hielten die größten österreichischen Banken in inländischem Eigentum 12 % sämtlicher Auslandsforderungen der westeuropäischen Länder gegenüber Russland (88,3 Mrd. EUR) und verfügten damit über die drittgrößte Exponierung (hinter den französischen und italienischen Banken). Außerdem hielten die österreichischen Banken 24 % sämtlicher Auslandsforderungen westeuropäischer Länder gegenüber der Ukraine (11,6 Mrd. EUR). Die

Exponierung der in diesen beiden Ländern tätigen österreichischen Banken beruht hauptsächlich auf Darlehen an Unternehmen.

Abb. 2.2.4: Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken (in Mrd. EUR)



Source: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), auf der Grundlage des „unmittelbaren Kreditnehmers“

Die Engagements der österreichischen Banken stehen im Einklang mit ihren Verpflichtungen im Rahmen der Wiener Initiative. Die österreichischen Banken gehören zu den Hauptakteuren der Wiener Initiative⁽⁹⁾. Die Banken Österreichs und die im Euro-Währungsgebiet gelegenen Mutterbanken der größten Banken in ausländischer Hand, die in den Ländern tätig sind, die Zahlungsbilanzhilfe erhalten (Ungarn, Lettland, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Serbien), haben sich freiwillig dazu verpflichtet, ihre Engagements diesen Ländern gegenüber aufrechtzuerhalten und ihren Tochtergesellschaften ausreichende Kapitalpuffer zur Verfügung zu stellen. Die österreichischen Banken haben ihre Verpflichtungen bezüglich der Exponierung im Rahmen der Wiener Initiative im Großen und Ganzen aufrechterhalten und haben

⁽⁹⁾ Die Beteiligung des privaten Sektors war eine wichtige flankierende Maßnahme der Zahlungsbilanzhilfe, die die EU und die internationalen Finanzinstitute (IWF, Weltbank, EBWE, EIB) Ungarn, Lettland, Rumänien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina im Zeitraum 2009-2011 gewährt haben. Die an der ersten Phase der Wiener Initiative beteiligten österreichischen Mutterbanken waren die Erste Group Bank, die Raiffeisen Bank International und die Österreichische Volksbank AG (ÖVAG).

ihren Tochtergesellschaften während der Hilfsprogramme die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte die makrofinanzielle Stabilität aufrechterhalten und eine systemische Krise während der schlimmsten Phase 2009-2010 verhindert werden. In der zweiten Phase der Initiative, die im Januar 2012 begann, waren private Banken nicht mehr zu einer bestimmten Exponierung verpflichtet, erklärten sich aber damit einverstanden, einen ungeordneten Abbau von Risikoaktiva in MOSOE zu vermeiden.

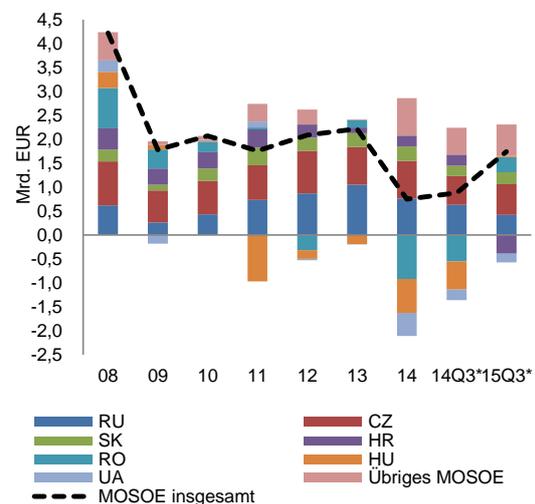
Österreichische Banken weisen eine erhebliche internationale Exponierung auf; Banken aus anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets befinden sich in einer ähnlichen Lage.

Die gesamten konsolidierten Auslandsforderungen der österreichischen Banken beliefen sich zu ihrem Höchststand im Jahr 2007 auf 100 % des BIP; seitdem sind sie aber zurückgegangen und entsprachen 2013 rund 68 % des BIP. Belgien und Finnland wiesen mit 104 % bzw. 106 % des BIP im Jahr 2013 eine größere internationale Exponierung auf als Österreich, während der Anteil der konsolidierten Auslandsforderungen der italienischen, deutschen, französischen und schwedischen Banken niedriger lag. Obgleich die internationale Exponierung der österreichischen Banken diversifizierter war als beispielsweise diejenige schwedischer Banken, bringt das verhältnismäßig große Gewicht der Geschäfte in MOSOE einen relativ großen Spielraum für verschiedene Spillover-Effekte mit sich. Im September 2015 hielten österreichische Banken Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zufolge 20 % der gesamten Auslandsforderungen der EU-15-Banken (über einen Gesamtbetrag von 960 Mrd. EUR) gegenüber den MOSOE-Ländern. Zum Vergleich: italienische Banken hielten 18 %, französische Banken 17 %, deutsche Banken 10 % und schwedische Banken 5 %.

Die Geschäfte in der MOSOE-Region haben eine wichtige Einnahmequelle dargestellt; ihre Rentabilität ist in den letzten Jahren jedoch unregelmäßiger geworden. 2008 waren fast alle Geschäfte in der MOSOE-Region rentabel. In den letzten Jahren haben sich jedoch einige Märkte (Ungarn, Rumänien und Ukraine), die vor 2008 einen erheblichen Beitrag zur Gesamtrentabilität der österreichischen Banken geleistet hatten, zu einer Belastung entwickelt, insbesondere im Jahr

2014. In Rumänien waren aufgrund des von der Bankenaufsichtsbehörde zur Bereinigung der Bankbilanzen durchgeführten Plans zur Auflösung notleidender Kredite erheblich höhere Rückstellungen für Kreditverluste erforderlich. Auch die von Ungarn in Bezug auf die Konvertierung von Fremdwährungskrediten in Kredite in Landeswährung erlassenen Maßnahmen und die Unruhen in der Ukraine haben dazu beigetragen, dass die in diesen Ländern aktiven österreichischen Tochterbanken 2014 erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten.

Abb. 2.2.5: **Nettogewinn der österreichischen Tochterbanken in MOSOE (in % des BIP)**



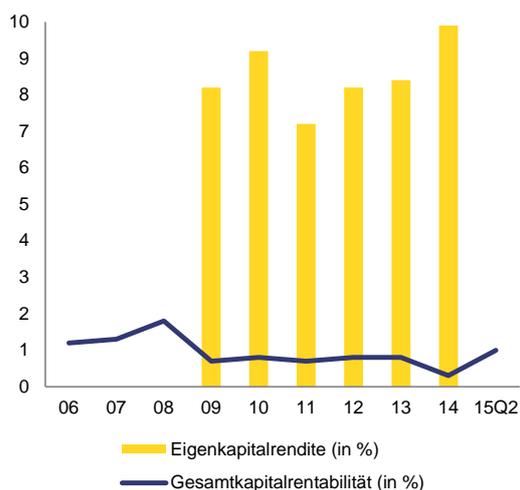
* Daten für das 3. Quartal, nicht vergleichbar mit Daten zum Jahresende

Quelle: OeNB

Die Gewinne der in MOSOE-Ländern tätigen österreichischen Tochterbanken sind 2015 wieder gestiegen. Von 2008 bis 2013 ist die Rentabilität dieser Tochterbanken stabil geblieben, mit einer Eigenkapitalrendite von rund 8 % (Abbildung 2.2.6). 2014 betrug der Gesamtgewinn 747 Mio. EUR, was einen Rückgang um 66 % gegenüber 2013 und einen Rückgang um ungefähr 82 % gegenüber 2008 bedeutet. Den größten Beitrag zur Rentabilität leisteten 2014 Russland, die Tschechische Republik, die Slowakei und die Türkei. Dem Rückgang der Rendite auf den mittel- und osteuropäischen Märkten seit 2008 folgte ein Renditezuwachs in Russland und der Türkei. Die Geschäfte in diesen Ländern sind jedoch mit gewissen Unsicherheiten behaftet, die sich aus politischen Risiken, unvorteilhaften

wirtschaftlichen Entwicklungen und, im Fall Russlands, aus dem internationalen Warenkreislauf ergeben. Insgesamt verbesserte sich die Rentabilität in den ersten neun Monaten des Jahres 2015, mit einer knappen Verdoppelung der Nettogewinne der österreichischen Tochterbanken in MOSOE (auf 1,7 Mrd. EUR) im Verhältnis zum selben Zeitraum des Vorjahres. In Kroatien verursachten die vor kurzem erlassenen Maßnahmen zur Konvertierung der auf Schweizer Franken lautenden Darlehen in Euro-Darlehen den österreichischen Tochterbanken einen Verlust von schätzungsweise 700 Mio. EUR.

Abb. 2.2.6: **Rentabilität der Tochterbanken in MOSOE (nichtkonsolidierte Basis)**



Quelle: OeNB (Österreichische Nationalbank)

Die geopolitischen Entwicklungen haben sich negativ auf die Geschäfte in der Ukraine ausgewirkt. Vor Beginn der Krise in der Ukraine steuerten die Geschäfte der österreichischen Banken in diesem Land einen positiven Beitrag zur Gesamtrentabilität bei. Die geopolitischen Entwicklungen, das schwierige wirtschaftliche Umfeld, die Abwertung der lokalen Währung und die andauernde Verschlechterung der Aktiva-Qualität drücken die Rentabilität der österreichischen Tochterbanken. Im Jahr 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015 verzeichneten die österreichischen Tochterbanken in der Ukraine Verluste. Die Verluste in der ersten Jahreshälfte 2015 waren doppelt so hoch wie die Verluste im selben Vorjahreszeitraum. Raiffeisen International, der größte ausländische Kreditgeber auf dem

ukrainischen Markt, gab im Februar 2015 eine Änderung seiner Strategie auf diesem Markt bekannt, die unter anderem eine Verringerung der Engagements um 30 % bis 2017 umfasst.

Die österreichischen Tochterbanken in Russland leiden unter der Realisierung wirtschaftlicher und politischer Risiken. Die Geschäfte der österreichischen Tochterbanken in Russland haben einen großen Beitrag zur Gesamtrentabilität der österreichischen Banken auf Gruppenebene geleistet. Trotz des sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeldes, höherer Finanzierungskosten und des Rückgangs der Nettozinsspannen ist das Geschäft dort sowohl 2014 als auch 2015 rentabel geblieben. Zwar sind die Gewinne der russischen Geschäfte in der ersten Jahreshälfte 2015 erheblich zurückgegangen, dennoch stellten sie den zweitgrößten Beitrag zum aggregierten Nettogewinn der in MOSOE tätigen österreichischen Tochterbanken dar.

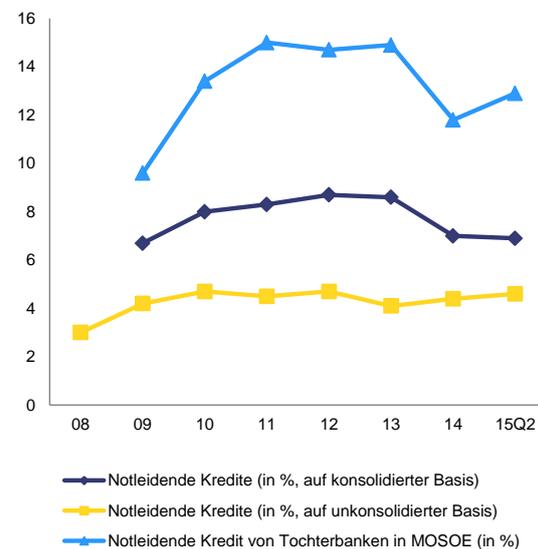
Auch in Zukunft wird die politische und wirtschaftliche Entwicklung ein Risiko für die Geschäfte in der Ukraine und in Russland darstellen. Die Lage in der Ukraine hat sich zwar in den letzten Monaten stabilisiert, muss aber weiterhin mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und beobachtet werden. Die in der Ukraine und in Russland tätigen österreichischen Tochterbanken waren Gegenstand einer verstärkten aufsichtsbehördlichen Überwachung. Angesichts der geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Ukraine wird das Umfeld für dort tätige Banken wohl auch in Zukunft schwierig bleiben. Auch für in Russland tätige Banken sind die Aussichten aufgrund des aktuellen Wirtschaftsabschwungs und des sich verschlechternden Kreditzyklus verhalten. Das Geschäft in der Türkei, das nach 2009 stark expandierte, ist möglicherweise politischen und wirtschaftlichen Risiken derselben Art ausgesetzt.

Die Auswirkungen der Verschlechterung der Aktiva-Qualität auf Rentabilität und Kapitalausstattung der österreichischen Tochterbanken konnte durch Eingreifen der Aufsichtsbehörden abgemildert werden. Seit 2008 hat sich die Aktiva-Qualität in mehreren Kernmärkten der österreichischen Banken verschlechtert, was die Rentabilität der in der Region tätigen österreichischen Banken beeinträchtigt hat. Der Anteil der notleidenden

Kredite der Tochterbanken in MOSOE stieg von 9,6 % im Jahr 2009 auf knapp unter 15 % im Jahr 2013 an; in der ersten Jahreshälfte 2015 ging er wieder auf 12 % zurück (Abbildung 2.2.7). Die Lage in Bezug auf die Aktiva-Qualität in der MOSOE-Region ist nach wie vor schwierig, und in mehreren Ländern der Region tendiert der Anteil der notleidenden Kredite weiterhin aufwärts. Der Rückgang des Anteils an notleidenden Krediten seit 2014 spiegelt die Auswirkungen aufsichtsbehördlicher Maßnahmen wider, die in mehreren Ländern der Region ergriffen wurden (insbesondere in Rumänien) und auf eine schnellere Bereinigung der Bankbilanzen und die Sanierung der ehemaligen Hypo Alpe Adria Bank abzielen. Außerdem haben die österreichischen Tochterbanken ihre Kapazitäten für die Bewältigung notleidender Kredite vergrößert und ihre Prozesse zur Einziehung und Forderungsbeitreibung verbessert.

In verschiedenen Märkten stellt die Aktiva-Qualität immer noch ein Problem dar. Die Aktiva-Qualität wird vermutlich in verschiedenen MOSOE-Ländern (insbesondere in Russland und in der Ukraine) weiterhin unter Druck bleiben. In verschiedenen Ländern (Kroatien, Ungarn, Serbien, Rumänien), in denen es in den letzten Jahren zu einer deutlicheren Verschlechterung der Aktiva-Qualität gekommen war (Anteil der notleidenden Kredite im zweistelligen Bereich), tendiert der Anteil der von österreichischen Tochterbanken gehaltenen notleidenden Kredite nach unten. Der Anteil notleidender Kredite österreichischer Tochterbanken in der Ukraine nahm in der ersten Jahreshälfte 2015 ab, bleibt jedoch nach wie vor auf einem hohen Stand. Die Deckungsquote für notleidende Kredite (Verhältnis der Rückstellungen für Verluste durch notleidende Kredite zum Gesamtumfang notleidender Kredite) der österreichischen Tochterbanken in der MOSOE-Region lag in der ersten Jahreshälfte 2015 bei 56,3 % und damit um 0,5 % niedriger als Ende 2014.

Abb. 2.2.7: **Qualität der Aktiva von Tochterbanken in MOSOE**



Quelle: OeNB

Trotz des aktuellen Abwärtstrends ist der Bestand an im Ausland gewährten ausstehenden Fremdwährungskrediten nach wie vor erheblich. Bei einem großen Teil der von Tochtergesellschaften der in MOSOE tätigen österreichischen Banken vergebenen Kredite handelt es sich um Fremdwährungskredite. Seit 2008 sind diese Kredite jedoch rückläufig, was zum Teil auf die strengeren Vorschriften für die Vergabe von Fremdwährungskrediten zurückzuführen ist, die von den österreichischen Aufsichtsbehörden erlassen wurden. 2010 verpflichteten sich die in der MOSOE-Region tätigen österreichischen Banken dazu, von der Vergabe neuer, nicht auf Euro lautender Fremdwährungskredite an nicht abgesicherte Haushalte und KMU abzusehen. Der Gesamtbetrag der von österreichischen Tochterbanken vergebenen Fremdwährungskredite belief sich in der ersten Jahreshälfte 2015 auf rund 73 Mrd. EUR; 2013 waren es noch 84 Mrd. EUR. Der Anteil der auf Schweizer Franken lautenden Kredite an den Fremdwährungskrediten war im Juni 2015 am höchsten in Polen (59 %), gefolgt von Kroatien (17 %), Ungarn (10 %) und Rumänien (4 %).

Der Erfolg der makroprudenziellen Maßnahmen zur Eindämmung der Vergabe von Fremdwährungskrediten in MOSOE

während der Boomphase war begrenzt. Angesichts eines Kreditbooms und einer zunehmenden Vergabe von Fremdwährungskrediten durch österreichische und andere westeuropäische Banken, insbesondere im Zeitraum von 2003-2008, erließen mehrere Länder der MOSOE-Region makroprudenzielle Maßnahmen, mit denen die Risiken im Zusammenhang mit diesen Krediten eingedämmt werden sollten⁽¹⁰⁾. Nach Beginn der Finanzkrise verstärkten die MOSOE-Länder ihre Anstrengungen zur Eindämmung der Vergabe von Fremdwährungskrediten und insbesondere von Krediten, die auf andere Währungen als auf EUR lauteten, und setzen die Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) zu Fremdwährungskrediten aus dem Jahr 2011 um.

Für die Zukunft gilt, dass Fremdwährungskredite, insbesondere der Bestand an auf Schweizer Franken lautenden Krediten, weiterhin eine potenzielle Schwachstelle darstellen und zu beobachten sind. Das Risiko im Zusammenhang mit den auf Schweizer Franken lautenden Krediten, die an österreichische Haushalte vergeben wurden, erscheint bislang überschaubar; die in der MOSOE-Region gewährten Fremdwährungskredite stellen dagegen eine gefährliche potenzielle Schwachstelle dar. Einige Länder der Region haben bereits Maßnahmen zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten (insbesondere von auf Schweizer Franken lautenden Krediten) in lokale Währung erlassen oder stehen im Begriff, solche zu erlassen; die Konvertierung erfolgt dabei zu ungünstigen Bedingungen für die Banken. Die Aufwertung des Schweizer Franken Anfang 2015 hat die Fähigkeit einiger Kreditnehmer in mehreren MOSOE-Ländern (Kroatien, Polen, Ungarn, Rumänien) zur Rückzahlung der Kredite beeinträchtigt.

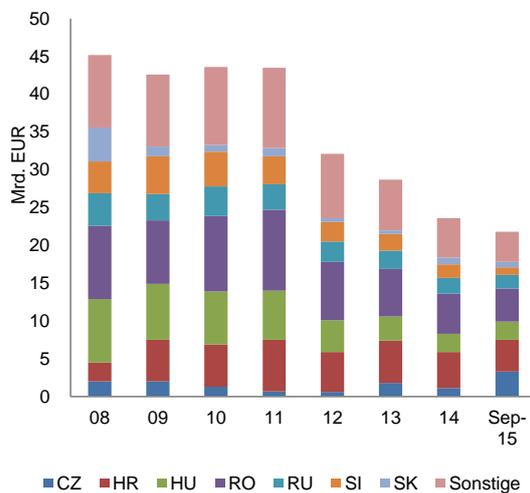
⁽¹⁰⁾ Diese Maßnahmen umfassten unter anderem: (i) höhere Mindestreserven für Fremdwährungsverbindlichkeiten (Rumänien und Serbien); (ii) höhere Rückstellungen für Kreditverluste für Fremdwährungskredite (Rumänien und Serbien); (iii) höhere Risikogewichtung von Fremdwährungskrediten (Serbien); (iv) geringere Beleihungsgrenzen für Fremdwährungskredite (Polen); (v) geringerer Verschuldungsgrad für Fremdwährungskredite (Polen und Rumänien); (vi) Begrenzung des Verhältnisses von Fremdwährungskrediten zu Kapital (Rumänien); (vii) quantitative Beschränkung des Anteils der auf Fremdwährungen lautenden Hypothekenkredite (Ungarn).

Aufsichtsbehördliche Maßnahmen haben zur Verbesserung der Finanzierungsstruktur der österreichischen Tochterbanken in MOSOE beigetragen. In Ermangelung ausreichender lokaler Finanzierungsquellen, unter anderem aufgrund geringer Sparquoten in mehreren Ländern der Region, stützte sich die schnelle Expansion der Kreditvergabe in diesen Ländern vor Beginn der Finanzkrise auf die Finanzierung durch die Muttergesellschaften. Dank des Schuldenabbauprozesses der letzten Jahre und der aufsichtsbehördlichen Maßnahmen der FMA und der OeNB 2012 in Bezug auf die Tätigkeit der größten international aktiven österreichischen Banken (des sogenannten Nachhaltigkeitspakets)⁽¹¹⁾ hat sich die Finanzierungsstruktur der österreichischen Tochterbanken erheblich verbessert. Im Rahmen der Überwachung der Finanzierungslage der MOSOE-Tochterbanken wird das Verhältnis von Krediten zur lokalen stabilen Refinanzierung (Loan-to-Local Stable Funding Ratio, LLSFR) bei den ausländischen Tochterbanken von den Bankenaufsichtsbehörden streng überwacht. Tochterbanken mit einer LLSFR über 110 % werden dabei als exponiert betrachtet und unterliegen einer besonderen Überwachung⁽¹²⁾. Ende Juni 2015 wiesen alle überwachten Tochterbanken eine nachhaltige LLSFR (also von unter 110 %) auf. Dank der Verringerung der Finanzierungslücke ist das Kredit-Einlagen-Verhältnis der in MOSOE tätigen österreichischen Tochterbanken von 2009 bis Juni 2015 stetig gefallen (von 109 % auf 93,9 %).

⁽¹¹⁾ Aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken vom 14. März 2012.

⁽¹²⁾ Die LLSFR (im Bestand) ist definiert als das Verhältnis der Darlehen an Nicht-Banken insgesamt (ohne Rückstellungen) zur Summe der Einlagen von Nicht-Banken, der Finanzierung durch supranationale Einrichtungen, des Kapitals von Drittpersonen und der Wertpapiere mit ursprünglicher Laufzeit von mindestens einem Jahr, die an Investoren außerhalb der Bankgruppe ausgestellt werden. Die LLSFR ist auch ein Werkzeug, mit dem einem exzessiven Kreditwachstum vorgebeugt werden kann, das gleichzeitig die Notwendigkeit des Schuldenabbaus in Zeiten des Abschwungs verringert.

Abb. 2.2.8: Gruppeninterne Liquiditätstransfers an MOSOE-Tochterbanken (in % des BIP)



Quelle: OeNB

Anmerkung: Nur Liquiditätstransfers an Kreditinstitute.

Die Exponierung der österreichischen Banken gegenüber dem Ausland und ihre Vergabe von Fremdwährungskrediten lässt potenzielle Spillover-Effekte nach innen durch Kredit-, Währungs- und politische Risiken befürchten.

Die Geschäftstätigkeit in Russland und der Ukraine ist außer mit Kredit- und Währungsrisiken auch mit politischen Risiken, der Gefahr ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklungen und Risiken im Zusammenhang mit dem internationalen Warenkreislauf behaftet. Einigen Auswirkungen dieser Risiken dürfte mit aufsichtsbehördlichen Maßnahmen nur schwer wirksam zu begegnen sein. Außerdem hat die Verschlechterung der Qualität der Aktiva in verschiedenen Märkten ihren Höhepunkt noch nicht erreicht und könnte die Rentabilität weiterhin drücken. Der große - wenn auch rückläufige - Bestand an Fremdwährungskrediten in Österreich und mehreren MOSOE-Ländern ist eine Altlast, der nach wie vor große Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die österreichischen Banken könnten außerdem von weiteren legislativen Maßnahmen der MOSOE-Länder betroffen sein, die unerwartete negative Auswirkungen auf die Rentabilität haben könnten.

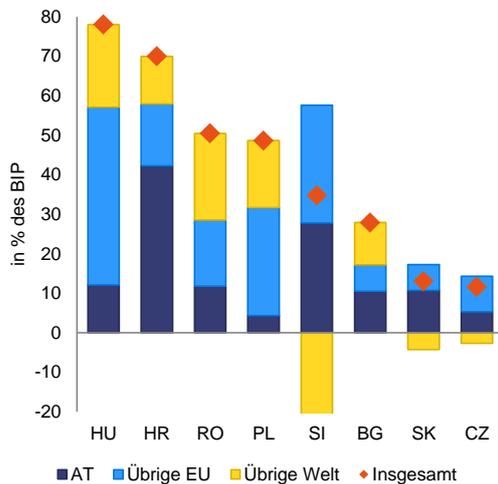
Die österreichischen Banken stellen aufgrund ihrer großen Exponierung gegenüber den MOSOE-Bankensektoren einen möglichen Übertragungspunkt für Schocks dar. Die

österreichischen Banken leisten mit ihren Auslandsaktivitäten einen erheblichen Beitrag zur Außenfinanzierung der MOSOE-Länder (siehe Abbildung 2.2.9). Aufgrund ihrer starken Exponierung gegenüber MOSOE spielen die österreichischen Banken eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung bzw. Eindämmung wirtschaftlicher Schocks. In der Literatur zu Banken in ausländischem Eigentum wird die stabilisierende Rolle betont, die solche Banken bei Auftreten einer Krise in ihrem Aufnahmestaat spielen⁽¹³⁾. Die empirische Analyse zeigt außerdem, dass die finanzielle Lage der Banken in ihrem Heimatland große Auswirkungen auf das Ausmaß der von ihren ausländischen Tochtergesellschaften vergebenen Kredite haben kann⁽¹⁴⁾. Entsprechend diesen Erkenntnissen legen die Entwicklungen bei den konsolidierten Forderungen des österreichischen Bankensektors seit 2008 nahe, dass die Bemühungen der Wiener Initiative zur Vermeidung eines ungeordneten Abbaus von Risikoaktiva ausländischer Akteure in MOSOE erfolgreich waren, obgleich der Schuldenabbau infolge des Anpassungsdrucks auf die heimischen Mutterbanken seit 2011 etwas angezogen hat (siehe Abbildung 2.2.8). In Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ungarn und Kroatien war der Schuldenabbau etwas ausgeprägter (Abbildung 2.2.10).

⁽¹³⁾ De Haas, R. und van Lelyveld, I. (2011), „Multinational banks and the global financial crisis. Weathering the perfect storm?“, EBRD Working Paper N° 135, EBRD, London.

⁽¹⁴⁾ De Haas R und van Lelyveld, I. (2006), „Foreign banks and credit stability in Central and Eastern Europe. A panel data analysis“, Journal of Banking and Finance, vol. 30(7).

Abb. 2.2.9: Anteil Österreichs an den Nettoauslandsschulden ausgewählter Mitgliedstaaten

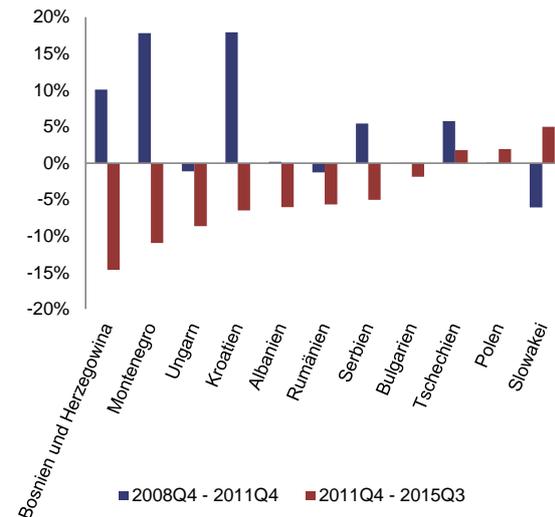


Quelle: Hobza und Zeugner (2014), „Current accounts and financial flows in the euro area“, Journal of International Money and Finance, Nr. 48.

Österreich spielte eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite mehrerer MOSOE-Länder. Österreichische Kreditinstitute halten den größten Teil der Nettoauslandsverbindlichkeiten Sloweniens und Kroatiens sowie anderer Westbalkanstaaten; außerdem erhebliche Anteile der Nettoauslandsverbindlichkeiten fünf anderer Mitgliedstaaten. Während der Boomphase vor 2008 spielte die Kreditvergabe österreichischer Banken an ihre Tochterbanken eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der großen Leistungsbilanzdefizite und damit beim starken Anstieg der privaten Verschuldung in diesen Ländern. Ebenso fiel die Reduzierung der österreichischen Finanzierung mit der Umwandlung von Defiziten in Überschüsse zusammen, die in der Rezession nach der Krise in mehreren Ländern zu beobachten war. Außer in Bulgarien scheint die Verringerung der Zuflüsse aus Österreich in die EU-Mitgliedstaaten in der MOSOE-Region analog zum allgemeinen Rückgang der Privatsektorfinanzierung verlaufen zu sein, war jedoch noch stärker ausgeprägt. Kroatien ist das auffälligste Beispiel, da der größte Teil des kroatischen Leistungsbilanzdefizits vor der Krise von österreichischen Banken finanziert worden war. Hypo Alpe Adria alleine verfügte bis 2007 über einen Marktanteil von 35 % und hatte

somit einen großen Anteil an dem starken Zuwachs der privaten Verschuldung in Kroatien.

Abb. 2.2.10: Entwicklung der Exponierung österreichischer Banken in % des BIP der Empfängerstaaten



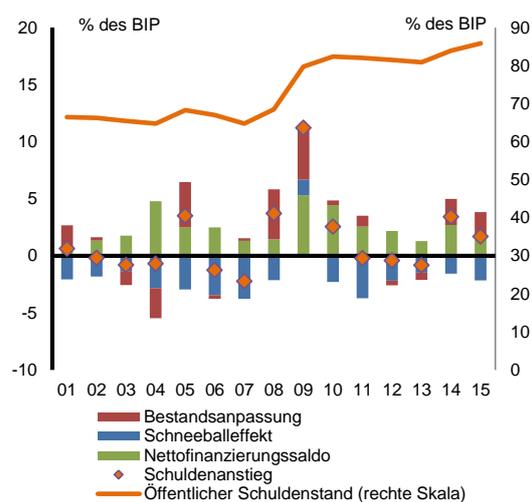
Quelle: Konsolidierte Daten der BIZ auf Basis des letzten Risikos ; Europäische Kommission, Weltbank
Anmerkung: Fehlende Daten für Albanien für das Jahr 2011 wurden interpoliert.

Der Rückgang der Finanzierung der Tochterbanken durch die Mutterinstitute gestaltet sich je nach Niederlassungsland differenziert. Mit Beginn der Krise haben die österreichischen Banken ihre Finanzierungsflüsse in die MOSOE-Länder stark reduziert, ihre bestehende Exponierung aber weitgehend aufrechterhalten. Die politischen Maßnahmen, mit denen die lokale strukturelle Liquiditätsquote verbessert werden sollte – also Einlagen gefördert und Darlehen reduziert werden sollten – fielen in den MOSOE-Ländern, in denen der Kreditboom am stärksten gewesen war, mit der relativ raschen Anpassung der Leistungsbilanz und der Nachfrage zusammen.

2.3. SPILLOVER-EFFEKTE AUS DEM FINANZSEKTOR AUF DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Die öffentlichen Finanzen Österreichs haben sich insgesamt gut entwickelt. In dem Jahrzehnt vor der Finanzkrise hat Österreich die gute Konjunktur genutzt und eine antizyklische Haushaltskonsolidierungspolitik verfolgt. Obgleich man größere Konsolidierungsanstrengungen hätte ins Auge fassen können, um die öffentliche Schuldenquote auf eine Abwärtskurve zu bringen, blieb das gesamtstaatliche Defizit (der Nettofinanzierungssaldo) unter Kontrolle. Das große Defizit im Jahr 2004 wurde ordnungsgemäß korrigiert (Abbildung 2.3.1) In der Vorkrisenphase bewegte sich der öffentliche Schuldenstand weitgehend stabil um 65 % des BIP. BIP-Wachstum und sinkende Zinssätze hatten einen stetigen Rückgang der öffentlichen Schuldenquote zur Folge, wodurch der schuldenstandserhöhende Effekt des gesamtstaatlichen Defizits ausgeglichen wurde. Im Jahr 2009 und erneut in den Jahren 2014-2015 stieg der öffentliche Schuldenstand jedoch an. Diese Entwicklungen, die Österreichs öffentlichen Schuldenstand über die 60 %-Schwelle trieben, waren größtenteils auf Maßnahmen zur Unterstützung der Banken zurückzuführen.

Abb. 2.3.1: Gesamtsaldo des Staates und öffentlicher Schuldenstand

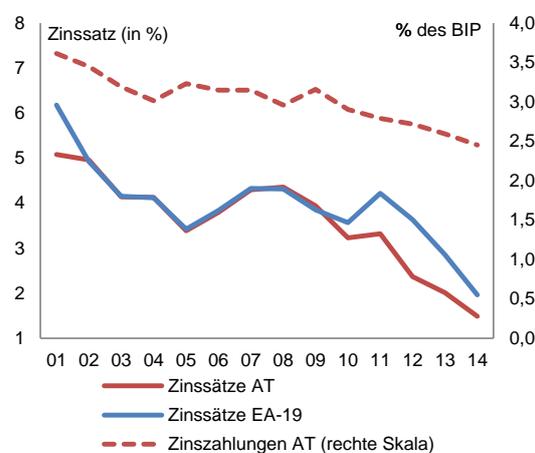


Quelle: Europäische Kommission

Österreich hat von den sinkenden Zinssätzen seiner langfristigen Staatsanleihen profitiert. Wie in anderen EU-Mitgliedstaaten hatten die niedrigeren Finanzierungskosten spürbare Auswirkungen auf die Zinsausgaben (Abbildung

2.3.2). Die Zinsausgaben spiegeln den rückläufigen Trend bei den Zinssätzen wider und haben über einen 10-Jahres-Zeitraum zu einer Verringerung der öffentlichen Ausgaben um 1 % des BIP geführt. Trotz des steilen Anstiegs des öffentlichen Defizits im Jahr 2009 fielen die Zinsausgaben weiterhin.

Abb. 2.3.2: Zinsausgaben und Zinssätze



Quelle: Europäische Kommission

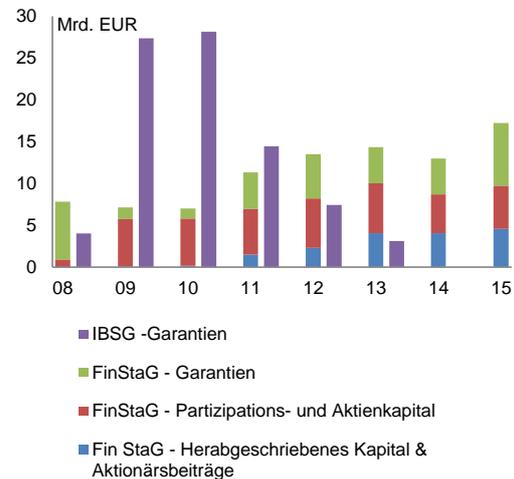
Die Zinssätze für österreichische Staatsanleihen fielen schneller als der Durchschnitt im Euro-Währungsgebiet, der durch die Anpassungsprogramme einiger Mitgliedstaaten in die Höhe getrieben wurde. Ein wesentlicher Teil des Anstiegs des öffentlichen Schuldenstandes war auf die Einbeziehung wertgeminderter Aktiva von Entschuldungseinrichtungen⁽¹⁵⁾ in die staatlichen Konten zurückzuführen, die keine Zinsausgaben verursachen.

Im Zusammenhang mit der Krise haben mehrere österreichische Banken öffentliche Unterstützung in Form von Rekapitalisierung, Garantien und anderen Maßnahmen erhalten, mit denen die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet werden sollte. Die ersten

⁽¹⁵⁾ Entschuldungseinrichtungen sind staatliche Finanzinstitute zur Abwicklung der nicht marktfähigen Segmente verstaatlichter Banken. Die wertgeminderten Aktiva nicht überlebensfähiger verstaatlichter Banken werden von den ad hoc eingerichteten Entschuldungseinrichtungen übernommen und im Laufe der Zeit abgestoßen. Die Bilanzen werden als Teil des öffentlichen Schuldenstandes verbucht.

Maßnahmen nach Beginn der Krise beruhen auf einem „Bankenrettungspaket“, das von der Europäischen Kommission im Dezember 2009 gemäß den Beihilfavorschriften genehmigt worden war. Hauptpfeiler des Pakets waren zwei Rechtsvorschriften, das Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und das Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Das IBSG, das zunächst Mittel in Höhe von 75 Mrd. EUR (26 % des BIP des Jahres 2008) vorsah, umfasste zwei wichtige Instrumente: Eine Clearingbank, die mit einer staatlichen Garantie ausgestattet war und neues Vertrauen in den Interbankenmarkt schaffen sollte, und die Möglichkeit für andere Finanzinstitute, für die von ihnen ausgegebenen Wertpapiere staatliche Garantien zu erhalten. Zwischen 2008 und 2013 wurden im Rahmen des IBSG sieben in Österreich tätige Kreditinstitute mit staatlichen Garantien unterstützt. Die Kreditinstitute gerieten nicht in eine Situation, in der sie die Garantien, die im Juni 2014 ausliefen, hätten abrufen müssen. Das FinStaG sah ursprünglich ein Budget von 15 Mrd. EUR (5,1 % des BIP des Jahres 2008) vor, das hauptsächlich für die Rekapitalisierung einzelner Finanzinstitute, die Gewährung von Darlehen und die Garantie der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Banken eingesetzt werden sollte. Das Rettungspaket wurde viermal verlängert. Im Juli 2013 wurde das Budget des FinStaG auf 22 Mrd. EUR angehoben; rund 17 Mrd. davon wurden bislang in Anspruch genommen. Das FinStaG ist nach wie vor in Kraft.

Abb. 2.3.3: Einsatz von IBSG und FinStaG

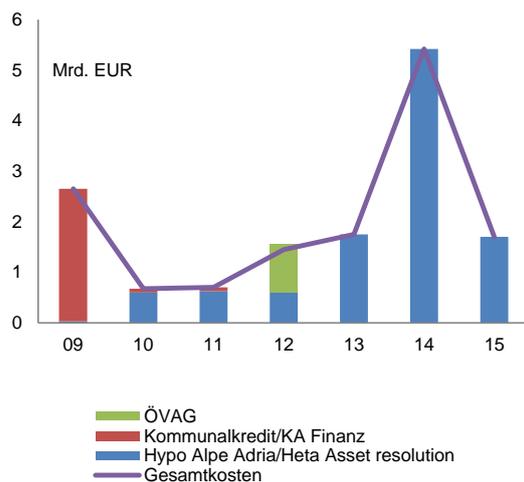


Quelle: Finanzministerium, Statistik Austria

Die Unterstützung des österreichischen Bankensektors konzentriert sich hauptsächlich auf Maßnahmen zugunsten dreier notleidender Banken. Die marktorientierten Maßnahmen zur Unterstützung der Banken, die unmittelbar nach Beginn der Krise ergriffen wurden, haben es einer Anzahl von lebensfähigen Finanzinstituten ermöglicht, die Krise zu überwinden. Die Geschäftsmodelle und Aktiva-Qualität dreier österreichischer Großbanken – Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit und Österreichische Volksbanken – waren jedoch mit erheblichen Problemen behaftet, die nicht durch marktorientierte Maßnahmen zu lösen waren (siehe Kasten 2.3.1) und die sich im Laufe der Jahre insgesamt in beträchtlichem Maße auf die öffentlichen Finanzen auswirkten (Abbildung 2.3.4). Um negative Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität zu vermeiden, wurden die wertgeminderten Aktiva von Kommunalkredit und Hypo Alpe Adria abgewickelt. Dafür wurden 2009 bzw. 2014 zwei Abbaugesellschaften („Bad Banks“) eingesetzt, nämlich die KA Finanz und die HETA Asset Resolution. Diese Entschuldungseinrichtungen übernahmen alle wertgeminderten nicht marktfähigen Aktiva der beiden Institute. Die Bilanzen von KA Finanz und HETA Asset Resolution wurden mit dem öffentlichen Haushalt konsolidiert, was den öffentlichen Schuldenstand im Jahr 2009 bzw. 2014 beeinflusste. Die größten Auswirkungen auf das Defizit hat dabei die Differenz zwischen

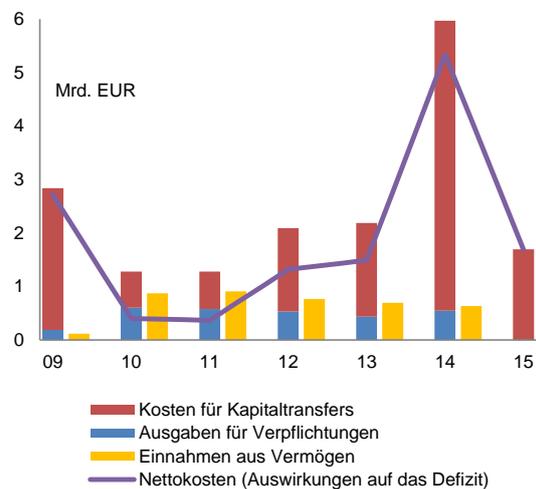
Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Entschuldungseinrichtungen, die auf der Grundlage einer Vermögensbewertung in den Staatshaushalt einbezogen wurden. Die endgültigen Auswirkungen auf den Schuldenstand werden davon abhängen, wie die wertgeminderten Aktiva nach und nach abgestoßen werden, d.h., welchen Preis sie im Vergleich zu dem Wert erzielen, zu dem sie an die Abbaugesellschaften übertragen wurden. Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) wurde 2009 teilweise verstaatlicht. Trotz unterstützender Maßnahmen erholte sich die ÖVAG nicht und wurde schließlich abgewickelt (siehe Kasten 2.3.1).

Abb. 2.3.4: Als defiziterhöhend verbuchte Kapitaltransfers



Quelle: Eurostat, Finanzministerium, Statistik Austria

Abb. 2.3.5: Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors

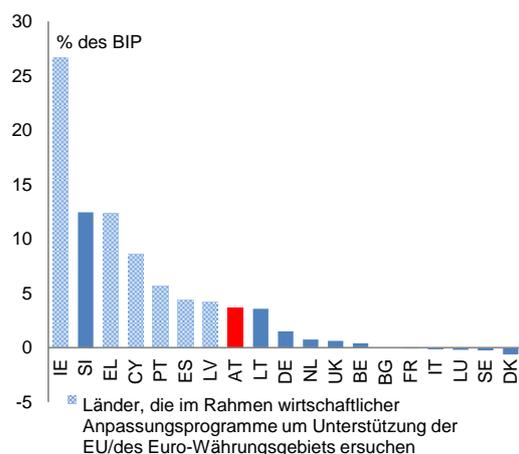


Quelle: Eurostat

Die Unterstützungsmaßnahmen für den Bankensektor hatten erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Zwar stieg der öffentliche Schuldenstand Österreichs während der Krise insgesamt weniger an als der der meisten anderen Länder des Euro-Währungsgebiets, die Nettokosten der Maßnahmen im Finanzsektor waren jedoch signifikant (Abbildung 2.3.5). Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Bankensektor insgesamt relativ groß ist, aber auch auf die speziell diesen drei Banken gewährte Unterstützung. Die Gesamtnettokosten, die im Zeitraum 2009-2015 allein für diese drei vollständig oder teilweise verstaatlichten Banken anfielen, können auf 13,5 Mrd. EUR geschätzt werden. Ein großer Teil der Kosten wurde von einem Institut, der Hypo Alpe Adria, verursacht, die auch den Grund für die anhaltenden Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen darstellt. Allein in den Jahren 2013-2015 fielen im Zusammenhang mit diesem Institut Kosten in Höhe von 8,8 Mrd. EUR an, was 2,8 % des BIP des Jahres 2015 entspricht. Die Nettokosten (also die Auswirkungen auf das Defizit) werden zunächst berechnet als die Differenz zwischen dem Wert der Verpflichtungen der Finanzinstitute, die vom Staat übernommen werden, und dem wirtschaftlichen Wert der wertgeminderten Aktiva, die der Staat erhält. Hinzugerechnet werden auch andere defiziterhöhende Transfers von geringerem Umfang. Dann werden Finanzierungskosten

hinzugerechnet und die sich aus der Unterstützung ergebenden Einnahmen (Gebühren für Garantien, Dividende und Zinsen) abgezogen. Die tatsächlichen Nettokosten lagen nicht weit unter den Kosten der am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Mitgliedstaaten. Im Fall Österreich führten die Haushaltsprobleme im Zusammenhang mit der Unterstützung des Bankensektors jedoch nicht zu einem größeren Verlust des Marktvertrauens. Dank seiner soliden wirtschaftlichen Grundlagen und der vor der Krise verfolgten guten Haushaltspolitik war es Österreich möglich, die Kosten für die Maßnahmen zur Unterstützung der Banken zu tragen. Die Maßnahmen wurden durchgeführt, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten und Banken, deren Geschäftsmodell nicht tragfähig war, zu sanieren oder abzuwickeln. Außerdem wurden bei den Nettokosten die Einnahmen aus der Bankenabgabe nicht berücksichtigt, die 2011 eingeführt wurde, damit auch der Finanzsektor für einen Teil der den öffentlichen Finanzen aufgezwungenen Verluste aufkommt. Die Bankenabgabe, die ursprünglich als befristete Maßnahme gedacht war, wird weiterhin erhoben und hat von 2011 bis 2015 Einnahmen in Höhe von 2,7 Mrd. EUR generiert.

Abb. 2.3.6: **Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors 2008-2014**



Quelle: Eurostat

Kasten 2.3.1: Staatliche Beihilfen und Verstaatlichung dreier österreichischer Banken

Die globale Finanzkrise, die im September 2008 akut wurde, hat dem Bankensektor in Österreich zugesetzt. Mehrere österreichische Finanzinstitute erhielten staatliche Beihilfen, hauptsächlich in Form marktorientierter Maßnahmen im Rahmen des österreichischen Bankenrettungspakets. Aufgrund schwerwiegender Probleme, die sich nicht allein mit den Maßnahmen des Bankenrettungspakets lösen ließen, mussten drei österreichische Großbanken zusätzlich umstrukturiert werden. Diese Banken – die Hypo Group Alpe Adria (HAA), die Österreichische Volksbanken-AG und die Kommunalkredit AG – benötigten zusätzliche staatliche Beihilfen und wurden ganz oder teilweise verstaatlicht.

Die Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria erfolgte im Anschluss an ihre aggressive und riskante Expansion nach Südosteuropa, die letztendlich gescheitert war. Ende 2008 belief sich die Bilanzsumme der HAA auf 43,3 Mrd. EUR. Begünstigt wurde die Expansion der Bank durch die günstigen Finanzierungsbedingungen in Form der Garantien, die die Kärntner Landesregierung auf die Anleiheemissionen der HAA ausgab. Zu den Spitzenzeiten beliefen sich die von Kärnten besicherten Verbindlichkeiten der HAA auf einen Nennwert von 23,7 Mrd. EUR, bis solche Garantien auf Betreiben der Europäischen Kommission 2007 als illegal eingestuft wurden. Der Nennwert der noch ausstehenden besicherten Anleihen beträgt derzeit rund 11 Mrd. EUR. In den Jahren 2002 bis 2006 erwirtschaftete die HAA jedes Jahr Gewinne, außer im Jahr 2004. Hinter dem Geschäftsmodell verbarg sich jedoch das Risiko einer Verschlechterung der Assetqualität und der Refinanzierung. Im Jahr 2007 wurde die HAA an die Bayerische Landesbank (BayernLB) verkauft. Im Dezember 2009 wurde die Bank im Rahmen einer Notverstaatlichung vom österreichischen Staat von der BayernLB übernommen.

Im Rahmen der Umstrukturierung wurden alle veräußerbaren Segmente der HAA veräußert. Mit Beschluss vom 3. September 2013 befand die Kommission die staatliche Beihilfe Österreichs an die HAA für vertragskonform. Die Beihilfe umfasste Rekapitalisierungen, Garantien, Assetgarantien sowie potenzielle künftige Maßnahmen in Höhe von 13,2 Mrd. EUR (4,1 % des BIP des Jahres 2013). Im Gegenzug verpflichtete sich Österreich sicherzustellen, dass die HAA einen Umstrukturierungsplan umsetzt, der die Veräußerung der veräußerbaren Einheiten der HAA und die Abwicklung der verbleibenden Aktiva umfasste. Zu den veräußerbaren Einheiten gehörte in erster Linie das Österreich-Geschäft (Hypo Alpe-Adria-Bank AG, HBA) und das Südosteuropa-Bankennetzwerk (SEE-Netzwerk). Die HBA wurde im Mai 2013 an die indische Bankengruppe Anadi Financial Holdings verkauft. Das SEE-Netzwerk wurde im Juli 2015 an ein Konsortium aus dem US-amerikanischen Privat-Equity-Fonds Advent International und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung veräußert.

Die übrige HAA wurde dem Abbauteil unterstellt, was sich deutlich in den öffentlichen Finanzen niederschlug. Im Abbauteil waren alle Vermögenswerte enthalten, die nicht Teil der veräußerbaren Einheiten waren; sie wurden in einer Entschuldungseinrichtung namens HETA zusammengefasst. Nach der Methode des ESVG 2010 wurde die Bilanzsumme der HETA im Staatshaushalt verbucht, wodurch die Staatsverschuldung um 13,8 Mrd. EUR anstieg (rund 4 % des BIP des Jahres 2014). Bei einer ersten Überprüfung der Vermögenswerte wurde die defiziterhöhende Wirkung auf rund 4 Mrd. EUR geschätzt (1,2 % des BIP des Jahres 2014), d. h. die Differenz zwischen dem Gesamtwert der zu begleichenden Verbindlichkeiten und dem beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte gemäß der Überprüfung. Infolge zusätzlicher Stützungsmaßnahmen zugunsten der HETA stieg das Haushaltsdefizit im gleichen Jahr um 1 Mrd. EUR an. Die Italien-Tochter HBI, die noch über eine Banklizenz in Italien verfügte, wurde ebenfalls dem Abbauteil unterstellt.

Der Abbau der HETA ist nach wie vor mit mehreren Unwägbarkeiten verbunden, die zu Einsparungen oder zu einer zusätzlichen steuerlichen Belastung führen können. Nachdem bei einer weiteren Überprüfung der Vermögenswerte zusätzliche Verluste von bis zu 3,6 Mrd. EUR (1,1 % des BIP des Jahres 2015) festgestellt worden waren und die Regierung entschied, von zusätzlichen Stützungsmaßnahmen zugunsten der HETA abzusehen, verhängte die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) im März 2015 bezüglich der Verbindlichkeiten der HETA (Zinszahlungen und Kapitalbetrag) ein Moratorium, das bis Mai 2016 läuft. Die FMA, die auch als österreichische Abwicklungsbehörde fungiert, wird während des Schuldenmoratoriums eine unabhängige Bewertung der HETA-Vermögenswerte vornehmen und einen Abwicklungsplan vorlegen, der den Einsatz des Bail-in-Instruments vorsehen könnte. Die unabhängige Vermögensbewertung kann ergeben, dass die Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen niedriger oder höher anzusetzen sind als derzeit angenommen; der Einsatz des Bail-in-Instruments würde dagegen die Belastung des österreichischen Steuerzahlers verringern. Es ist derzeit nach wie vor unklar, wie bei der Abwicklung mit den Garantien umgegangen wird, die das Land Kärnten für einen Teil der Schulden der HETA gewährt hat. Im Dezember 2015 hat die Bundesregierung dem Land Kärnten über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur ein Darlehen angeboten, das zusammen mit dem Erlös aus der Abwicklung der Vermögenswerte der HETA den Grundstein für das Angebot an die HETA-Gläubiger bildete, die vom Land besicherten Schuldtitel zurückzukaufen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten (Fortsetzung)

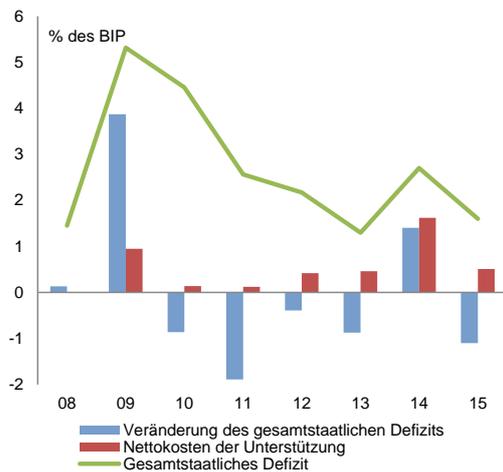
Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) wurde 2009 teilweise verstaatlicht. Die ÖVAG war das Spitzeninstitut des Österreichischen Volksbanken-Verbands, eines Zusammenschlusses regionaler Genossenschaftsbanken. Ende 2008 war die ÖVAG die viertgrößte Bank Österreichs; ihre Bilanzsumme belief sich auf 52,9 Mrd. EUR. Nach Einsetzen der Finanzkrise beantragte die ÖVAG staatliche Beihilfen, hauptsächlich weil sie während ihrer Osteuropa-Expansion übermäßige Risiken eingegangen war. Im April 2009 erhielt sie vom österreichischen Staat Partizipationskapital in Höhe von 1 Mrd. EUR aus dem Bankenrettungspaket, wodurch der Staat 43,3 % der Anteile an der Bank erwarb. Österreich bezeichnete die ÖVAG als lebensfähig. Die Kommission stufte die ÖVAG als nicht lebensfähig ein und forderte einen Umstrukturierungsplan für die Bank. Der Plan, der im September 2012 von der Kommission genehmigt wurde, sah eine Verringerung der Bilanzsumme der ÖVAG, Handlungsverpflichtungen sowie die Zusage vor, nicht zum Kerngeschäft zählende Geschäftsbereiche abzustoßen, worunter auch die Veräußerung mehrerer Tochtergesellschaften fiel.

Trotz der Stützungsmaßnahmen erholte sich die ÖVAG nicht und wurde abgewickelt. Die Europäische Zentralbank stellte im Oktober 2014 bei ihrem Stresstest fest, dass der Volksbanken-Verband, einschließlich der ÖVAG, eine Eigenkapitallücke von 865 Mio. EUR aufwies. Zur Schließung dieser Lücke stellten die Bank und die österreichischen Behörden einen dreigeteilten Plan auf: i) Übertragung der Aufgaben der ÖVAG als Spitzeninstitut des Verbands auf eine andere Bank innerhalb des Verbands, ii) Aufgabe der Banklizenz durch die ÖVAG und Abwicklung der Bank unter dem Namen Immigon sowie iii) Umstrukturierung des Volksbanken-Verbands durch Verschmelzen der 51 selbständigen Volksbanken zu acht größeren Regionalbanken und zwei Spezialinstituten. Der neue Umstrukturierungsplan wurde am 2. Juli 2015 per Änderungsbeschluss von der Kommission genehmigt. Die anderen Banken des Volksbanken-Verbands mussten sich dazu verpflichten, dem österreichischen Staat in den kommenden Jahren die verbleibenden 300 Mio. EUR Partizipationskapital (von insgesamt 1 Mrd. EUR staatlichem Partizipationskapital aus dem Jahr 2009) zurückzuzahlen.

Die Kommunalkredit AG musste 2009 aufgrund der Short-Positionen ihres Kreditausfall-Swaps (CDS) und wegen Finanzierungsproblemen verstaatlicht werden. Ende 2008 war die Kommunalkredit Austria AG (KA) die siebtgrößte Bank Österreichs; ihre Bilanzsumme belief sich auf 37,4 Mrd. EUR. Nachdem die Bank ihr Wertpapier-Portfolio und ihr CDS-Geschäft unkontrolliert ausgeweitet hatte, wurde sie von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen. Ende 2008 verzeichnete die KA Wertminderungen/Wertverluste in Höhe von 2,8 Mrd. EUR, die sich in einer negativen Bilanz in Höhe von 1,45 Mrd. EUR niederschlugen. Des Weiteren finanzierte die Bank langfristige Vermögenswerte (in erster Linie Darlehen für den öffentlichen Sektor) aus günstigen, kurzfristig aufgenommenen Mitteln. Als diese Finanzierungsquelle aufgrund der Finanzkrise versiegt war, wurde die Kommunalkredit AG auf staatliche Beihilfen angewiesen und wurde am 3. November 2008 verstaatlicht. Nach der Verstaatlichung wurde die Kommunalkredit AG in eine „Bad Bank“ („KA Finanz“) und eine „Good Bank“ („KA Neu“) aufgesplittet. Die KA Neu erhielt staatliche Beihilfen in Höhe von 1,69 Mrd. EUR in Form einer Rekapitalisierung, eines nicht zurückzahlbaren Darlehens und einer Entlastungsmaßnahme für wertgeminderte Vermögenswerte. Darüber hinaus gab der Staat Garantien für die Anleihen der Bank in Höhe von 5,5 Mrd. EUR aus und stellte eine Notfall-Liquiditätshilfe in Höhe von 5,3 Mrd. EUR bereit. Die Maßnahmen im Rahmen der Notfall-Liquiditätshilfe wurden nie in Anspruch genommen und im März 2009 endgültig zurückgezogen. Die Kommission befand die Beihilfe mit Beschluss vom 31. März 2011 für vertragskonform. Zentraler Aspekt des im Beschluss dargelegten Umstrukturierungsplans war die Privatisierung der KA Neu, die bis Ende 2012 erfolgen sollte.

Die Abwicklung der KA Finanz hatte 2009 erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und wirkte sich auch noch 2015 negativ auf die Staatsverschuldung aus. Ähnlich wie bei der HETA handelt es sich bei der KA Finanz um eine Entschuldungseinrichtung, mit der die wertgeminderten Vermögenswerte der früheren Kommunalkredit AG abgewickelt werden sollen. Die Bilanzsumme der Bank in Höhe von rund 16 Mrd. EUR (5,5 % des BIP des Jahres 2009) wurde als Staatsverschuldung verbucht und erhöhte das Defizit um 2,6 Mrd. EUR (1 % des BIP des Jahres 2009). Es gelang Österreich jedoch nicht, die KA Neu zu verkaufen. Daher wurde im Juli 2013 per Änderungsbeschluss auch die Abwicklung der KA Neu eingeleitet mit der Option, bis zu 50 % ihres Vermögens in einer einzigen Transaktion zu verkaufen. Im September 2015 verkaufte Österreich Teilbereiche der KA Neu mit Vermögenswerten in Höhe von rund 4 Mrd. EUR (ca. 10 % der Kommunalkredit-Bilanz von 2008). Die verbleibenden Teile der KA Neu, d. h. 6,7 Mrd. EUR (knapp 2 % des BIP des Jahres 2015) wurden zur Abwicklung auf die KA Finanz übertragen, wodurch sich die Staatsverschuldung entsprechend erhöht hat.

Abb. 2.3.7: Entwicklung des gesamtstaatlichen Defizits und Nettokosten der Unterstützung des Finanzsektors



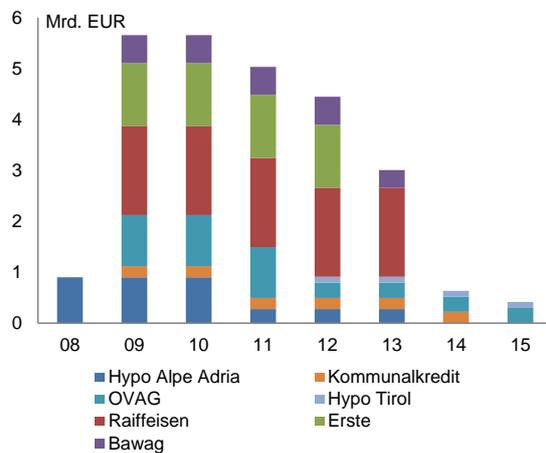
Quelle: Europäische Kommission

Die Unterstützung des Bankensektors hat erheblich zur Erhöhung des gesamtstaatlichen Defizits beigetragen, insbesondere in den Jahren 2014 und 2015. Aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise stieg das gesamtstaatliche Defizit 2009 um knapp 4 % des BIP an; rund ein Viertel davon war auf die Maßnahmen zur Unterstützung der Banken zurückzuführen (Abbildung 2.3.7). Dank einer Politik der Haushaltskonsolidierung ging das Defizit von 2011 bis 2013 stetig zurück; durch die defiziterhöhende Wirkung der Unterstützung des Finanzsektors wurde die Konsolidierung insgesamt jedoch erschwert. 2014 entschieden sich die österreichischen Behörden für ein entschlosseneres Vorgehen in Bezug auf die Altlasten der Hypo Alpe Adria; die Kehrseite dieses Ansatzes war jedoch, dass sich das gesamtstaatliche Defizit aufgrund der entsprechenden Maßnahmen 2014 auf 2,7 % des BIP erhöhte.

Mehrere österreichische Banken haben die öffentliche Unterstützung, die sie erhalten haben, zurückgezahlt. Sieben Banken haben im Rahmen des FinStaG Unterstützung in Form von Partizipations- und Aktienkapital erhalten, vor allem, um Liquiditätsengpässe zu überwinden und um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können (Abbildung 2.3.8). Die Unterstützung erfolgte in Form eines Vorschusses, der nicht als defiziterhöhend erfasst wurde; im staatlichen Schuldenstand wurde er jedoch

berücksichtigt. Die Auswirkungen auf den gesamtstaatlichen Schuldenstand schwächen sich in dem Maße ab, wie die Kapitalunterstützung von den Banken zurückgezahlt wird. Diese Form der Unterstützung belief sich im Zeitraum von 2008-2015 auf 2 % des BIP. Im August 2013 zahlte die Erste Group Bank den Rest der 1,2 Mrd. EUR, die sie an staatlichem Partizipationskapital erhalten hatte, zurück. Im März 2014 zahlte die Bawag P.S.K. (Bawag) den Rest der 550 Mio. EUR, die sie an Partizipationskapital erhalten hatte, zurück. Die Raiffeisen Bank International schloss ihre Rückzahlung der 1,75 Mrd. EUR Partizipationskapital im Juni 2014 ab. Die Rückzahlung von Partizipationskapital erklärt zum Teil, warum die österreichischen Banken länger gebraucht haben als ihre europäischen Wettbewerber, um Kapitalpuffer aufzubauen.

Abb. 2.3.8: Bestände an Partizipations- und Aktienkapital



Quelle: Eurostat, Finanzministerium, Statistik Austria

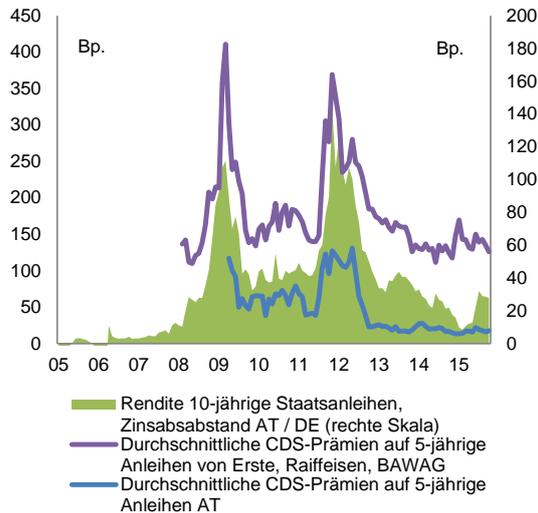
Die öffentliche Kapitalhilfe ist so gut wie ausgelaufen. Seit dem Höhepunkt der Krise bis in die Jahre 2014/2015 waren sowohl die insgesamt gewährte Unterstützung als auch die Zahl der Institute, die Unterstützungsbedarf aufwiesen, begrenzt (Abbildung 2.3.8). Die Unterstützung wird heute nur noch Entschuldungseinrichtungen gewährt. Dies bedeutet, dass die Unterstützung des Bankensektors wie geplant nur temporärer Natur war und ihre Rolle, aktiven, marktfähigen Banken bei der Überwindung der Finanzkrise zu helfen, erfüllt hat.

Die Einnahmen aus der Unterstützung des Bankensektors haben die direkten Finanzierungskosten ausgeglichen. Die Unterstützung des Bankensektors hat nicht unmittelbar zu einem Anstieg der Zinsausgaben geführt. Die Beihilfen wurden den Banken im Einklang mit den Beihilfavorschriften über die angemessene Vergütung der vom österreichischen Staat eingegangenen Risiken gewährt. In den meisten Fällen sind die Risiken nicht eingetreten. Aus ihrer Beteiligung am Aktienkapital der Finanzinstitute sowie der Vergabe von Krediten und Garantien für Wertpapiere sind dem österreichischen Staat verschiedenartige Einnahmen erwachsen, wie Dividenden, Zinsen und Garantiegebühren. Die Erste Group Bank gab an, sie habe dem Staat 448 Mio. EUR an Dividenden für sein Partizipationskapital gezahlt (eine Rendite von 37,3 %). Eigenen Angaben

zufolge haben die Bawag 234 Mio. EUR und die Raiffeisen Bank International 700 Mio. EUR an Dividenden gezahlt (eine Rendite von 42,6 bzw. 40,0 %). Von 2010 bis 2014 haben die Einnahmen aus den Verpflichtungen im Bankensektor jedes Jahr die Zinsen für die sich aus den Nettokosten der Unterstützung ergebenden zusätzlichen Schulden überstiegen (Abbildung 2.3.5).

Die Risiken im Finanzsektor hatten gewisse Auswirkungen auf die Risikoprämie auf österreichische Staatsanleihen; diese hat sich in den letzten Jahren jedoch wieder normalisiert. In den Jahren vor der Krise war der Renditeabstand zu deutschen Staatsanleihen gering. Die Anfälligkeit der österreichischen Banken gekoppelt mit der Unsicherheit in Bezug auf die potenzielle Höhe des Engagements des Staates gegenüber dem Finanzsektor hatte zur Folge, dass sich der Zinsabstand zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen vergrößerte. Nach einem zweiten Höchststand 2012 hat sich der Abstand zu deutschen Staatsanleihen schrittweise wieder verringert. Österreichs Umsetzung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten am 1. Januar 2015 hat dazu beigetragen, Spillover-Effekte von österreichischen Banken auf die Risikoprämien für Staatsanleihen weiter zu verringern.

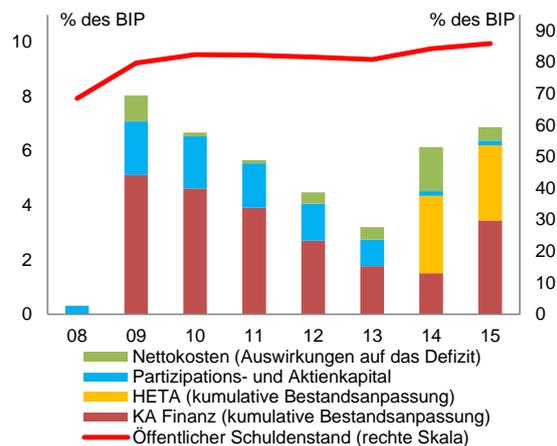
Abb. 2.3.9: Renditeabstand zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen und durchschnittliche 5-jährige CDS-Prämien der drei größten österreichischen Banken



Quelle: Luxemburger Zentralbank, Datastream

Seit 2014 haben sich die Risikoprämien auf Anleihen österreichischer Privatbanken und auf Staatsanleihen erheblich voneinander entfernt (Abbildung 2.3.9). Dies kann als Zeichen dafür betrachtet werden, dass der Markt nicht länger davon ausgeht, dass der österreichische Staat indirekt für die österreichischen Banken haftet. Die Vergrößerung der Renditeabstände langfristiger österreichischer Anleihen im zweiten Quartal 2015 deckt sich mit ähnlichen Entwicklungen in vergleichbaren Mitgliedstaaten.

Abb. 2.3.10: Auswirkungen der Unterstützung des Finanzsektors auf den öffentlichen Schuldenstand

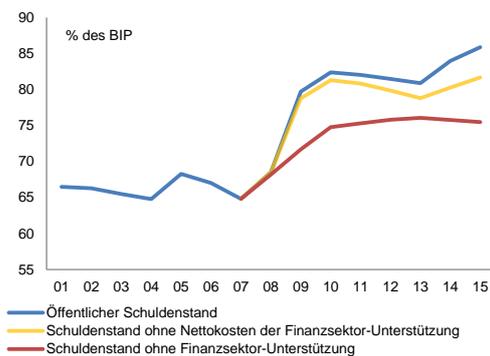


Quelle: Europäische Kommission, Eurostat, Finanzministerium, Statistik Austria

Die staatliche Unterstützung des Finanzsektors hatte zur Folge, dass sich der öffentliche Schuldenstand von 2009 bis 2015 um insgesamt rund 16 % des BIP erhöhte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein Teil der wertgeminderten Aktiva bereits abgestoßen und das Kapital teilweise zurückgezahlt wurde, kann die derzeitige Auswirkung auf den Schuldenstand mit 10 % des BIP veranschlagt werden. 2009 führte die Unterstützung des Finanzsektors zu einem Anstieg des öffentlichen Schuldenstands um 8 % des BIP (Abbildung 2.3.10). Der öffentliche Schuldenstand, der sich aus den Nettoverlusten durch die Unterstützung ergab, belief sich von 2009 bis 2015 auf 4,2 % des BIP. In einer ähnlichen Größenordnung lagen die Auswirkungen des vom Staat für aktive Finanzinstitute bereitgestellten Partizipations- und Aktienkapitals. Dieses Kapital wurde größtenteils bereits zurückgezahlt. Die größten Auswirkungen auf den öffentlichen Schuldenstand ergeben sich aus den wertgeminderten Aktiva der Entschuldungseinrichtungen, insbesondere der HETA und der KA Finanz. Da diese Aktiva erst im Laufe der Zeit abgestoßen werden, können sich daraus auch in den kommenden Jahren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen ergeben. Gäbe es nicht die beträchtlichen Auswirkungen dieser Entschuldungseinrichtungen auf den öffentlichen Schuldenstand, oder wären

diese Abwicklungsinstrumente in einem früheren Stadium eingesetzt worden, hätte Österreichs öffentliche Schuldenquote ihren Höchststand höchstwahrscheinlich bereits vor einigen Jahren erreicht (Abbildung 2.3.11).

Abb. 2.3.11: Öffentlicher Schuldenstand mit und ohne Unterstützung des Finanzsektors



Quelle: Eurostat und Finanzministerium

Trotz der erheblichen Kosten hat der Einsatz von Unterstützungsmaßnahmen im Einklang mit den EU-Beihilfavorschriften dazu beigetragen, den österreichischen Bankensektor zu sanieren und die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Dank der staatlichen Unterstützung konnten Banken, die grundsätzlich lebensfähig waren, wie die Erste Group Bank und Raiffeisen, die Marktturbulenzen nach Beginn der Finanzkrise überwinden. Die Maßnahmen, die in Bezug auf Institute ergriffen wurden, die aufgrund ihrer systemischen Bedeutung ganz oder teilweise verstaatlicht worden waren — Hypo Alpe Adria, Österreichische Volksbanken AG und Kommunalkredit — belasteten den Staatshaushalt zwar erheblich, trugen aber dazu bei, die Stabilität des Finanzsystems aufrechtzuerhalten und eine ordentliche Abwicklung zu gewährleisten. Die betreffenden Banken unterliegen gemäß den Beihilfavorschriften nach wie vor einer Überwachung im Rahmen von Kommissionsbeschlüssen.

Aufsichtsbehördliche und makroprudenzielle Anforderungen auf EU- und nationaler Ebene verringerten die Gefahr, dass die öffentlichen Finanzen durch Spillover-Effekte beeinträchtigt

werden. In den letzten Jahren haben die Bemühungen, im Einklang mit den Anforderungen der Eigenkapitalverordnung (CRR) und der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) zusätzliches Kapital aufzubauen, und die Umsetzung der vom Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) vorgesehenen makroprudenziellen Kapitalpuffer (siehe Abschnitt 2.2.) den österreichischen Bankensektor gestärkt. Seit Januar 2016 werden die Anforderungen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten vollumfänglich angewendet, was ebenfalls dazu beitragen dürfte, die öffentlichen Finanzen vor signifikanten Kosten im Zusammenhang mit der Rekapitalisierung und Abwicklung von Banken zu schützen. Diesbezüglich ist auch darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem in der Haushaltsplanung 2016 für Maßnahmen zur Bankenunterstützung vorgesehenen Betrag von 700 Mio. EUR um einen vorsorglich eingestellten Puffer handelt, der sich nicht auf konkret geplante Maßnahmen im Finanzsektor bezieht.

Für die Zukunft lässt sich sagen, dass zwar weiterhin einige Risiken bestehen, diese sich aber auf die Bewältigung von Altlasten bestimmter Banken beschränken. Insgesamt war die Unterstützung für den Finanzsektor sehr hoch, hat aber dazu geführt, dass lebensfähige Finanzinstitute die Krise überwinden konnten und dass es nicht zu ungeordneten Insolvenzen von Banken kam, deren Geschäftsmodell sich als nicht tragfähig erwies. Die übrigen Risikofaktoren beziehen sich hauptsächlich auf den Abwicklungsprozess bestimmter Banken. Der große Bestand der nach wie vor in den Staatskonten verbuchten wertgeminderten Aktiva der Entschuldungseinrichtungen stellt eine gewisse Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen dar. Letzten Endes werden die Kosten für den österreichischen Steuerzahler davon abhängen, wie diese Aktiva abgestoßen werden, deren Wert unweigerlich vom wirtschaftlichen Umfeld nicht nur in Österreich, sondern auch im weiteren Euro-Währungsgebiet beeinflusst wird. Es werden jedoch nur geringe oder gar keine weiteren Auswirkungen auf das Defizit erwartet, und die Auswirkungen auf den öffentlichen Schuldenstand dürften begrenzt sein, weil die Bilanzen der Banken bereits vollständig in den staatlichen Konten erfasst sind. Risiken für die Zukunft ergeben sich daher hauptsächlich aus den andauernden Auswirkungen der Altlasten

bestimmter Institute auf die öffentlichen Finanzen, während die allgemeine Restrukturierung des übrigen österreichischen Bankensektors ohne Bedarf an weiterer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fortgeführt wird.

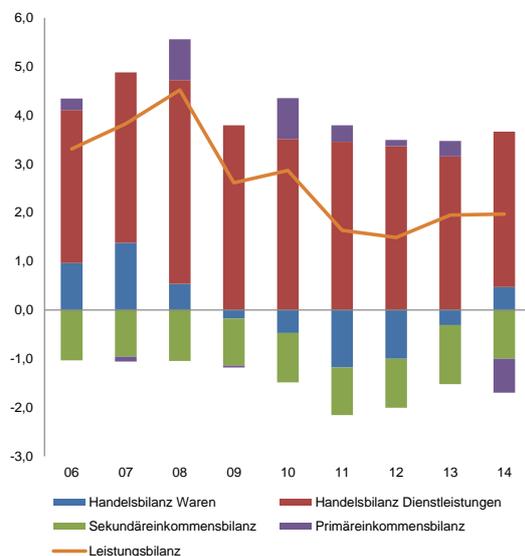
2.4. HANDELSLEISTUNG

Warenhandelsbilanz und Marktanteil

Nach über zehn Jahren kontinuierlicher Verbesserung ist Österreichs Leistungsbilanz seit 2008 auf einen bescheidenen Überschuss geschrumpft. In den 1990er Jahren verringerte sich Österreichs Leistungsbilanzdefizit schrittweise und schlug 2002 in einen Überschuss um; seitdem ist die Leistungsbilanz im positiven Bereich geblieben. Nachdem sie jedoch 2008 einen Höchststand von 5 % des BIP erreicht hatte, begann sie langsam wieder zu sinken; seit 2011 hat sie sich bei rund 2 % eingependelt (Abbildung 2.4.1). Dem Leitindikator des MIP-Scoreboards zufolge lag Österreichs Leistungsbilanz im Dreijahresdurchschnitt 2012-2014 bei 1,8 % des BIP. Für 2015 wird mit einem höheren Überschuss gerechnet und auch 2016 und 2017 soll er über 3 % liegen.

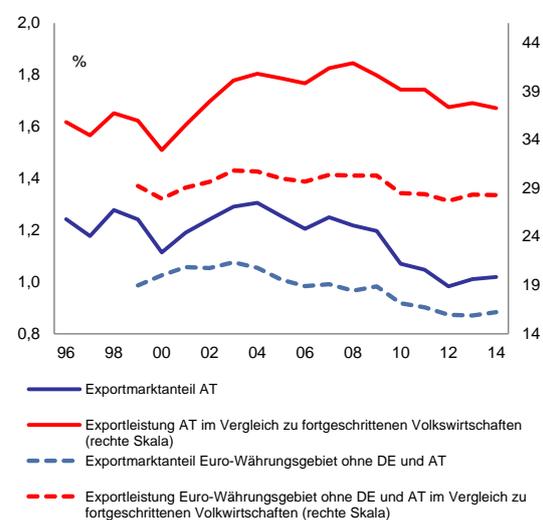
Der Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses gibt für sich genommen keinen Anlass zu Bedenken, war jedoch in der Vergangenheit mit einem Rückgang von Österreichs Exportmarktanteil verbunden. Von 1995 bis 2007 war Österreichs Exportmarktanteil weitgehend stabil oder vergrößerte sich im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sogar. Seit 2008 hat sich der Trend sowohl beim Marktanteil als auch bei der relativen Leistung ins Gegenteil verkehrt (Abbildung 2.4.2).

Abb. 2.4.1: Leistungsbilanz (in % des BIP)



Quelle: Eurostat

Abb. 2.4.2: Exportmarktanteil (Waren und Dienstleistungen) Österreich und Euro-Währungsgebiet

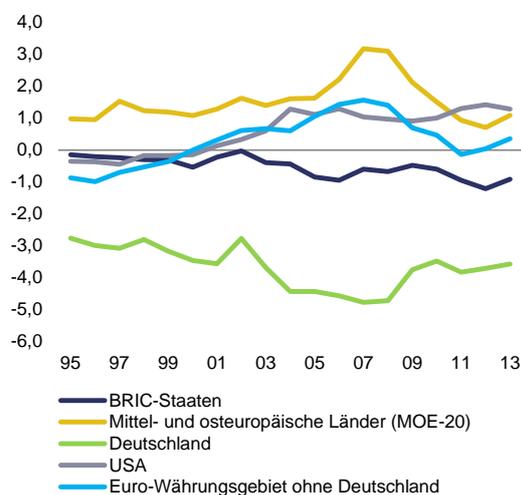


Quelle: Eurostat, AMECO, WTO (Welthandel 2014), Europäische Kommission

Ab Mitte der 1990er Jahre ist Österreich im Welthandel zehn Jahre lang zunehmend aktiver geworden und hat seine Aktivitäten sowohl in geografischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Produktstruktur erfolgreich diversifiziert. Österreich hat die Ausweitung des globalen Handels ab Mitte der 1990er Jahre erfolgreich

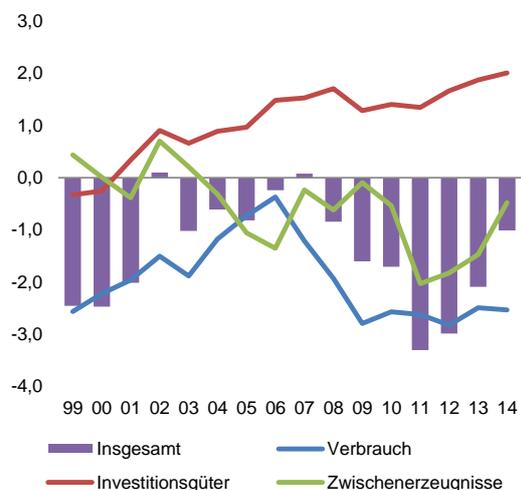
genutzt und sich dem Handel zunehmend geöffnet. Österreichs Anteil an Aus- und Einfuhren im Verhältnis zum BIP stieg um ca. zehn Prozentpunkte (auf knapp unter 40 % des BIP) an, was in etwa dem Anstieg in Deutschland entspricht. Obwohl das Euro-Währungsgebiet Hauptziel seiner Exporte blieb, erweiterte Österreich seine Ausfuhren auch schnell auf Mittel- und Osteuropa (MOE), China, Russland und die USA. Maschinen und Verkehrsausrüstung gehörten durchgehend zu den wichtigsten Exportgütern und stellten die wichtigste Triebfeder für Österreichs wachsenden Handelsbilanzüberschuss dar, aber auch die Handelsbilanz im verarbeitenden Gewerbe stieg von 2000 bis 2008 erheblich an. Die Verbesserung der Handelsbilanz mit den MOE-Ländern vor der Krise war vor allem auf die Nettoausfuhren von Investitionsgütern zurückzuführen (Abbildungen 2.4.3 und 2.4.4).

Abb. 2.4.3: Warenhandelsbilanz im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern (in % des BIP)



Quelle: Eurostat

Abb. 2.4.4: Handelsbilanz nach großen Wirtschaftskategorien (in % des BIP)



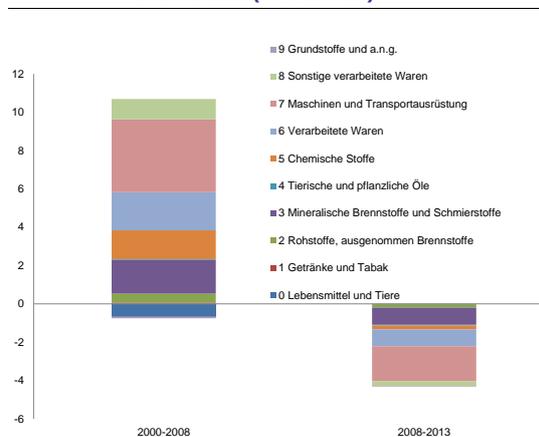
Quelle: Eurostat

In den Vorkrisenjahren integrierte sich Österreich verstärkt in die internationalen Wertschöpfungsketten und verfolgte ein exportgestütztes Wachstumsmodell. In den 2000er Jahren stiegen Österreichs Ausfuhren nach und Einfuhren aus Deutschland steil an, was die zunehmend größere Einbindung des Landes in die deutschen Verarbeitungs- und Herstellungsprozesse zeigt. Insbesondere Österreichs Einfuhren von verarbeiteten Waren,

Maschinen und Ausrüstung aus Deutschland nahmen stark zu. Gleichzeitig stiegen Österreichs Exporte in die MOE-Länder in diesen beiden Exportkategorien. Der steigende Handelsbilanzüberschuss Österreichs gegenüber diesen Ländern ist größtenteils der Ausfuhr von verarbeiteten Waren, Maschinen und Ausrüstung geschuldet (Abbildungen 2.4.5 und 2.4.6). Schätzungen auf der Grundlage der Input-Output-Tabellen auf Weltebene⁽¹⁶⁾ legen nahe, dass der Wertschöpfungsanteil Österreichs in Bezug auf die Produkte seiner wichtigsten Handelspartner im Euro-Währungsgebiet (Deutschland, Italien, Frankreich und Niederlande) und führender Industrienationen wie USA, Japan und China, stetig zunahm. Im Fall Deutschlands stieg der Wertschöpfungsanteil zwischen 2000 und 2008 um 38 %. Da die EU- Beitrittsländer jedoch gerade erst begonnen hatten, ihren Rückstand gegenüber den weiter entwickelten Ländern aufzuholen, verringerte sich Österreichs Anteil an der Wertschöpfung ihrer Produkte. Trotzdem profitierte Österreich aufgrund seiner Position in der internationalen Lieferkette von der steigenden Nachfrage dieser Länder. Die Wertschöpfung aus dem Außenhandel (die Wertschöpfung, die auf die ausländische Endnachfrage zurückgeht) stieg von 2000 bis 2008 von 31 % auf 36 % an, wobei die Beitrittsländer eine wichtige Rolle spielten.

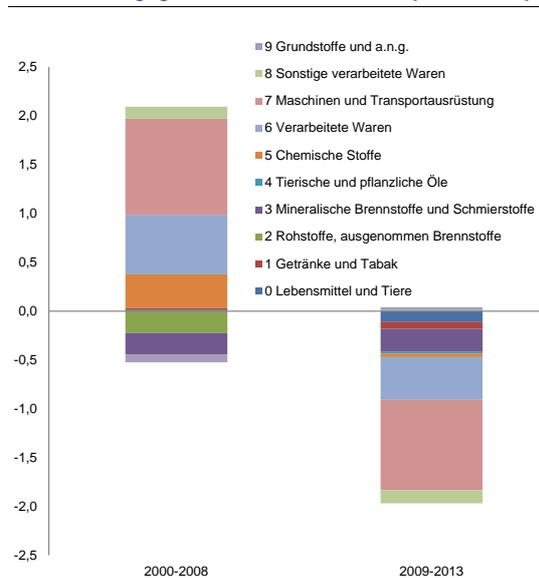
⁽¹⁶⁾ Siehe Timmer, M. P., Dietzenbacher, E., Los, B., Stehrer, R. und de Vries, G. J. (2015), „An Illustrated User Guide to the World Input–Output Database: the Case of Global Automotive Production“, Review of International Economics, 23, 575–605.

Abb. 2.4.5: Entwicklung der Einfuhren Österreichs aus Deutschland (in % des BIP)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Abb. 2.4.6: Entwicklung der Handelsbilanz Österreichs gegenüber den MOE-Ländern (in % des BIP)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Nach 2008 kehrten sich diese Tendenzen um. Das Handelsbilanzdefizit gegenüber Deutschland ging zurück, und der Handelsbilanzüberschuss gegenüber MOE und dem übrigen Euro-Währungsgebiet verringerte sich, was auf nachlassende Wettbewerbsfähigkeit hindeuten könnte. Der Rückgang des bilateralen Handelsbilanzüberschusses gegenüber dem Euro-

Währungsgebiet (mit Ausnahme Deutschlands) beruht in erster Linie auf der Verschlechterung der Handelsbilanz gegenüber Italien und Spanien, die mit einem Rückgang bei allen großen Kategorien von Exportprodukten Österreichs in diesen Ländern einhergeht und deren sinkende Nachfrage während der Krise widerspiegelt. Die Verschlechterung der Handelsbilanz gegenüber den MOE-Ländern ist vor allem auf geringere Nettoexporte verarbeiteter Waren und von Transportausrüstung zurückzuführen. Ein Rückgang der österreichischen Importe dieser Güter erklärt die Verringerung des Handelsbilanzdefizits Österreichs gegenüber Deutschland im selben Zeitraum. Obwohl sich diese Entwicklungen gegenseitig zum Teil ausgleichen, fiel die Gesamthandelsbilanz Österreichs gegenüber den MOE-Ländern und Deutschland in den Jahren 2008 bis 2013 um beinahe 1 % des BIP und machte so die von 2000 bis 2007 erreichten Verbesserungen zunichte. Zwar könnte dies auf das langsamere Wirtschaftswachstum in diesen Ländern zurückzuführen sein, es könnte aber auch darauf hindeuten, dass Österreich weniger wettbewerbsfähig wurde, was teilweise auch Österreichs schrittweisen Verlust von Exportmarktanteilen seit 2008 erklären könnte. Es stehen Handelsdaten zur Verfügung, die diese Hypothese stützen; sie beziehen sich jedoch nur auf einen begrenzten Zeitraum. Schätzungen auf der Grundlage der Input-Output-Tabellen auf Weltebene lassen die Annahme zu, dass die Produkte der EU-Beitrittsländer 2011 durchschnittlich 20 % weniger österreichische Wertschöpfung enthielten als 2008. Österreichs auf die Endnachfrage der EU-Beitrittsländer entfallender Wertschöpfungsanteil ging über den gleichen Zeitraum von 3,9 % auf 2,9 % der Gesamtwertschöpfung Österreichs zurück. Der entsprechende Rückgang für Deutschland war weniger erheblich (von 6,5 % auf 5,8 %), und Deutschland bleibt der bei weitem wichtigste Handelspartner Österreichs. Gleichzeitig verstärkte Österreich seine Handelsbeziehungen zu einigen außereuropäischen Ländern wie China und Brasilien erheblich und führte andere Handelsbeziehungen, beispielsweise die mit den

USA, Japan, Australien, der Türkei, Russland und Indien mit unverminderter Intensität fort. Dadurch konnte es die allgemeine Abwärtsentwicklung begrenzen.

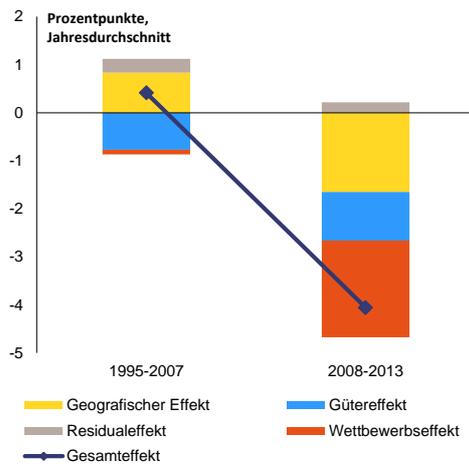
Eine Constant-Market-Share-Analyse⁽¹⁷⁾ zeigt, dass die Schmälerung der österreichischen Marktanteile sowohl auf Probleme im Zusammenhang mit seiner geografischen Orientierung als auch auf Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. Die Konzentration der Exporte auf das Euro-Währungsgebiet und MOE erklärt einen großen Teil der Marktanteilsverluste von 2008 bis 2013, da diese beiden Märkte langsamer wuchsen als die überseeischen Märkte und daher weniger zum Wachstum der österreichischen Exporte beitrugen (Abbildung 2.4.8). Die Analyse zeigt außerdem, dass das geringere Nachfragewachstum der wichtigsten österreichischen Handelspartner allein nicht ausreicht, um die Schmälerung der Marktanteile zu erklären, und dass auch Aspekte der preislichen und nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit für die Verschlechterung mitverantwortlich sind (Abbildung 2.4.7). Die Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit sind jedoch nicht Hauptgegenstand der genannten Analyse, daher sollte ergänzend eine eingehende Analyse der preislichen und nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit vorgenommen werden.

⁽¹⁷⁾ Mit einer Constant-Market-Share-Analyse können die Gründe für Veränderungen bei den Exportmarktanteilen untersucht werden. Bei der Analyse wird die Veränderung des Marktanteils eines Landes anhand von drei verschiedenen Faktoren gemessen: (i) dem „Market Distribution Effect“ (Effekt der Marktzusammensetzung, MDE), der die Auswirkungen bezeichnet, die sich aus der geografischen Zusammensetzung der (in diesem Fall:) österreichischen Exportmärkte ergibt. Exportiert Österreich mehr in Märkte mit stärkerem Nachfragewachstum, ist der MDE positiv; (ii) dem „Product Composition Effect“ (Güterstruktureffekt, PCE), der den Einfluss der Art der Produkte misst, die Österreich exportiert: spezialisiert sich Österreich auf Produkte, für die die Nachfrage im Ausland wächst, ist der PCE positiv; (iii) dem „Competitiveness Effect“ (Wettbewerbsseffekt, CE), der die Tendenzen der österreichischen Exporte im Vergleich zu den Weltexporten zeigt (unter Ausschluss der Auswirkungen der geographischen Orientierung und Produktspezialisierung). Dieser Faktor zeigt an, inwieweit Österreich auf der Basis von Elementen preislicher und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit Marktanteile gewinnen kann. Ein positiver Wert bedeutet, dass Österreichs Exporte im Vergleich zum Rest der Welt über einen Wettbewerbsvorteil verfügen.

Österreichs starke Spezialisierung auf verarbeitete Waren gab den Exporten nach 2008 weniger Auftrieb. In den 2000er Jahren schob die Spezialisierung Österreichs auf verarbeitete Waren die Exporte kräftig an; sie war aber nach 2008 zusammen mit dem Rückgang der Exporte in MOE-Länder auch der Grund für den Verlust von Marktanteilen bei diesen Niedrig- und Mitteltechnologiegütern. Eine Aufschlüsselung des Gütereffekts nach Sektor zeigt aber, dass vor allem der Sektor der mineralischen Brennstoffe für die negativen Auswirkungen auf den Marktanteil verantwortlich ist, auf den Österreich nicht spezialisiert ist. Wäre dieser Sektor nicht miteinbezogen worden, wäre der Gütereffekt insgesamt auch nach 2008 positiv (Abbildung 2.4.9).

einem Niveau knapp unterhalb des langfristigen Durchschnitts.

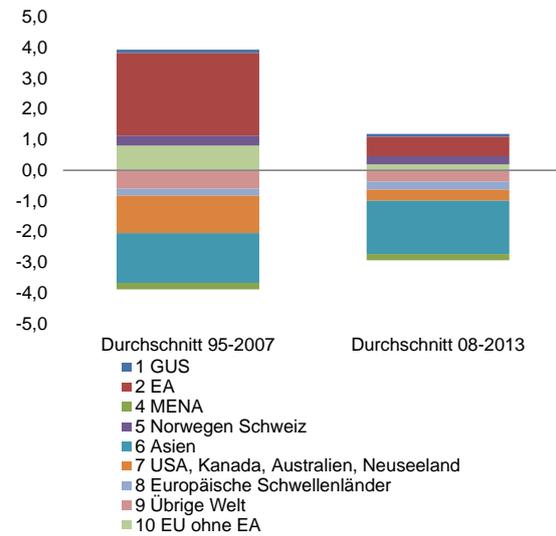
Abb. 2.4.7: Constant-Market-Share-Analyse



Quelle: VN-Rohstoffhandels-Datenbank; Europäische Kommission

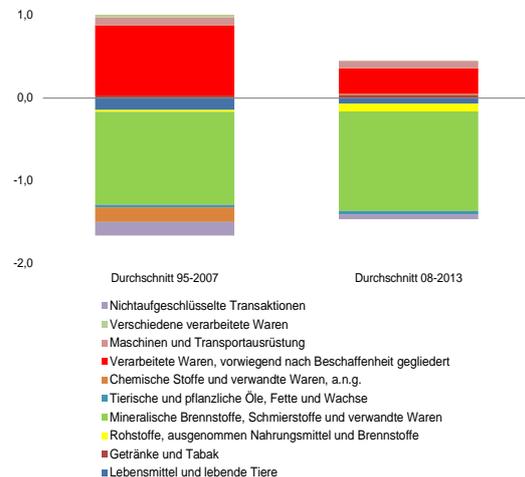
Österreichs Preiswettbewerbsfähigkeit hat sich seit 2009 im Verhältnis zu seinen Handelspartnern im Euro-Währungsgebiet verschlechtert, ist insgesamt aber weitgehend stabil geblieben. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verbesserte sich Österreichs Preiswettbewerbsfähigkeit aufgrund einer Abwertung des realen effektiven Wechselkurses (deflationiert mit Verbraucherpreisen). Seitdem schwankt der reale effektive Wechselkurs auf

Abb. 2.4.8: Geografischer Effekt nach Hauptregionen



Quelle: VN-Rohstoffhandels-Datenbank; Europäische Kommission

Abb. 2.4.9: Gütereffekt nach Hauptsektoren

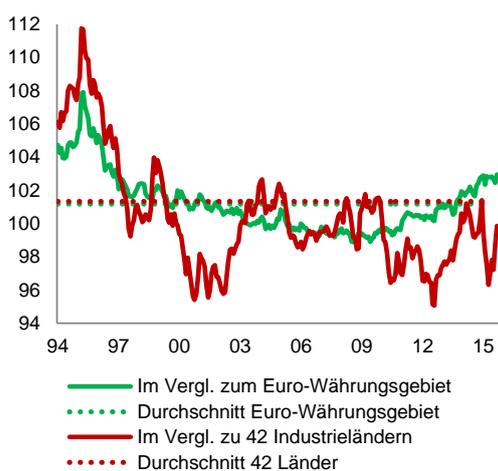


Quelle: VN-Rohstoffhandels-Datenbank; Europäische Kommission

Seit 2009 sind die Verbraucherpreise in Österreich jedoch stärker angestiegen als in den Ländern im Euro-Währungsgebiet, die die wichtigsten Handelspartner Österreichs sind. Dies weist auf eine Verschlechterung der Preiswettbewerbsfähigkeit im Verhältnis zum Euro-Währungsgebiet insgesamt hin (Abbildung 2.4.10). Diese Entwicklung ist zum

einen auf den schnellen und verhältnismäßig steilen Anstieg der Lohnstückkosten zurückzuführen. Von 2008 bis 2014 entsprachen die Lohnsteigerungen zwar weitgehend dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebietes, das Produktivitätswachstum war aber negativ (Abbildung 2.4.11). Dies erklärt teilweise, warum Österreich in den letzten Jahren beim Export von Teilen oder Waren für den deutschen Automobilsektor Marktanteile an die osteuropäischen Länder verloren hat. Diese Entwicklung ist jedoch nicht auf Österreich beschränkt; andere westeuropäische Zulieferer der Automobilindustrie haben ähnliche oder sogar größere Verluste auf dem deutschen Markt erlitten. Die realen effektiven Wechselkurse – ob mit Verbraucherpreisen oder mit Lohnstückkosten deflationiert – zeichnen das gleiche Bild. Auch bei der Verwendung von Exportdeflatoren zur Bestimmung des realen effektiven Wechselkurses, wobei die eher national ausgerichteten Auswirkungen der Preise in Verwaltung und Dienstleistungssektor, die in den vergangenen Jahren die Verbraucherpreise hochgehalten haben, nur indirekt berücksichtigt werden, zeigt sich, dass die Preiswettbewerbsfähigkeit insgesamt weitgehend stabil geblieben ist.

Abb. 2.4.10: **Realer effektiver Wechselkurs Österreichs (2005=100; deflationiert mit Verbraucherpreisen)**

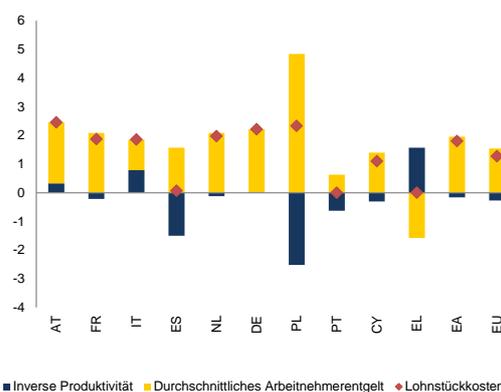


Quelle: Eurostat

Österreich könnte in den letzten Jahren geringfügig an nichtpreislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben. Dem

Wettbewerbsfähigkeitsindikator des Weltwirtschaftsforums ⁽¹⁸⁾ zufolge verlor Österreich in einem breitem Spektrum von Bereichen geringfügig an Wettbewerbsfähigkeit, nachdem diese ein Jahrzehnt über stabil gewesen war. 2015 belegte Österreich von 140 Ländern Platz 23 (Abbildung 2.4.1). Im jüngsten Bericht (2015/2016) werden hohe Steuern, ein kompliziertes Steuersystem und restriktive arbeitsrechtliche Vorschriften als größtes Problem für die Geschäftstätigkeit genannt.

Abb. 2.4.11: **Lohnstückkosten, Arbeitsproduktivität und Arbeitskosten (jährliche Wachstumsrate in %), 2008-2014**



Quelle: Eurostat

In Bezug auf die Flexibilität bei der Lohnfestsetzung belegt Österreich Platz 139 von 140 Ländern, und die steuerlichen Arbeitsanreize

⁽¹⁸⁾ Seit 2004 umfasst der Wettbewerbsfähigkeitsindikator des Weltwirtschaftsforums (WEF) drei Unterkategorien, die sich aus zwölf Faktoren zusammensetzen: Grundvoraussetzungen (institutionelles Geschäftsumfeld, Infrastruktur, volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheits- und Bildungssystem); Effizienzfaktoren (Hochschul- und Berufsbildung, Warenmarkteffizienz, Arbeitsmarkteffizienz, Finanzmarktentwicklung, Technologieintensität, Marktgröße); Innovations- und Unternehmensumfeldfaktoren (Unternehmensumfeld, Innovation). Davor waren zwei verschiedene Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren konzipiert worden: Der Growth competitiveness index (GCI: Strukturen, Institutionen und politische Maßnahmen, die das Wirtschaftswachstum mittelfristig unterstützen) und der Current bzw. Business competitiveness index (Rangliste für Unternehmensführung und -strategie, Rangliste für die Qualität des unternehmerischen Umfelds). Aufgrund der Änderung der Indizes sind Jahresvergleiche nur bedingt möglich.

Tabelle 2.4.1: Weltwirtschaftsforum – Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

	Globale Wettbewerbsfähigkeit (Gesamtindex)	Grundvoraussetzungen ¹⁾	Effizienzfaktoren ²⁾	Innovations- und Unternehmensumfeldfaktoren ³⁾	Einbezogene Länder
2015-2016	23	20	24	14	140
2014-2015	21	16	23	14	144
2013-2014	16	19	21	12	148
2010-2011	18	15	19	13	139
2008-2009	14	9	20	12	134
2006-2007	17	18	20	12	125

	Wettbewerbsfähigkeit Wachstum	Wettbewerbsfähigkeit Unternehmen	Einbezogene Länder
2003-2004	-	17	102/101
2000	-	18	59/58

Quelle: Weltwirtschaftsforum (2015 und ältere Ausgaben), Cesifo DICE Report 3/2005 (database global competitiveness)

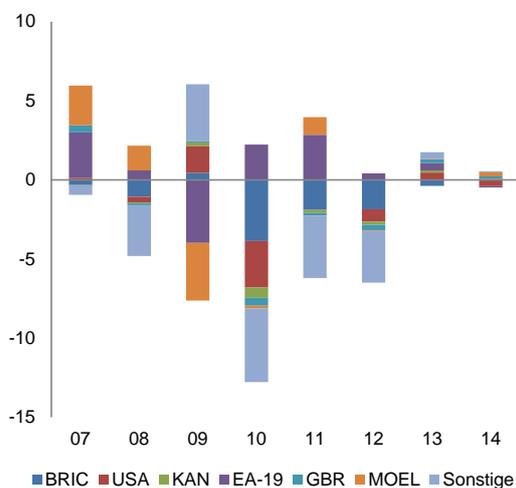
Anmerkung: Gewichtung im Gesamtindex (Bericht 2015): 1) 20 % 2) 50 % 3) 30 %

wurden als ähnlich unbefriedigend eingestuft. Auch der „*Doing-Business*“-Indikator der Weltbank, bei dem Österreich auf Platz 21 von 189 Ländern liegt, nennt die Steuern als Problem sowie die Verfahren für die Unternehmensgründung. Insgesamt enthält der Bericht der Weltbank jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Hindernisse für die Geschäftstätigkeit in Österreich in den letzten Jahren erhöht haben. Dagegen hat sich dem *IMD World Competitiveness Scoreboard* zufolge speziell Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zwischen 2010 (Platz 14 von 58) und 2015 (Platz 26 von 61) kontinuierlich verschlechtert.

Österreichs Innovationsleistung ist insgesamt solide, ließe sich aber noch verbessern. Laut dem Weltwirtschaftsforum situiert sich Österreich in Bezug auf Innovation insgesamt knapp über dem Durchschnitt der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zudem ist dem *Leistungsanzeiger für Forschung und Innovation 2015* der Europäischen Kommission, der Österreich als einen „Innovationsverfolger“ einstuft, zu entnehmen, dass Österreichs Innovationsleistung seit 2007 nach oben tendiert. Die relative Leistung im Vergleich zu den übrigen EU-Mitgliedstaaten liegt jedoch auch 2014 noch unter dem Vorkrisenniveau. Insbesondere die schwache Leistung in den Bereichen Risikokapitalinvestitionen, Patenteinkünfte aus dem Ausland und Exporte wissensintensiver Dienstleistungen ist auffallend. (Weitere Einzelheiten zu Forschung und Innovation in Österreich finden sich in Abschnitt 3.5.)

Auch andere Aspekte tragen dazu bei, die Bedenken in Bezug auf den Verlust von Marktanteilen Österreichs zu mindern. Der Verlust von Marktanteilen hat hauptsächlich in den Jahren 2010 und 2012 stattgefunden. Seitdem hat das Land einige Marktanteile zurückgewonnen. Dass Österreich in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt Marktanteile hinzugewonnen hat, beruht auf Zuwächsen in einigen osteuropäischen Ländern (z. B. Ungarn und Kroatien) und in Schweden. Außerdem stellt sich der Verlust der Marktanteile nach Vornahme einer Preisbereinigung wesentlich geringer dar, als die wertbasierten Indikatoren annehmen lassen (Abbildung 2.4.13). Andere Datenquellen und Methoden zur Berechnung der Entwicklung von Marktanteilen (z. B. gewichtetes oder nicht gewichtetes Export- bzw. Importwachstum) legen zudem einen wesentlich geringeren Verlust an Marktanteilen nahe. Außerdem konzentrieren sich die Verluste hauptsächlich auf schnell wachsende Überseemärkte (wie China, Brasilien, Indien und USA), während der Marktanteil Österreichs in den MOE-Ländern und im Euro-Währungsgebiet kaum betroffen ist (Abbildung 2.4.12).

Abb. 2.4.12: Verlust an Marktanteilen (in Prozentpunkten)

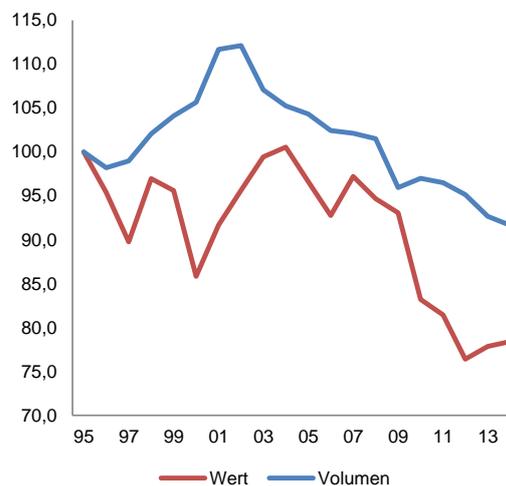


Quelle: Eurostat

Dienstleistungs- und Einkommensbilanz

Dank einer erfolgreichen Diversifizierung ist der Überschuss der Dienstleistungsbilanz gestiegen. Der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz ist bis 2007 merklich gestiegen und hat seitdem stets einen signifikanten Beitrag zum Leistungsbilanzüberschuss geleistet. Zwar stellt der Tourismus nach wie vor Österreichs größten Dienstleistungsexport dar, die Bedeutung anderer Dienstleistungssektoren hat jedoch zugenommen, insbesondere im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die nach einem starken Zuwachs zur zweitgrößten Quelle von Einnahmen aus Dienstleistungen geworden sind (Abbildung 2.4.14). Rund drei Viertel des Überschusses der Dienstleistungsbilanz wurde nach wie vor im Euro-Währungsgebiet erwirtschaftet (hauptsächlich durch Reise- und gewerbliche Dienstleistungen), obgleich der Dienstleistungshandel mit Nicht-EU-Ländern (wie Russland und China) zunahm.

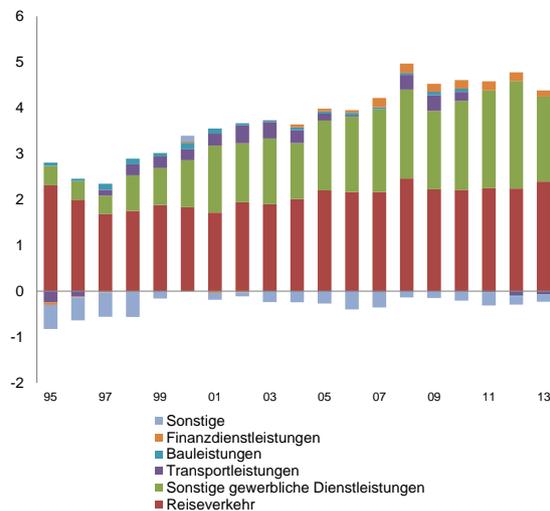
Abb. 2.4.13: Anteil am Exportmarkt (Waren & Dienstleistungen) in Wert und Volumen (Index: 1996=100)



Quelle: AMECO, Eurostat, WTO, Europäische Kommission

Das Primäreinkommen hat zum Anstieg des Überschusses der Leistungsbilanz beigetragen, ist aber 2014 negativ. Die Primäreinkommensbilanz wies bis Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich einen negativen Saldo auf; danach schwankte sie um den Nullpunkt. Ihre Dynamik erklärt sich hauptsächlich durch die Kapitalerträge; das Einkommen aus Arbeit spielt praktisch keine, andere Primäreinkommensquellen eine leicht positive Rolle. Bei den Kapitalerträgen besteht seit 2010 eine leicht rückläufige Tendenz. 2014 rutsche sie jedoch ins Defizit ab, als die bis dahin positive Bilanz der Direktinvestitionen aufgrund einer Verringerung der Netto-Reinvestition von Gewinnen erheblich einbrach. Dadurch geriet die Kapitalertragsbilanz insgesamt 2014 um fast 1 % des BIP ins Defizit. Der Einbruch der Nettoerträge aus Direktinvestitionen im Jahr 2014 ist angesichts der zeitlich versetzten Verfügbarkeit der Daten zum tatsächlichen Einkommen, die in die amtlichen Statistiken einfließen, mit Vorsicht zu interpretieren.

Abb. 2.4.14: Dienstleistungsbilanz (in % des BIP)



Quelle: Eurostat

Die Entwicklungen der Kapitalertragsbilanz beruhen vor allem auf den Erträgen aus Direktinvestitionen. Seit Beginn der Finanzkrise sind Gewinne vermehrt ausgeschüttet statt reinvestiert worden. Seit 2002 hat sich die Bilanz der Erträge aus Direktinvestitionen langsam gewendet und 2008 erreichte sie mit 1,5 % des BIP ihren Höchststand. Diese Wende war ausschließlich auf einen sprunghaften Anstieg der Netto-Reinvestition von Gewinnen zurückzuführen. Von 2002 bis 2007 stiegen die reinvestierten Gewinne aus Österreichs Auslandsinvestitionen wesentlich stärker als die reinvestierten Gewinne ausländischer Investitionen in Österreich. Mit Einsetzen der Finanzkrise 2008 änderte sich die Lage erheblich. Österreichische Investoren im Ausland zogen es vor, Gewinne abzuschöpfen und Dividenden auszuschütten, statt sie zu reinvestieren. Diese Zurückhaltung bei der Reinvestition von Unternehmensgewinnen ist ein typisches Merkmal der Nachkrisenphase und deutet auf eine übermäßige Exponierung im vorangegangenen Zeitraum oder auf eine Anpassung der Renditeerwartungen (auch aufgrund der größeren Unsicherheit, beispielsweise im Bankensektor) hin. Außerdem neigen die ausländischen Direktinvestoren in Österreich seit der Krise dazu, einen relativ

größeren Anteil der Dividendenzahlungen abzuschöpfen und weniger zu reinvestieren.

Spar- und Investitionsaussichten

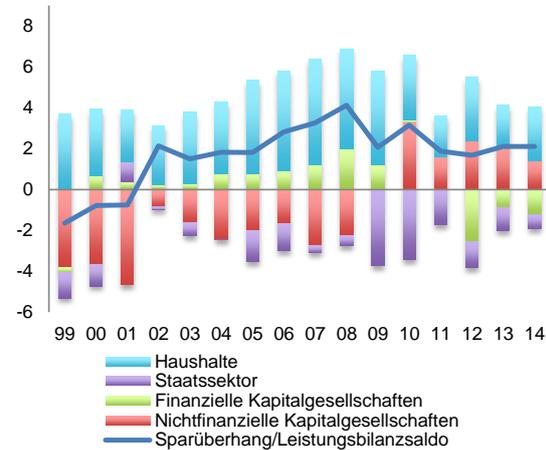
In dem bis 2008 wachsenden Überschuss der Leistungsbilanz spiegelten sich die zunehmenden Sparbemühungen aller Wirtschaftssektoren wider, insbesondere der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und des Staates. 2008 erreichte die Sparquote in Österreich 28,6 % des BIP und lag damit fast 7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets (Abbildung 2.4.15). Getragen wurde diese Entwicklung von dem rückläufigen Finanzierungsbedarf nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften, der Konsolidierung des Staatssektors im Hinblick auf die Errichtung der Europäischen Währungsunion und höheren Ersparnissen der privaten Haushalte (Abbildung 2.4.16).

Der Rückgang des Überschusses der Leistungsbilanz seit 2008 lässt sich zu einem großen Teil durch den beträchtlichen Rückgang der Sparbemühungen der privaten Haushalte erklären. Während der Krise griffen die österreichischen Haushalte ihre angesparten Guthaben an und hielten so das Wachstum des Verbrauchs trotz eines geringeren Anstiegs der verfügbaren Einkommen auf einem relativ hohen Stand. Nach der Krise unternahm der Staat eine erneute Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften reduzierten ihren Kreditbedarf weiter und weisen seit 2010 einen Überschuss aus. Zwar bedeutet dies, dass die Investitionen erheblich schrumpften, was der Produktivität und dem langfristigen Wachstum schaden könnte; die Bilanzen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften verbesserten sich jedoch stetig. Das deutet darauf hin, dass es keine größeren Probleme in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit gibt.

Für die Zukunft kann davon ausgegangen werden, dass die Risiken bezüglich der geografischen Zusammensetzung der Marktanteile unverändert bleiben, da sich die Zusammensetzung von Österreichs Exportmarktanteilen in den letzten

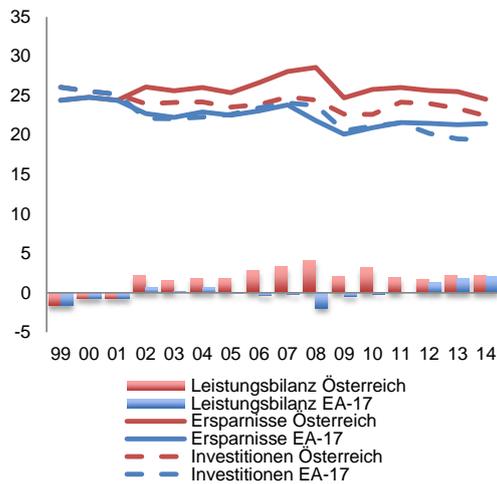
Jahren nicht wesentlich geändert hat. Auch die geografischen Möglichkeiten bleiben unverändert, insbesondere im Hinblick auf die andauernde Erholung der Wirtschaftstätigkeit im Euro-Währungsgebiet und in der MOE-Region. Die Winterprognose der Kommission projiziert für Österreich ein dynamisches Exportmarktwachstum. Dies dürfte sich positiv auf das Exportwachstum auswirken; dennoch ist damit zu rechnen, dass die tatsächliche Exportleistung Österreichs verhalten bleibt. Die verhaltene Exportleistung beruht zum Teil auf der Beobachtung, dass Österreich in der Währungsunion etwas an Preiswettbewerbsfähigkeit verloren hat. Es scheint aber Spielraum für eine Verbesserung bzw. Wiedergewinnung bestimmter Aspekte der nichtpreislichen Wettbewerbsfähigkeit zu bestehen, was Österreich auch dabei helfen könnte, seinen Platz in der europäischen und internationalen Wertschöpfungskette zu behaupten.

Abb. 2.4.16: Beitrag zur Veränderung der Leistungsbilanz Österreichs (in % des BIP)



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Abb. 2.4.15: Leistungsbilanzsaldo, inländische Ersparnisse und Investitionen (in % des BIP)



Quelle: Eurostat

2.5. MIP-BEWERTUNGSMATRIX

In dieser MIP-Bewertungsmatrix werden die wichtigsten Erkenntnisse der im Länderbericht vorgenommenen eingehenden Überprüfung zusammengefasst. Sie konzentriert sich auf Ungleichgewichte und Anpassungsfragen, die für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP) relevant sind.

Tabelle 2.5.1: MIP-Bewertungsmatrix (*) – Österreich

	Ausmaß der Herausforderung	Entwicklung und Perspektiven	Politische Maßnahmen
Potenzielle Ungleichgewichte			
Finanzsektor	Das Auslandsengagement der Banken hat strategische Vorteile, birgt aber auch die Gefahr von Spillover-Effekten nach innen durch Kredit-, Währungs- und politische Risiken. Der Umfang der von ausländischen Tochtergesellschaften gehaltenen Vermögenswerte ist zwar im Abnehmen begriffen, aber immer noch beträchtlich, und ein großer Anteil der Kreditvergabe durch österreichische Banken und ihre Tochtergesellschaften erfolgt noch immer in ausländischer Währung (Abschnitt 2.2).	starke der ausländischen Aktiva einen Rückgang der Rentabilität mit sich bringt, bleiben die Gewinne insgesamt positiv. Die österreichischen Banken haben ihr Engagement in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas seit 2008 verringert, und ihre Präsenz im Ausland ist insgesamt recht diversifiziert. Die politischen und wirtschaftlichen Risiken, insbesondere im Hinblick auf das Engagement in der Ukraine und Russland, bleiben hoch.	Obwohl die Verschlechterung der Qualität der ausländischen Aktiva einen Rückgang der Rentabilität mit sich bringt, bleiben die Gewinne insgesamt positiv. Die österreichischen Banken haben ihr Engagement in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas seit 2008 verringert, und ihre Präsenz im Ausland ist insgesamt recht diversifiziert. Die politischen und wirtschaftlichen Risiken, insbesondere im Hinblick auf das Engagement in der Ukraine und Russland, bleiben hoch.
	Der österreichische Bankensektor ist widerstandsfähig, und angebotsseitige Faktoren spielen bei der Kreditvergabe an Unternehmen nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch sind die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kapitalausstattung, die geringe Rentabilität und die Verschlechterung der Qualität des Kreditportfolios der Tochtergesellschaften im Ausland miteinander verflochten und könnten dazu führen, dass die Kreditvergabekapazität des Bankensektors nicht mit den verbesserten wirtschaftlichen Aussichten Schritt halten	Die Kapitalausstattung hat sich allmählich verbessert, und allerdings ist noch eine weitere Verbesserung gerechtfertigt. Die Rating-Herabstufungen einiger österreichischer Banken haben sich vorübergehend auf deren Finanzierungs- und Kapitalkosten ausgewirkt. Die Kreditvergabe an inländische Unternehmen wird durch die schwache Kreditnachfrage und in gewissem Umfang auch durch die erhöhte Risikoaversion und die höheren aufsichtlichen Anforderungen beeinträchtigt. In Zukunft bleiben Risiken von Extremszenarien (Tail Risks) für	Obwohl legislative Maßnahmen zur Begrenzung negativer Spillover-Effekte der Bankenumstrukturierung ergriffen wurden, stiegen die Finanzierungskosten der österreichischen Banken vorübergehend an. Insgesamt haben die Aufsichtsmaßnahmen dazu beigetragen, die Kapitalausstattung der Banken schrittweise zu verbessern. Makroprudenzielle Maßnahmen dürften zu einer weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit und Widerstandsfähigkeit des Bankensektors insgesamt beitragen. Die aufsichtlichen Anforderungen haben im Laufe der Zeit zu einer

kann. Die Fähigkeit, Kapital zu erwirtschaften, wird durch die geringe Rentabilität auf dem heimischen Markt und die stärkere Volatilität bei den Gewinnen aus internationalen Tätigkeiten, insbesondere aufgrund der steigenden Anzahl notleidender Kredite, geschwächt (Abschnitt 2.1.).

Die Umstrukturierung und Abwicklung notleidender Finanzinstitute hat nach wie vor Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Die Fördermaßnahmen für den Finanzsektor haben zu einer Erhöhung des gesamtstaatlichen Schuldenstands geführt. Große Bestände wertgeminderter Aktiva aus Entschuldungseinrichtungen sind in den Staatskonten verbucht worden und stellen eine gewisse Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen dar; die Gefahr weiterer Kosten hält sich jedoch insgesamt in Grenzen und bezieht sich auf wenige bestimmte Institute (Abschnitt 2.3.).

Die Umstrukturierung des Bankensektors schreitet stetig voran. Liquiditäts- und Kapitalhilfen werden von den Banken immer mehr zurückgezahlt. Mit der Umstrukturierung des Bankensektors verbunden sind zusätzliche haushaltswirksame Kosten und rechtliche Fragen, die in begrenztem Umfang Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben. Allerdings beziehen sich diese Faktoren hauptsächlich auf Altlasten einzelner Banken, während die allgemeine Umstrukturierung des österreichischen Bankensektors voranschreitet, ohne dass eine zusätzliche Unterstützung aus den öffentlichen Finanzen erforderlich wäre.

Es wurden Abwicklungsinstrumente für sich in der Umstrukturierung befindliche Banken eingerichtet und legislative Folgemaßnahmen ergriffen. Durch die „Bad Bank“-Lösung für die Hypo Alpe Adria sollen die Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen begrenzt werden. Eine Bankenabgabe hat zur Finanzierung der Fördermaßnahmen für den Finanzsektor beigetragen. Die Umsetzung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten begrenzt deutlich das Risiko weiterer Spillover-Effekte auf die öffentlichen Finanzen.

Außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit

Seit 2008 hat die österreichische Wirtschaft insbesondere aufgrund geografischer Spezialisierung sowohl nominal als auch real betrachtet Exportmarktanteile verloren. Diese Verluste sind in gewissem Maße auch auf eine geringere preisliche und nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen; auf längere Sicht scheinen sich

Die engen Handelsbeziehungen zum Euro-Währungsgebiet und zu Mittel- und Osteuropa haben zu einem Verlust an Exportmarktanteilen geführt, da andere Märkte ein rascheres Wachstum zeigten. Die Marktanteile Österreichs haben seit 2013 wieder leicht zugenommen. Die Entwicklung des Handels und die Handelsindikatoren weisen auf nur begrenzte Wettbewerbsverluste in den vergangenen Jahren hin.

Es sind keine bedeutenden politischen Maßnahmen ergriffen worden, die die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft geschwächt haben könnten.

die Einbußen jedoch in
Grenzen zu halten
(Abschnitt 2.4).

Schlussfolgerungen aus der eingehenden Überprüfung

- Das Engagement der österreichischen Banken im Ausland und ihre Fremdwährungskredite bergen ein gewisses Potenzial für negative Spillover-Effekte, auch im Hinblick auf die Kapitalausstattung der Banken, ihre Gewinnaussichten und die Risiken in der Ukraine und Russland. Die Umstrukturierung und Abwicklung notleidender Finanzinstitute hat zwar nach wie vor Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen, aber die Risiken weiterer Kosten halten sich in Grenzen. Exportmarktanteile werden zurückgewonnen, aber die Trends bei der Wettbewerbsfähigkeit sollten überwacht werden.
- Das Auslandsengagement des Bankensektors hat sich verringert und die geografische Präsenz im Ausland ist im Allgemeinen diversifiziert und stellt nach wie vor eine Hauptgewinnquelle dar. Die Auswirkungen der Bilanzanpassungen der Banken auf andere Wirtschaftszweige halten sich in Grenzen. Die verbesserte Kapitalausstattung und die Risikominderung werden voraussichtlich schrittweise zur Förderung der Kreditvergabekapazität des Bankensektors beitragen. Altlasten, insbesondere die Veräußerung wertgeminderter Vermögenswerte von Banken und rechtliche Ungewissheiten könnten in begrenztem Umfang weitere Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben. Die Umstrukturierung des Bankensektors schreitet voran, ohne dass eine zusätzliche Unterstützung seitens der öffentlichen Hand erforderlich wäre. Die Anforderungen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten tragen dazu bei, die öffentlichen Finanzen vor weiteren Kosten zu schützen.
- Bestimmte Aufsichtsmaßnahmen haben zur Verbesserung der lokalen Finanzierungsgrundlage und der Qualität der Aktiva im Ausland beigetragen. Andere Aufsichtsmaßnahmen haben die Risikotragfähigkeit und Widerstandsfähigkeit des inländischen Bankensektors gestärkt. Öffentliche Unterstützungsmaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften haben es überlebenden Banken ermöglicht, Marktturbulenzen standzuhalten, und die Abwicklung anderer Banken sichergestellt; gleichzeitig haben sie die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet. Die Bankenabgabe hat zur Finanzierung der Unterstützungsmaßnahmen beigetragen.

(*) In der ersten Spalte wird das „Ausmaß“ der Ungleichgewichte zusammengefasst. In der zweiten Spalte werden Erkenntnisse über die „Entwicklung und Perspektiven“ der Ungleichgewichte wiedergegeben. In der dritten Spalte werden in jüngster Vergangenheit durchgeführte sowie geplante einschlägige Maßnahmen aufgeführt. Für jede Ursache des jeweiligen Ungleichgewichts und für jede Anpassungsfrage werden die jeweiligen Erkenntnisse angegeben. In den letzten drei Abschnitten der Matrix sind die allgemeinen Herausforderungen (ihr Ausmaß, die Entwicklungen und Perspektiven sowie die politischen Maßnahmen) zusammengefasst.

3. ZUSÄTZLICHE STRUKTURELLE FRAGEN

Zusätzlich zu der in Abschnitt 2 vorgenommenen Analyse möglicher makroökonomischer Ungleichgewichte werden in diesem Abschnitt andere wirtschaftliche und soziale strukturelle Herausforderungen für Österreich untersucht. In diesem Abschnitt wird unter schwerpunktmäßiger Betrachtung der politischen Bereiche, für die 2015 länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen wurden, zunächst auf die wirtschaftliche Effizienz der Finanzbeziehungen zwischen den einzelnen Ebenen des Staates eingegangen, bevor im zweiten Teil die Auswirkungen der Steuerreform 2016 betrachtet werden. Im dritten Teil werden arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen analysiert, wobei der Schwerpunkt auf der Erwerbsbeteiligung, der allgemeinen Chancengleichheit und der langfristigen Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems liegt. Im vierten Teil wird auf die Herausforderungen eingegangen, die das österreichische Bildungssystem zu bewältigen hat, sowie auf solche, die sich aus dem erhöhten Zustrom von Flüchtlingen und Migranten ergeben. Der fünfte und letzte Teil konzentriert sich auf die Förderung des langfristigen Wachstums; dabei werden Hindernisse für Unternehmen im Dienstleistungssektor aufgezeigt, und es wird die Finanzierungssituation von kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Start-up-Unternehmen betrachtet.

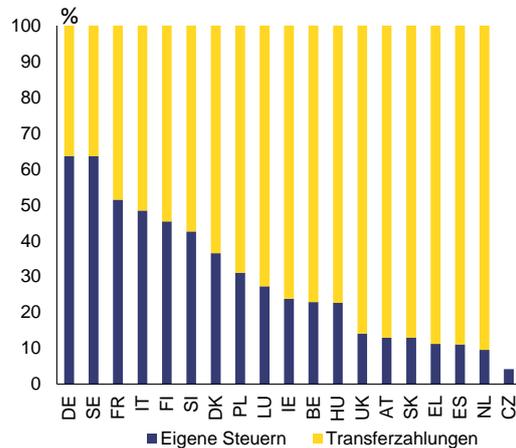
3.1. HAUSHALTPOLITISCHER RAHMEN

Die Straffung der Finanzbeziehungen zwischen den einzelnen Ebenen des Staates stellt in Österreich seit langem eine Herausforderung dar. Der institutionelle Rahmen, in dem die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geregelt sind, geht auf das Finanz-Verfassungsgesetz von 1948 zurück. Seitdem ist der Rechtsrahmen für die Finanzbeziehungen immer komplexer geworden, um einen Konsens zwischen den einzelnen Interessenträgern zu erreichen. Seit vielen Jahren haben die österreichischen Behörden anerkannt, dass angesichts der wirtschaftlichen Effizienzverluste eine umfassende Reform erforderlich ist. Allerdings haben die im derzeitigen institutionellen Gefüge verankerten gegenläufigen Interessen Reformversuche in der Vergangenheit erschwert. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG), das die Aufteilung der Finanzmittel zwischen den drei Ebenen des Staates regelt, wird alle sechs Jahre neu verhandelt. Die derzeitige Vereinbarung läuft Ende 2016 aus. Seit Mitte 2015 sind Arbeitsgruppen eingerichtet worden, um Vorschläge für Reformen auszuarbeiten, die anschließend im Parlament erörtert und ab 2017 umgesetzt werden sollen.

Einerseits ist das Maß der haushaltspolitischen Dezentralisierung relativ hoch, was den Anteil der Ausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften an den gesamtstaatlichen Ausgaben betrifft (30,6 % der gesamtstaatlichen Ausgaben im Jahr 2014 bzw. 16 % des BIP – OECD-Daten). Dies spiegelt die Tatsache wider, dass die subnationalen Gebietskörperschaften über Ausgabenzuständigkeiten in wichtigen Bereichen wie Sozialfürsorge, Gesundheitswesen (Krankenhäuser), Teilen der Primar- und Sekundarbildung, Kindergärten und dem Funktionieren der lokalen und regionalen Infrastruktur verfügen.

Das derzeitige System weist Inkongruenzen zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben auf.

Abb. 3.1.1: Einnahmequellen der subnationalen Gebietskörperschaften im Jahr 2013

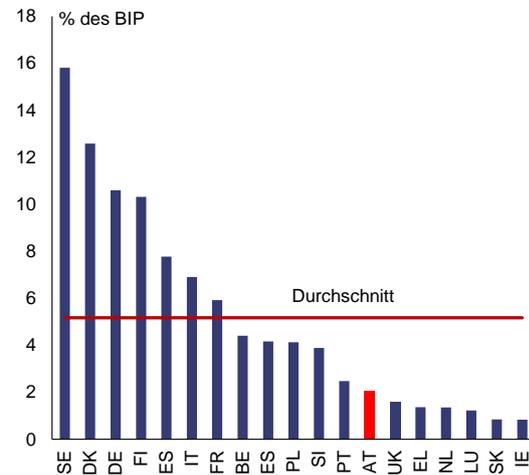


Quelle: OECD, Europäische Kommission

Andererseits scheint die haushaltspolitische Dezentralisierung bei den Einnahmen nur gering zu sein. Der Großteil der Einnahmen der subnationalen Gebietskörperschaften wird von der Bundesregierung durch eine Aufteilung der Steuereinnahmen und Transferzahlungen bereitgestellt (Abbildung 3.1.1), und die Höhe der Einnahmen aus subnationalen eigenen Steuern⁽¹⁹⁾ ist vergleichsweise gering (Abbildung 3.1.2).

⁽¹⁹⁾ Unter subnationalen eigenen Steuern versteht man Steuern, die von subnationalen Gebietskörperschaften verhängt werden können oder deren Steuersatz bzw. Steuerbemessungsgrundlage von subnationalen Gebietskörperschaften geändert werden kann.

Abb. 3.1.2: Subnationale eigene Steuern im Jahr 2014



Quelle: OECD

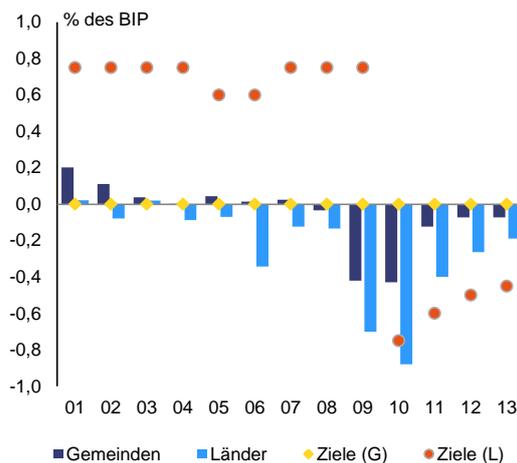
Die Betrauung unterschiedlicher Ebenen des Staates mit den Steuererhebungsrechten und Ausgabenzuständigkeiten ist nicht kosteneffizient. Diese Inkongruenz bietet den subnationalen Gebietskörperschaften angesichts der symmetrischen Beziehung zu den Steuerzahlern keinen Anreiz, ihre Ausgaben zu senken. Auf der Ausgabenseite sehen die Steuerzahler die Länder und Gemeinden als Anbieter zahlreicher Dienstleistungen, während sie auf der Einnahmenseite die Bundesregierung als wichtigsten Akteur im Bereich der Steuererhebung betrachten. Infolgedessen wird die finanzielle Rechenschaftspflicht auf die Bundesebene verlagert, was zu einem geringeren Druck auf die subnationalen Gebietskörperschaften führt. Die Befähigung der subnationalen Gebietskörperschaften zur Erhöhung ihrer eigenen Einnahmen, insbesondere durch lokale Steuern, wird allgemein als eine Methode zur Förderung der Haushaltsdisziplin angesehen.⁽²⁰⁾ Andere Studien zeigen, dass die Abhängigkeit von Transferzahlungen häufig mit größeren Haushaltsdefiziten verbunden ist, insbesondere

⁽²⁰⁾ Oates, W.E. (2006), „On the Theory and Practice of Fiscal Decentralization“, IFIR Working Paper Nr. 2006-05; IMF (2009), „Macro Policy Lessons for a Sound Design of Fiscal Decentralization“; Blöchliger, H. und Petzold, O. (2009), „Finding the Dividing Line Between Tax Sharing and Grants: A Statistical Investigation“, OECD Working Papers on Fiscal Federalism, Nr. 10.

wenn sie mit einer starken Ausgabendezentralisierung einhergeht. ⁽²¹⁾

Die Gemeinden verfügen über mehr autonome Steuern als die Länder, was sich traditionell in einer besseren Haushaltslage der Gemeinden widerspiegelt. Der Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen ist bei den Gemeinden doppelt so hoch wie bei den Ländern (17,7 % gegenüber 8,5 % – OECD-Daten für das Jahr 2013). Dies geht mit einer zurückhaltenderen Entwicklung der Ausgaben und einer im Allgemeinen besseren Einhaltung der Haushaltsziele durch die Gemeinden einher. Die Länder haben von 2001 auf 2010 durchweg ihre Haushaltsziele verfehlt. Im Gegensatz dazu haben die Gemeinden ihre Haushaltsziele besser eingehalten und in den meisten Jahren vor der Wirtschaftskrise sogar übertroffen (Abbildung 3.1.3). Insgesamt scheint die stärkere Steuerautonomie die Gemeinden dazu veranlasst zu haben, ihre Ausgaben im Rahmen zu halten, und gleichzeitig für Flexibilität bei der Reaktion auf ungünstige wirtschaftliche Bedingungen gesorgt zu haben.

Abb. 3.1.3: **Gesamtsaldo der subnationalen Gebietskörperschaften**



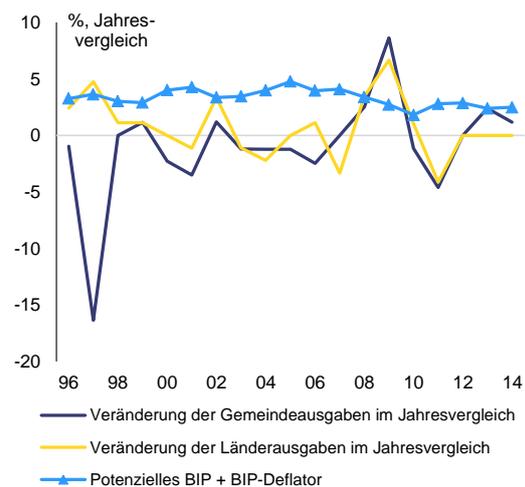
Quelle: OECD, Europäische Kommission

Die 2012 in Kraft getretene Reform des Österreichischen Stabilitätspakts hat den haushaltspolitischen Rahmen gestärkt. Im

⁽²¹⁾ Rodden, J. und Wibbels, E. (2009), „Fiscal decentralization and the business cycle“, Economics & Politics, Nr. 22/01.

Rahmen der Reform wurden neue und ab 2017 grundsätzlich einzuhaltende Defizitobergrenzen für Bund, Länder und Gemeinden (pro Bundesland) festgelegt, um die allgemeine Haushaltsdisziplin zu verbessern. Wie auch auf europäischer Ebene werden sowohl nominale als auch strukturelle Haushaltsziele festgelegt; dies gilt auch für die subnationale Ebene. Die Annahme eines Ausgabenrichtwerts scheint bei der Begrenzung der allgemeinen Ausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder, eine Rolle gespielt zu haben, wie ein Vergleich mit dem österreichischen nationalen Richtwert nahelegt (Abbildung 3.1.4). In Bezug auf das nominale Haushaltssaldo scheinen die Bundesländer ihre Ziele in den letzten Jahren überwiegend erreicht zu haben, während sie sie vor der Krise durchgängig verfehlten (Abbildung 3.1.3). Obwohl durch die Einhaltung der derzeitigen Ziele bis 2016 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll, sollte berücksichtigt werden, dass die verbesserte Einhaltung der Ziele durch die Tatsache begünstigt wird, dass die derzeitigen nominalen Ziele wesentlich weniger ehrgeizig sind als vor der Krise.

Abb. 3.1.4: **Ausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften**



Quelle: OECD, Europäische Kommission

Die Komplexität und mangelnde Transparenz des Systems erschweren eine wirksame Überwachung. Im Einklang mit dem vereinbarten EU-Rahmen („Twopack“-Verordnung

Nr. 473/2013) sollte es in jedem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets eine unabhängige Einrichtung zur Überwachung der Einhaltung der länderspezifischen Haushaltsregeln geben. Im November 2013 benannte Österreich den Fiskalrat (zuvor Staatsschuldenausschuss) als zuständige Stelle. Seither hat der Rat zwei Berichte über die Einhaltung der Haushaltsregeln in Österreich (im Mai 2014 und im Mai 2015) veröffentlicht. Allerdings wurde in diesen Berichten nur darüber geurteilt, inwieweit Österreich die europäischen Haushaltsregeln eingehalten hat und nicht, ob die eigenen länderspezifischen Regeln respektiert wurden. Nach eigenen Angaben war der Fiskalrat ⁽²²⁾ nicht in der Lage, die Einhaltung der nationalen Haushaltsregeln und insbesondere der nationalen Ausgabenregeln zu bewerten, da Daten zu den Ausgaben auf Ebene der einzelnen Länder und Gemeinden (pro Bundesland) im Sinne des ESVG 2010 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) fehlten. Dies erklärt sich durch die komplexen Transferzahlungen zwischen den einzelnen Ebenen des Staates und die große Zahl der Einheiten und institutionellen Vereinbarungen, die sich von Land zu Land stark unterscheiden. Der Fiskalrat weist ferner darauf hin, wie schwierig die Berechnung des Potenzialoutputs (das zur Planung der Ausgaben im Einklang mit den Vorschriften verwendet werden muss) auf Länderebene sei. Ende 2015 wurde ein neues System harmonisierter Rechnungslegungsvorschriften für die Länder und Gemeinden genehmigt, das 2019/2020 in Kraft treten wird. Mit der Reform soll die Transparenz der Finanzbeziehungen verbessert und für eine stärkere Koordinierung und bessere Vergleichbarkeit der Haushalte auf allen Ebenen des Staates gesorgt werden. Es ist allerdings nicht klar, inwieweit diese Reform auch zu einer besseren Überwachung der Einhaltung der nationalen Vorschriften führen würde.

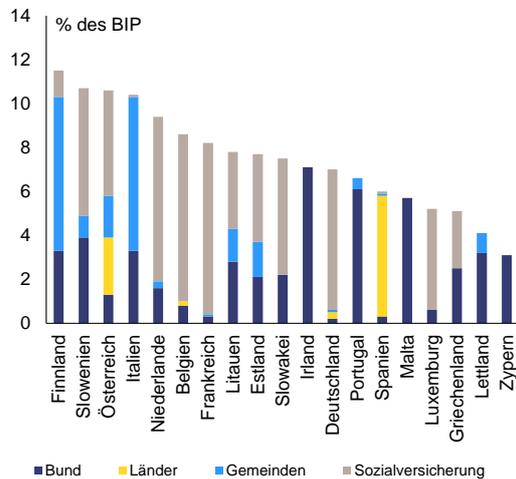
Die starke Fragmentierung der Zuständigkeiten führt zu Effizienzverlusten in entscheidenden Ausgabenbereichen wie der Gesundheitsversorgung. Trotz der Obergrenzen für die Gesamtausgaben bleibt die Organisationsstruktur in bestimmten

Tätigkeitsbereichen ineffizient und hindert die Beteiligten daran, unnötige Kosten zu verringern. Ein Beispiel hierfür ist die Gesundheitsversorgung, einer der wichtigsten Ausgabenfaktoren auf Gemeinde- und Länderebene. Österreich weist die dritthöchsten öffentlichen Gesundheitsausgaben (gemessen am BIP) auf und ist der einzige Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, in dem vier verschiedene staatliche Stellen im Gesundheitswesen involviert sind (Abbildung 3.1.5). Einer der Hauptgründe für die hohen Ausgaben ist die große Anzahl an Krankenhausaufenthalten, die deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt, was mit der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Ebenen des Staates in Verbindung steht. Sowohl die Bundesländer als auch die Gemeinden stellen Krankenhausdienstleistungen bereit, während für die ambulante Behandlung Sozialversicherungsleistungen zur Verfügung stehen. Da unterschiedliche Akteure für die stationäre und die ambulante Behandlung zuständig sind, bestehen nur wenig Anreize, die Leistungen von den teuren Krankenhäusern auf die praktischen Ärzte zu verlagern, deren Leistungen kostengünstiger sind. Durch eine solche Verlagerung würde den subnationalen Gebietskörperschaften Verwaltungsverantwortung und politischer Einfluss entzogen, und die Kosten für die Sozialversicherungsleistungen würden steigen. Nach Angaben des österreichischen Rechnungshofs würde eine Verlagerung der Krankenhausleistungen hin zu den praktischen Ärzten zu Einsparungen von knapp unter 1 % des BIP führen. ⁽²³⁾

⁽²³⁾ Rechnungshof (2011), „Verwaltungsreform 2011“.

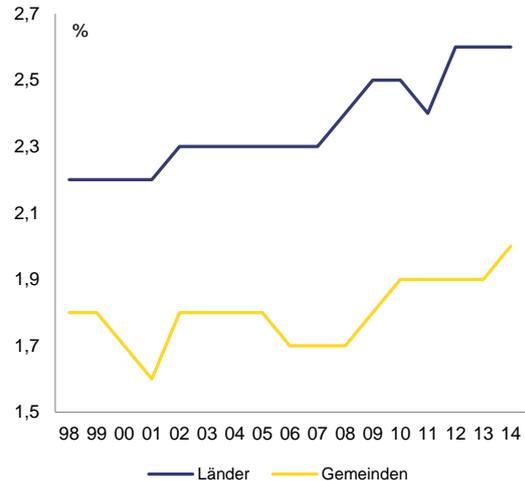
⁽²²⁾ Fiskalrat (2015), Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2014–2019, und Fiskalrat (2015), Umsetzung des Korrekturmechanismus zur Einhaltung des mittelfristigen Budgetziels in Österreich.

Abb. 3.1.5: Gesundheitsausgaben 2013 nach Ebene des Staates



Quelle: Eurostat

Graph 3.1.6: Subnationale Gebietskörperschaften – Wachstum der Gesundheitsausgaben



Quelle: Eurostat

Im Rahmen der Reform des Österreichischen Stabilitätspakts wurde eine Begrenzung des Ausgabenwachstums im Gesundheitswesen vereinbart. Im Rahmen der Gesundheitsreform (2013-2016) haben sich die verschiedenen Ebenen des Staates darauf verständigt, das Wachstum der öffentlichen Gesundheitsausgaben ab 2016 zu begrenzen, damit es an das erwartete durchschnittliche nominale BIP-Wachstum gekoppelt bleibt. Es ist vielversprechend, dass die Gesundheitsausgaben der Bundesländer, die seit vielen Jahren ein Wachstum aufwiesen, das über dem der anderen Ebenen des Staates und über dem nominalen BIP-Wachstum lag, in den letzten Jahren wesentlich besser kontrolliert wurden (Abbildung 3.1.6). Dem Monitoringbericht⁽²⁴⁾ zufolge haben die Bundesländer ihre finanziellen Zielvorgaben für 2013, 2014 und 2015 erreicht. Da sich das geschätzte durchschnittliche nominale BIP-Wachstum von 3,6 % im Vergleich zu dem seit 2013 verzeichneten Wachstum als optimistisch erwiesen hat, könnte es jedoch sein, dass niedrigere Ausgabenobergrenzen festgelegt werden müssen (siehe auch Abschnitt 3.3). Daher könnte die Einhaltung der Zielvorgaben in Zukunft schwieriger werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vollen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung.

⁽²⁴⁾ Bundesministerium für Gesundheit (2015), „Zielsteuerung-Gesundheit – Monitoringbericht I/2015“.

3.2. BESTEUERUNG

Im Juli 2015 hat Österreich eine umfassende Reform seines Steuersystems erlassen. Im Rahmen der Reform wurde die progressive Einkommenbesteuerung für Einzelpersonen auf sechs Tarifstufen ausgeweitet, die sich von einem Eingangssteuersatz von 25 % bis zu einem Spitzensatz von 55 % erstrecken. Zu den weiteren Aspekten der Reform gehörten die Erhöhung des jährlichen Kinderfreibetrags, eine Verringerung des monatlichen Mindestbeitrags Selbständiger zur Krankenversicherung, eine Erhöhung der Steuergutschriften für Arbeitnehmer sowie die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Personen mit sehr niedriger Steuerschuld. Die österreichische Regierung schätzt die jährliche Steuerentlastung der im Januar 2016 in Kraft getretenen Reform auf rund 5 Mrd. EUR. Mehrere Arten von Ausgleichsmaßnahmen sind erlassen worden, darunter eine Einschränkung des Bankgeheimnisses und die Einrichtung eines obligatorischen Kontenregisters zur Bekämpfung des Steuerbetrugs sowie Kürzungen bei den Verwaltungsausgaben, bei Zuschüssen und Beihilfen. Geringfügige Mehreinnahmen werden durch die Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf 27,5 %, eine Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 10 % auf 13 % für bestimmte Waren und Dienstleistungen und die Erhöhung anderer Steuern erwartet. Allerdings ist noch nicht klar, ob diese Finanzierungsmaßnahmen ausreichen werden, um die Steuerentlastung vollständig auszugleichen.

Die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit soll erheblich verringert werden, was positive Auswirkungen auf den Konsum haben und Arbeitsanreize schaffen wird. Die Tarifstufen wurden angepasst, insbesondere durch Senkung des Eingangssteuersatzes für die Einkommenssteuer von 36,5 % auf 25 %. Nach dem neuen System werden sieben verschiedene Einkommensstufen unterschieden.⁽²⁵⁾ Zusätzliche Ausgaben in Höhe von 300 Mio. EUR werden für die Förderung der Familienpolitik und von

Forschungstätigkeiten in Betracht gezogen. Diese Maßnahmen werden voraussichtlich das verfügbare Einkommen und die Arbeitsanreize für Personen mit geringem Einkommenspotenzial erhöhen, auch wenn eine stärkere Ausrichtung auf Geringverdiener stärkere Arbeitsanreize geschaffen hätte (siehe Kasten 3.1.1). Insgesamt trägt die Steuerreform 2016 im Einklang mit den Empfehlungen des Jahreswachstumsberichts 2016 dazu bei, Beschäftigungshemmnisse abzubauen und ein besseres Klima für Investitionen in Humankapital zu schaffen.

Die Verringerung der Steuerlast auf Arbeitseinkommen wird zwar begrüßt, allerdings wird im Rahmen der Steuerreform wenig unternommen, um die Steuerlast auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerquellen zu verlagern, wie insbesondere die periodischen Immobiliensteuern und die Umweltsteuern. Im Rahmen der Reform wurden auch einige Änderungen im Bereich der Grunderwerbsteuer eingeführt; so wurde insbesondere der für unentgeltliche Grundstücksübertragungen als Steuerbemessungsgrundlage dienende Einheitswert erhöht, und der Pauschalsatz von 2 % wurde durch drei Steuerstufen (0,5 %, 2 % und 3,5 %) ersetzt. Auch die Immobilienertragsteuer wurde von 25 % auf 30 % erhöht. Dennoch hat die Reform die periodischen Immobiliensteuern unberührt gelassen, obwohl diese zu den wachstumsfreundlichsten Steuern zählen. Im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten verfügt Österreich noch über Spielraum für eine Erhöhung dieser Art der Besteuerung, zumal die österreichischen Einnahmen aus periodischen Immobiliensteuern 2012 deutlich unter dem EU-Durchschnitt lagen (0,2 % des BIP gegenüber 1,5 % des BIP; Abbildung 3.2.1).⁽²⁶⁾ Auch hat Österreich die Gelegenheit der Steuerreform nicht dazu genutzt, seine Umweltsteuern zu überprüfen, um die Umweltziele zu erreichen. Geringfügige Änderungen zugunsten von Kraftfahrzeugen mit

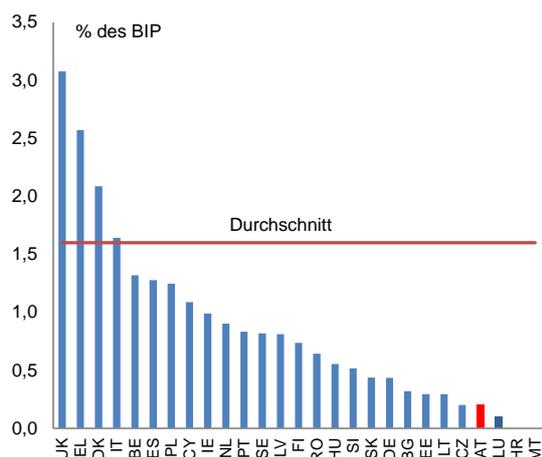
⁽²⁵⁾ Es gelten folgende Tarifstufen nach Einkommen pro Jahr:

- 0 bis 11 000 EUR: steuerfrei;
- 11 000 bis 18 000 EUR: 25 %;
- 18 000 bis 31 000 EUR: 35 %;
- 31 000 bis 60 000 EUR: 42 %;
- 60 000 bis 90 000 EUR: 48 %;
- 90 000 bis 1 Mio. EUR: 50 %;
- über 1 Mio. EUR: 55 % (dieser Steuersatz kommt von 2016 bis 2020 zur Anwendung und wird danach überprüft).

⁽²⁶⁾ Einnahmen aus Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen machten im Jahr 2013 22 578 Mio. EUR aus, was etwa 0,7 % des BIP entspricht. 95 % dieser Einnahmen entfallen auf die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie die Abfallbeseitigung, zumindest in allen anderen Gemeinden als Wien (siehe Statistik Austria (2014), „Gebärgsübersichten 2013“).

geringem CO₂-Ausstoß⁽²⁷⁾ stellten die einzige umweltbezogene Maßnahme dar.

Abb. 3.2.1: **Einnahmen aus periodischen Immobiliensteuern in Österreich im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten (2014)**



Quelle: Eurostat

Österreich scheint über einen potenziellen Spielraum zur Erhöhung der Umweltsteuern zu verfügen.⁽²⁸⁾ Obwohl die Einnahmen aus Umweltsteuern dem EU-Durchschnitt entsprechen (2,46 % des BIP in Österreich und für die EU-28 insgesamt im Jahr 2014 – Eurostat-Daten), ist noch immer Potenzial für eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit vorhanden, da der implizite Energiesteuersatz im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativ gering ist (183,3 EUR pro Tonne Rohöleinheiten in Österreich gegenüber 222,8 EUR in der EU insgesamt).

Jüngste Daten⁽²⁹⁾ zeigen, dass Österreich Steuervorteile für Dienstwagen gewährt, die den übermäßigen Einsatz fossiler Brennstoffe

begünstigen und den Energie-, Klima- und Umweltschutzziele zuwiderlaufen. Die steuerliche Vorzugsbehandlung von Dienstwagen führt in Österreich zu geschätzten Einnahmeverlusten in Höhe von 558 Mio. EUR (0,42 % der gesamten Steuereinnahmen); die Spanne der Einnahmeverluste erstreckt sich von 1 043 Mio. EUR in Deutschland auf 53,4 Mio. EUR in Portugal (0,49 % bzw. 0,1 % der gesamten Steuereinnahmen). Die zusätzlichen Einnahmen, die sich aus der weniger vorteilhaften steuerlichen Behandlung von Dienstwagen im Rahmen der jüngsten Steuerreform ergeben, werden auf nur 50 000 EUR pro Jahr geschätzt. Die derzeit fallenden Kraftstoffpreise bieten eine gute Gelegenheit für eine Reform der Energiebesteuerung.

⁽²⁷⁾ Im Falle der privaten Nutzung von firmeneigenen Kraftfahrzeugen wurde der zu versteuernde Sachbezug von 1,5 % auf 2 % der tatsächlichen Anschaffungskosten des Kraftfahrzeugs erhöht, und es wurde ein Recht auf Vorsteuerabzug für Kraftfahrzeuge ohne CO₂-Ausstoß eingeführt.

⁽²⁸⁾ Europäische Kommission (2015), „Tax Reforms in EU Member States 2015“, Institutional Paper 008.

⁽²⁹⁾ Europäische Kommission, gestützt auf Harding, M. (2014), „Personal Tax Treatment of Company Cars and Commuting Expenses: Estimating the Fiscal and Environmental Costs“, OECD Taxation Working Papers, Nr. 20.

Kasten 2.3.1: EUROMOD-Simulation der Verteilungseffekte und Haushaltsauswirkungen der Steuerreform

Abb. 1: Von der Steuerreform betroffene Einzelpersonen und Haushalte nach Einkommensdezilen

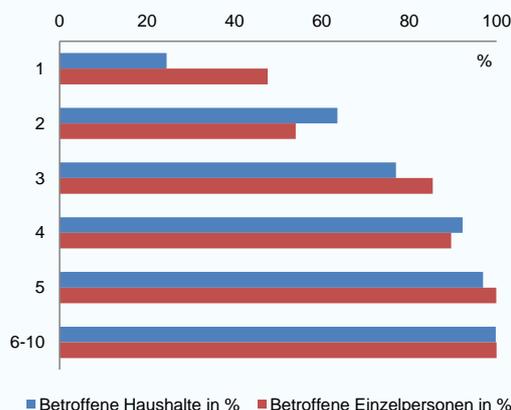
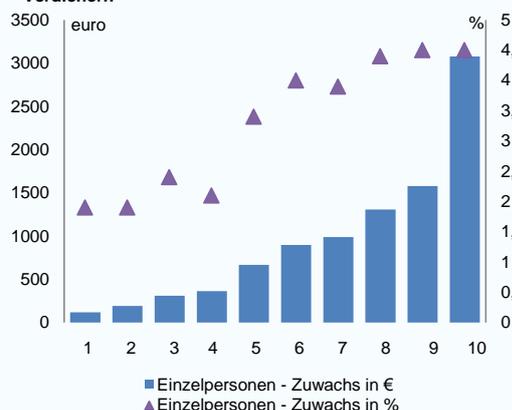


Abb. 2: Zuwachs beim verfügbaren Einkommen pro Jahr nach der Reform nach Einkommensdezilen/individuellen Verdienern



Das EUROMOD-Mikrosimulationsmodell⁽¹⁾ wurde verwendet, um die Verteilungseffekte und Haushaltsauswirkungen der Steuerreform 2016 in Österreich zu analysieren. Das Modell berücksichtigt die meisten Steuerentlastungselemente.⁽²⁾ Der Simulation zufolge ist der allgemeine Umfang der Steuerentlastung beträchtlich und beläuft sich unter Berücksichtigung der im Nationalen Reformprogramm 2015 dargelegten Maßnahmen und des darin enthaltenen Zeitplans für die Umsetzung auf 5,42 Mrd. EUR.

Was die Verteilungseffekte der Reform betrifft, zeigt die EUROMOD-Simulation, dass die Auswirkungen der Steuerentlastung ungleichmäßig verteilt sind. Wenn man das verfügbare Einkommen von Arbeitnehmern und Selbständigen in allen Einkommensdezilen vor und nach der Reform betrachtet, scheint die Reform nur die Hälfte der Verdiener am unteren Ende der Einkommensverteilung zu betreffen (Abbildung 1), wobei der Anteil der betroffenen Personen mit dem Einkommen zunimmt (ab dem 5. Dezil sind 100 % betroffen). Darüber hinaus nehmen die Zuwächse beim verfügbaren Einkommen sowohl in relativen als auch in absoluten Werten im Verhältnis zum Einkommen vor der Reform zu (Abbildung 2). Für die 10 % Arbeitnehmer mit den niedrigsten Einkommen nimmt das verfügbare Einkommen im Schnitt um 1,9 % (119 EUR) zu, während das verfügbare Einkommen der 10 % Arbeitnehmer mit den höchsten Einkommen um etwa 4,5 % (3077 EUR) steigt. Auch im Hinblick auf das Äquivalenzeinkommen scheinen die Auswirkungen der Steuerentlastung asymmetrisch verteilt zu sein. Die Reform hat Auswirkungen auf weniger als ein Viertel der Haushalte im ersten Dezil (Abbildung 1), und das verfügbare Einkommen dieser Haushalte steigt um weniger als ein halbes Prozent (Abbildung 3).

⁽¹⁾ Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle, gestützt auf das EUROMOD-Modell.

⁽²⁾ Die Ergebnisse in Kasten 3.2.1 beziehen sich ausschließlich auf das Steuerentlastungselement der Reform und berücksichtigen nicht das im Nationalen Reformprogramm 2015 enthaltene „Standortpaket“, das nicht simuliert wird. Die Simulation umfasst auch Einschränkungen hinsichtlich des Verkehrsabsatzbetrags. Die Finanzierungsseite der Steuerreform ist im Kasten nicht wiedergegeben, da durch die zugrundeliegenden Daten und Modellierungseinschränkungen nur eine einzige Finanzierungsmaßnahme simuliert werden konnte, d.h. die Verschärfung der Voraussetzungen für die steuerliche Absetzung von Sonderausgaben (vor der Reform konnten zahlreiche Sonderausgaben innerhalb gewisser Grenzen von der Einkommensteuer abgesetzt werden, wobei in Fällen, in denen keine höheren Sonderausgaben nachgewiesen werden konnten, grundsätzlich ein Pauschalbetrag von 60 EUR pro Jahr abgezogen wurde; ab 2016 besteht für bestimmte Sonderausgaben keine Absetzmöglichkeit mehr). Unter Berücksichtigung dieser Finanzierungsmaßnahme wird der von der Reform verursachte gesamte Einnahmenverlust auf 5,37 Mrd. EUR verringert.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten (Fortsetzung)

Im obersten Dezil sind fast alle Haushalte betroffen, und der durchschnittliche Zuwachs beim verfügbaren Einkommen liegt bei etwa 4,4 %. Insgesamt betrachtet profitiert die obere Hälfte der Einkommensverteilung von fast 80 % der Steuerentlastung (Abbildung 4). Naturgemäß profitieren Personen mit hohem Einkommen angesichts der kumulativen Verringerung ihrer Steuerschuld stärker von der Steuererleichterung, da die Reform bei ihnen mehr Steuerstufen betrifft. Nichtsdestotrotz scheinen die Auswirkungen der Steuerentlastung in den untersten Einkommensdezilen ganz besonders gering zu sein, sowohl im Hinblick auf den Anteil der betroffenen Personen als auch bezüglich des Zuwachses des verfügbaren Einkommens. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Einkommen bis zum Grundfreibetrag (11 000 EUR) nicht von der Reform betroffen sind.

Abb. 3: Zuwachs beim verfügbaren Einkommen pro Jahr nach der Reform nach Einkommensdezilen/Äquivalenzeinkommen

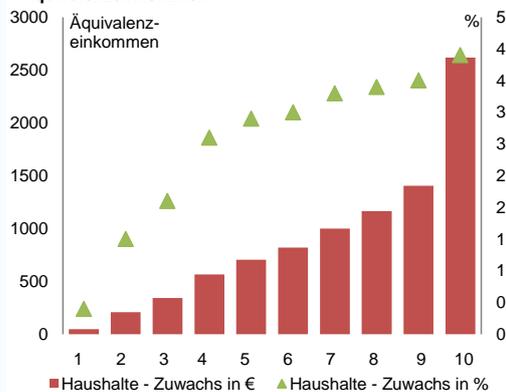
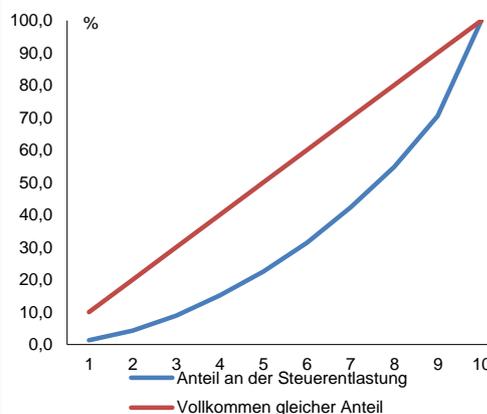


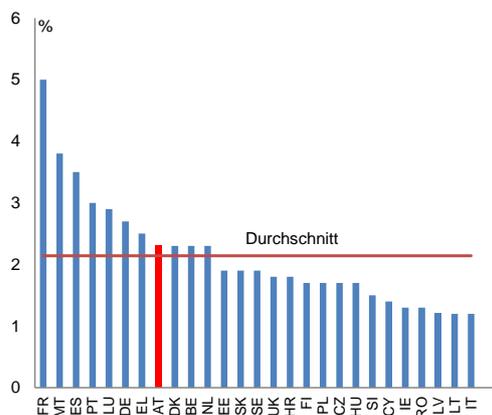
Abb. 4: Kumulativer Anteil an der Steuerentlastung nach Einkommensdezilen



Die Finanzierungsmaßnahmen werden die asymmetrische Verteilung der Steuerentlastung jedoch voraussichtlich ausgleichen. Mehrere Finanzierungsmaßnahmen werden vor allem Arbeitnehmer mit höheren Einkommen betreffen, wie der einheitliche Satz für die Abschreibung von Gebäuden im Betriebsvermögen und das „Solidaritätspaket“ (Erhöhungen der Grunderwerbsteuer, der Immobilienertragsteuer und der Kapitalertragsteuer). Diese und ähnliche Finanzierungsmaßnahmen, die derzeit nicht in EURMOD berücksichtigt werden können, könnten zu einem weniger regressiven Verteilungseffekt führen. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in einer vergleichbaren Studie eine etwas weniger asymmetrische Verteilung der Steuerentlastung prognostiziert hat als die EUROMOD-Simulationen der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Insgesamt trägt die Steuerreform 2016 dazu bei, die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit in Österreich deutlich zu verringern und geht somit in dieselbe Richtung wie die Empfehlungen der Kommission und der Jahreswachstumsbericht 2016. Eine stärkere Ausrichtung auf Geringverdiener hätte jedoch stärkere Arbeitsanreize geschaffen. Ebenso hätte eine Entlastung der einkommensschwachen Haushalte wahrscheinlich deutlichere Auswirkungen auf den Konsum gehabt, da die Sparneigung in Haushalten mit höheren Einkommen größer ist.

Abb. 3.2.2: **Differenz zwischen den effektiven Grenzsteuersätzen für neues Eigenkapital und Fremdkapital in %**



Quelle: ZEW (2014)

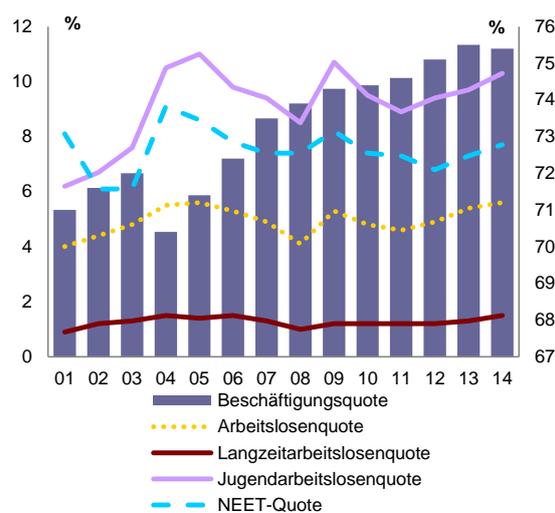
Österreich weist bei der Unternehmensbesteuerung eine Begünstigung der Fremdfinanzierung auf. Zinszahlungen können in der Regel vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Die Begünstigung der Fremdfinanzierung ist in Österreich relativ hoch. Österreich belegt im Hinblick auf die Differenz zwischen den Kapitalkosten vor und nach Steuern für mit neuem Eigenkapital und mit Fremdkapital finanzierte Investitionen in der EU-28 Platz acht (Abbildung 3.2.2). Daten über die Verschuldung weisen jedoch nicht darauf hin, dass dies zu einer übermäßigen privaten Verschuldung geführt hätte (siehe Abschnitt 2.1.).

3.3. ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

Arbeitsmarkt

Nachdem die Lage auf dem Arbeitsmarkt während der Krise noch gut aussah, hat sie sich in letzter Zeit verschlechtert. Das schwache BIP-Wachstum hat seit 2011 zu einer Verschlechterung der Übergangsrate in Beschäftigung geführt, während sich das Arbeitskräfteangebot erhöhte. In mehreren Monaten im Jahr 2015 lag die Arbeitslosenquote bei 6,0 %, gegenüber 4,2 % im dritten Quartal 2011, während die Beschäftigungsquote im dritten Quartal 2015 75,0 % erreichte. Die Beschäftigung nimmt weiter zu: So gab es im dritten Quartal 2015 44 800 zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze und 16 500 zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze. Die Löhne passten sich, wenn auch nur langsam, an; so fielen die Lohnerhöhungen angesichts der schwächeren Binnenwirtschaft moderater aus. Nach zwei etwas besseren Jahren ging die Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen wieder auf das Niveau von 2011 zurück (19,2 % im Jahr 2014, was unter dem Durchschnitt der EU-28 von 24,4 % liegt). Die Langzeitarbeitslosen sind in Österreich die am stärksten von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppe, was auf die relativ geringen Leistungen bei Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

Abb. 3.3.1: Arbeitsmarktlage in Österreich



Quelle: Eurostat

Während die Zunahme der Arbeitslosigkeit eine unmittelbare Herausforderung darstellt, ist die bessere Nutzung des Arbeitskräftepotenzials

mittelfristig von entscheidender Bedeutung. Die relativ niedrige Erwerbsbeteiligung von älteren Menschen, Frauen, gering qualifizierten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund könnte das Wachstumspotenzial Österreichs beeinträchtigen.

Tabelle 3.3.1: Arbeitsmarktergebnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen (2014)

Bevölkerungsgruppe	Beschäftigungsquote	Arbeitslosenquote	Anteil der Bevölkerung (20-64)
Österreicher (20-64)	76,2	4,5	79%
Ältere Arbeitnehmer (55-64)	45,1	3,8	20%
Frauen (20-64)	70,1	5,4	50%
Nicht-EU-Ausländer (20-64)	61,2	12	12%
Österreich gesamt (20-64)	74,2	5,6	100%

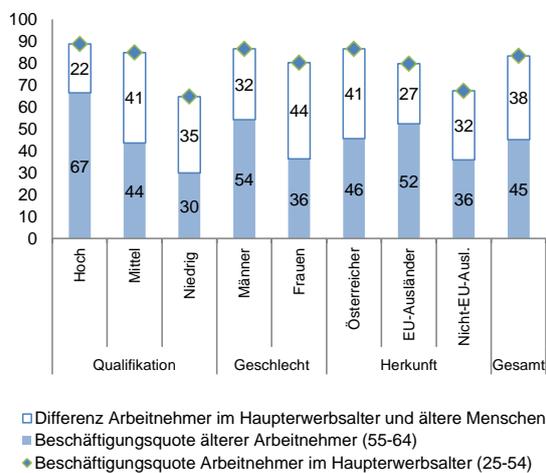
Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung und Bevölkerungsstatistiken

Die Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte in Österreich ist eine der niedrigsten in der EU. Nur 48,2 % der Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren waren in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 auf dem Arbeitsmarkt tätig, während der Durchschnitt für die EU-28 bei 57,0 % lag. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte (55-64) ist ebenfalls vergleichsweise niedrig (46,0 % in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 gegenüber einem EU-Durchschnitt von 53,0 %), auch wenn der aktuelle Stand einen beträchtlichen Anstieg seit dem Jahr 2001 (27,4 %) darstellt. Unter den älteren Arbeitskräften liegt die Beschäftigungsquote der Frauen (38,6 % in den ersten drei Quartalen 2015) nach wie vor deutlich unter derer der Männer (53,7 %). Bei einem Vergleich der Arbeitskräfte im Haupterwerbsalter und älterer Arbeitskräfte ist der Rückgang der Beschäftigungsquote insbesondere bei Frauen mit mittleren Qualifikationen und älteren Frauen mit über 40 Prozentpunkten besonders ausgeprägt. (Tabelle 3.3.1).

Im Allgemeinen befinden sich Arbeitnehmer im Alter ab 50 Jahren in stabileren Beschäftigungsverhältnissen, aber sobald sie arbeitslos werden, ist es für sie sehr schwierig, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die Arbeitslosenquote für die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen (nach der Definition von Eurostat) lag im dritten Quartal 2015 bei 4,5 %, d. h. 1,1 Prozentpunkte über dem Wert für das dritte

Quartal 2014. Die Anfälligkeit dieser Gruppe spiegelt sich auch in den relativ hohen Langzeitarbeitslosenzahlen und der längeren durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit wider (132 Tage bei den Personen ab 50 Jahren, im Vergleich zu einem allgemeinen Durchschnitt von 104 Tagen und von 72 Tagen bei Personen unter 25 Jahren).

Abb. 3.3.2: Beschäftigungsquote von älteren Arbeitskräften und von Arbeitskräften im Haupterwerbsalter (2014)



Quelle: Eurostat-Arbeitskräfteerhebung

Das Unternehmensumfeld ist nicht immer auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ausgerichtet. Unternehmen schätzen zwar ihre bestehenden älteren Beschäftigten, sind jedoch häufig zurückhaltend, was die Einstellung neuer älterer Arbeitnehmer betrifft. Im Schnitt handelt es sich bei 12,1 % der österreichischen Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitern um Personen im Alter ab 55 Jahren. Dieser Anteil ist je nach Wirtschaftszweig ganz unterschiedlich hoch: Er variiert von 3,9 % bei den Veterinärdiensten und 4,0 % im Telekommunikationssektor bis zu 22,9 % im Erzbergbau und 24,3 % in der Abfallbeseitigung.⁽³⁰⁾

Österreich ermutigt die Menschen, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Ab 2014 wurde der

Zugang von Menschen unter 50 Jahren zu Vorruhestandsregelungen und vorübergehenden Invalidentenpensionen eingeschränkt und durch das Rehabilitationsgeld und das Umschulungsgeld ersetzt. Die Regierung hat ferner den Zugang zu Langzeitversichertenpensionen (Hacklerregelung) beschränkt, indem sie ab 2014 das Pensionsantrittsalter für Männer von 60 auf 62 Jahre und für Frauen von 55 auf 57 Jahre erhöht und einen jährlichen Abzug von 4,2 % für den vorzeitigen Pensionsantritt eingeführt hat. Folglich erhöht sich das tatsächliche Pensionsantrittsalter. Die neue Teilzeit-Pension macht es möglich, weiter in Teilzeit zu arbeiten und gleichzeitig bereits einen Teil der Pension zu beziehen. Eine Prämie, die aus staatlichen Mitteln finanziert wird, ermöglicht es Arbeitnehmern, ihre Arbeitszeit um 50 % zu reduzieren und weiterhin 75 % ihres Gehalts zu beziehen.

Die derzeitige Regierung hat sich spezifische Zielvorgaben für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer gesetzt und ihre aktive Arbeitsmarktpolitik für diese Gruppe intensiviert. Bis 2018 will Österreich Beschäftigungsquoten von 74,6 % bei Männern im Alter von 55 bis 59 Jahren, von 62,9 % bei Frauen im Alter von 55 bis 59 Jahren und von 35,3 % bei Männern im Alter von 60 bis 64 Jahren erreichen. Um diese Ziele zu erreichen, hat Österreich die Beschäftigungsinitiative 50+ mit einem Gesamtbudget von 220 Mio. EUR jährlich in den Jahren 2014 und 2015 ins Leben gerufen. Die Mittel sollen in den Jahren 2016 und 2017 auf 250 Mio. EUR pro Jahr aufgestockt werden. Diese Initiative soll in jedem Jahr etwa 20 000 Personen zugutekommen und mehr als 8 000 dauerhafte Arbeitsplätze schaffen. Die Beratungsinfrastruktur Fit2Work, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gesundheitlichen Fragen unterstützt, ist mittlerweile in allen Bundesländern vertreten. Im Jahr 2018 soll ein Bonus-Malus-System eingeführt werden. Die durch Arbeitgeber an den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) zu entrichtenden Beiträge werden um 0,1 Prozentpunkte verringert, wenn diese Arbeitgeber mehr ältere Arbeitnehmer (ab 55 Jahren) beschäftigen als der branchenspezifische Durchschnitt. Unternehmen, die weniger ältere Arbeitnehmer beschäftigen, müssen eine Auflösungsabgabe in doppelter Höhe entrichten.

⁽³⁰⁾ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015), „Beschäftigungs-, Rehabilitations- und Pensionsmonitoring auf Basis der Daten Jänner bis Juni 2015“.

Das Arbeitsmarktpotenzial der Frauen ist nach wie vor nicht ausgeschöpft. Die Beschäftigungsquote der Frauen liegt zwar über dem Durchschnitt der EU-28 (70,1 % gegenüber 64,1 % für die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen in den ersten drei Quartalen 2015), aber bei Betrachtung der Vollzeitäquivalente sinkt sie auf das durchschnittliche Niveau. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass der Anstieg der Beschäftigungsquote bei den Frauen fast ausschließlich auf die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Im Jahr 2014 arbeiteten 73,5 % der österreichischen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren in Teilzeit, verglichen mit 39,1 % im Jahr 1994. Hingegen arbeiten nur wenig Männer in Teilzeit.

Der hohe Anteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiten (47,38 % in den ersten drei Quartalen 2015) ist weitgehend auf Pflege- und Betreuungspflichten zurückzuführen. Mehr als die Hälfte der Frauen im Alter von 15 bis 39 Jahren und knapp unter 40 % aller Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, gaben die Kinderbetreuung oder die Pflege pflegebedürftiger Erwachsener als Grund dafür an. Männer werden wesentlich weniger in Pflege- und Betreuungspflichten einbezogen. Die Zahl der Plätze in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder von bis zu zwei Jahren hat sich in den fünf Jahren bis 2012/13 zwar verdoppelt, aber der derzeitige Stand von 23,8 % (2014/2015) bleibt noch immer hinter der Barcelona-Zielvorgabe für diese Gruppe (33 %) zurück. Darüber hinaus ist die Bereitstellung von mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbaren Kinderbetreuungsangeboten noch immer nicht ausreichend. Frauen unterbrechen ihre berufliche Laufbahn nach wie vor für einen relativ langen Zeitraum nach der Geburt, was durch das relativ großzügige System der Elternkarenz begünstigt wird. Die meisten älteren pflegebedürftigen Personen werden zu Hause von Familienangehörigen gepflegt, von denen die große Mehrheit Frauen im erwerbsfähigen Alter sind. Trotz einiger Fortschritte bleibt das Angebot an qualitativen Kinderbetreuungsplätzen, ganztägigen Schulformen und Langzeitpflegeeinrichtungen, die mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind, unzureichend.

Die bedeutende Niedriglohnfalle für Zweitverdiener (42,5 % gegenüber 33,4 % in der EU im Jahr 2014) ist ein weiterer Anreiz für einen Verbleib in Teilzeitbeschäftigung. ⁽³¹⁾ Der Grenzsteuersatz in der ersten Steuerstufe ist recht hoch und hält Arbeitnehmer, deren Einkommen nahe bei, aber unter der jeweiligen jährlichen Bruttoeinkommensgrenze liegt, davon ab, ihre Arbeitszeiten zu verlängern. Viele Frauen befinden sich in diesem Teil der Einkommensverteilung. Darüber hinaus bietet das Einkommensteuersystem für Familien, bei denen das steuerpflichtige Einkommen des Zweitverdieners 6000 EUR nicht übersteigt, einen Alleinverdienerabsetzbetrag. Dies hält geringfügig beschäftigte Zweitverdiener davon ab, mehr als 10 Stunden wöchentlich für den Durchschnittslohn zu arbeiten. Die Einkommensteuerreform, die 2016 in Kraft tritt, trägt nicht zur Verbesserung dieser Situation bei (siehe auch Abschnitt 3.2., Kasten 1).

Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist nach wie vor sehr hoch (23 % im Jahr 2013 im Vergleich zu einem EU-Durchschnitt von 16,3 %), und dies hat sich in den vergangenen Jahren nicht maßgeblich geändert (2006: 25,5 %). Nur etwa ein Drittel des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen erklärt sich durch strukturelle Faktoren wie die Segregation des Arbeitsmarktes nach Branchen und Berufen. ⁽³²⁾ Das von der Regierung im Jahr 2013 verabschiedete Programm umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die zur Verringerung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen beitragen sollen. Dabei handelt es sich um von den Unternehmen vorzulegende verpflichtende Einkommensberichte, eine gesetzliche Verpflichtung zur Angabe des Mindestgehalts in Stelleninseraten sowie eine Reihe anderer Maßnahmen wie den Gehaltsrechner und die

⁽³¹⁾ Die Niedriglohnfalle zeigt den Anteil des aufgrund eines Anstiegs der Arbeitsproduktivität erzielten zusätzlichen Verdiensts einer Familie, der durch den Anstieg der Steuern und das Wegfallen von Leistungen zunichte gemacht wird. Die hier betrachtete Familie mit zwei Kindern umfasst zwei Verdienner, von denen der Hauptverdiener den Durchschnittslohn verdient und der Zweitverdiener seinen Bruttolohn von 33 % auf 67 % des Durchschnittslohns erhöht.

⁽³²⁾ Geisberger, T. und Glaser, T. (2014), „Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede – Analysen zum Gender Pay Gap auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010“, Statistische Nachrichten 2014, Nr. 3, Statistik Austria.

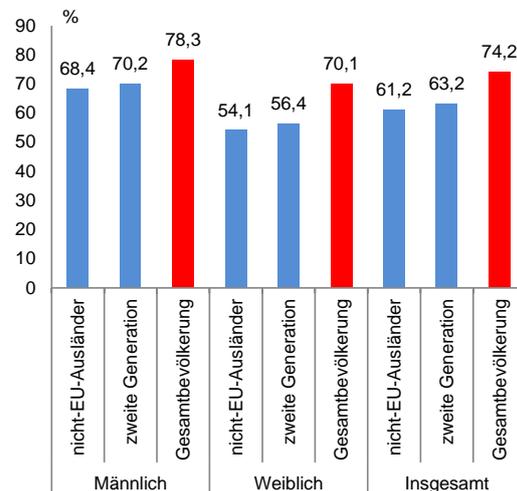
Sensibilisierung für unkonventionelle berufliche Werdegänge (z. B. Girls' Days/Boys' Days).

Menschen mit Migrationshintergrund machen einen zunehmenden Anteil an der österreichischen Bevölkerung aus, doch ihr Arbeitsmarktpotenzial wird nach wie vor kaum ausgeschöpft. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund⁽³³⁾ stieg von 1,4 Millionen im Jahr 2008 auf 1,7 Millionen im Jahr 2014. Während die Beschäftigungsquote der in einem anderen EU-Land geborenen Menschen nur geringfügig unter jener der Österreicher liegt (73,9 % gegenüber 76,2 % bei den 20- bis 64-Jährigen), sind die Beschäftigungsquoten von außerhalb der EU geborenen Einwohnern, und hier insbesondere von Frauen, deutlich geringer. Dabei sind die Beschäftigungsergebnisse von Migranten der zweiten Generation (Kinder mit zumindest einem außerhalb der EU geborenen Elternteil) etwas besser als jene von Migranten der ersten Generation, doch bei in Österreich geborenen Kindern, deren beide Elternteile nicht aus der EU stammen, bestehen nach wie vor Integrationsprobleme (62,2 %) (Abbildung 3.3.3)⁽³⁴⁾.

⁽³³⁾ Dazu gehören Migranten der ersten Generation (die selbst zugewandert sind) und der zweiten Generation (deren Eltern zugewandert sind). In Österreich sind rund 75 % der Personen mit Migrationshintergrund Einwanderer der ersten Generation und 25 % Einwanderer der zweiten Generation (Statistik Austria).

⁽³⁴⁾ Darüber hinaus befinden sich in der zweiten Generation von Migranten mehr Menschen weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung als in der ersten Generation – siehe Abschnitt 3.4.

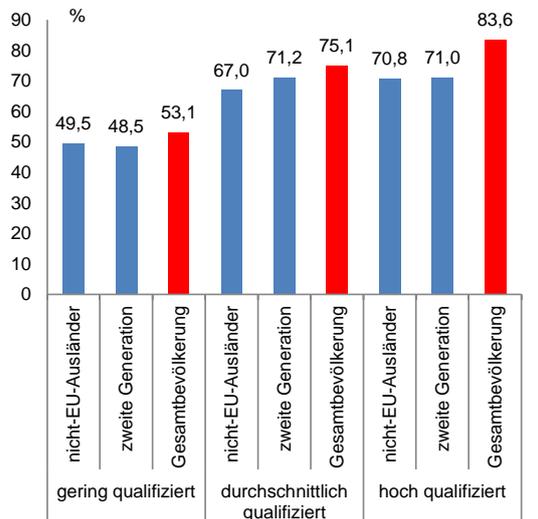
Abb. 3.3.3: Beschäftigungsquoten der 20-64-Jährigen nach Herkunft und Geschlecht (2014)



Quelle: Eurostat-Arbeitskräfteerhebung

Außerhalb der EU geborene Einwohner verfügen über ein geringeres Qualifikationsniveau als Österreicher. Jene mit tertiären Bildungsabschlüssen sind unterbeschäftigt. Im Jahr 2014 wiesen 43 % der außerhalb der EU geborenen Einwohner ein geringes Qualifikationsniveau auf, gegenüber nur 13 % der Österreicher und 19 % der Einwohner der zweiten Zuwanderergeneration. Ihr geringer Bildungsstand verringert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquoten gering qualifizierter Menschen ausländischer Herkunft scheinen in etwa dem österreichischen Durchschnitt zu entsprechen, doch im Fall von hochqualifizierten Personen aus dem Ausland, insbesondere aus Nicht-EU-Ländern, liegen die Beschäftigungsquoten deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Obwohl Kinder von Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern ein etwas besseres Qualifikationsniveau aufweisen als ihre Eltern, holen sie im Hinblick auf ihre Beschäftigungsquoten gegenüber vergleichbar qualifizierten Österreichern ohne Migrationshintergrund kaum auf (siehe Abbildung 3.3.4).

Abb. 3.3.4: Beschäftigungsquote der 20-64-Jährigen nach Herkunft und Bildungsstand (2014)



Quelle: Eurostat-Arbeitskräfteerhebung

Auch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt stellt ein Problem dar. Sowohl im Bewerbungsverfahren als auch im Hinblick auf das Lohn- und Gehaltsniveau werden Personen aus dem Ausland gegenüber vergleichbaren Inländern benachteiligt⁽³⁵⁾. Gepoolte Daten (2002-2012) aus der Europäischen Sozialerhebung zeigen, dass sich in Österreich weitaus mehr Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Nationalität oder Rasse diskriminiert fühlen als im EU-27-Durchschnitt. In Österreich gaben rund 34 % der im Inland geborenen Einwohner (im Alter von 15 bis 24 Jahren) mit zwei ausländischen Elternteilen und 22 % der im Ausland geborenen Einwohner (im Alter von 15 bis 64 Jahren) an, diskriminiert worden zu sein, während die Werte in der EU-27 bei 21 % bzw. 14 % lagen.

⁽³⁵⁾ Hofer, H., Titelbach, G., Weichselbaumer, R., Winter-Ebmer, R. (2013) versendeten insgesamt ca. 2000 (fiktive) Bewerbungen, die sich nur in Name und Foto, jedoch nicht in Ausbildungsniveau, beruflicher Laufbahn und Staatsbürgerschaft unterschieden. Die (fiktiven) Personen kamen aus Österreich, Serbien, der Türkei, China und Nigeria. Um zu einem Gespräch eingeladen zu werden, mussten sich Bewerber aus Serbien 1,31-mal häufiger bewerben als Österreicher, Bewerber aus China 1,37-mal häufiger, Bewerber aus der Türkei 1,46-mal häufiger und Bewerber aus Nigeria 1,98-mal häufiger. Die Autoren stellten fest, dass die Diskriminierung bei den Löhnen und Gehältern zwischen vergleichbar qualifizierten In- und Ausländern rund 10 % beträgt.

Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt ergriffen. Die Anerkennungsverfahren für Hochschulabschlüsse wurden im Jahr 2012 von sechs auf drei Monate verkürzt. Ende Dezember 2015 legte die Regierung einen Vorschlag für ein umfassendes Anerkennungsgesetz vor. Dieser Vorschlag zielt in erster Linie darauf ab, die Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen zu vereinfachen und ein neues System für die Bewertung solcher Qualifikationen zu entwickeln.

Pensionssystem

Die zunehmende Bevölkerungsalterung und das niedrige effektive Pensionsantrittsalter stellen Herausforderungen für die langfristige finanzielle Tragfähigkeit der Pensionen dar. Der Altersabhängigkeitsquotient dürfte sich bis 2060 beinahe verdoppeln, und die Pensionsausgaben dürften um 0,5 Prozentpunkte des BIP steigen (gegenüber dem EU-Durchschnitt von -0,2 Prozentpunkten). Was den voraussichtlichen Anstieg der Pensionsausgaben im Zeitraum 2013-2060 betrifft, liegt Österreich im EU-weiten Vergleich auf Platz 6. Daher wurde Österreich 2015 empfohlen, strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit seines Pensionssystems zu ergreifen. Diese umfassten eine weitere Einschränkung der Vorruhestandsregelungen (siehe weiter oben), die Anpassung des Pensionsalters an die Veränderungen bei der Lebenserwartung und die Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters von Frauen und Männern.

Eine höhere Lebenserwartung trägt wesentlich zu höheren Pensionsausgaben bei. Die Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung stieg von 1983 bis 2013 um 8,2 auf 81,3 Jahre. Bis 2060 dürfte die Lebenserwartung für Männer auf 84,9 Jahre und für Frauen auf 89,1 Jahre ansteigen. Die jüngsten Zahlen aus dem Bundesfinanzrahmen 2016-2019 weisen kurzfristig auf anhaltende Herausforderungen für die Tragfähigkeit des Pensionssystems hin, da sich die staatlichen Zuschüsse zum Pensionsversicherungssystem von 10,4 Mrd. EUR im Jahr 2014 auf 13,3 Mrd. EUR im Jahr 2019 und damit um 28 % erhöhen werden⁽³⁶⁾. Langfristig

⁽³⁶⁾ Der durchschnittliche jährliche Anstieg der staatlichen Pensionsausgaben wird auf 4,2 % geschätzt. „Budgetdienst – Bundesfinanzrahmen 2016 – 2019“ S. 74:

geht der Bericht über die Bevölkerungsalterung 2015 von einem geringeren Anstieg der Pensionsausgaben bis 2060 aus, als im Bericht 2012 projiziert worden war. Die Haushaltsauswirkungen könnten durch eine Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung gemindert werden, doch wurden bisher keine Maßnahmen in diese Richtung ergriffen.

Das österreichische Pensionssystem bietet vergleichsweise hohe aggregierte Ersatzquoten und relative Medianeinkommen für Menschen ab 65 Jahren. Dennoch sind ältere Menschen (in den Altersgruppen 65+ und 75+) einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als im EU-Durchschnitt. Die Zahlen deuten dabei auf ein besonders hohes Risiko für Frauen hin.

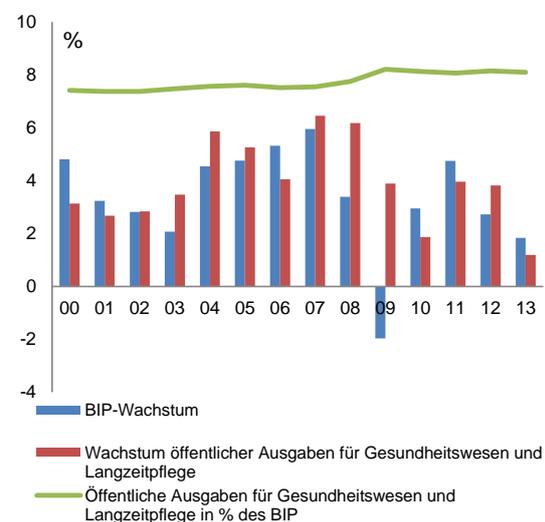
Ein niedrigeres Pensionsalter, Vorruhestände und Karriereunterbrechungen (häufig aufgrund von Betreuungspflichten) erschweren es Frauen, eine angemessene Altersversorgung zu gewährleisten. Das Pensionsgefälle zwischen Männern und Frauen hat sich von 35 % im Jahr 2008 auf 39 % im Jahr 2014 erhöht. Für ältere Frauen lag die Armutsgefährdungsquote 2014 bei 16,4 % gegenüber 11,4 % für ältere Männer – womit die Differenz etwas größer ausfällt als im EU-Durchschnitt (11,2 % und 15,8 % für ältere Frauen und ältere Männer). Mit einer Harmonisierung des Pensionsalters könnten der Abstand verringert und das Armutsrisiko gesenkt werden. Im Jahr 2020 wird das gesetzliche Pensionsalter für Frauen in Österreich das niedrigste in der EU sein – trotz der hohen Lebenserwartung. Die Angleichung an das Pensionsalter der Männer soll zwischen 2024 und 2033 vollzogen werden. Maßnahmen für eine beschleunigte Angleichung wurden trotz der eindeutig positiven Wirkung auf die Angemessenheit der Altersversorgung bisher nicht ergriffen. Um mögliche negative Folgen angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer zu vermeiden, muss die Erhöhung des Pensionsalters mit geeigneten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einhergehen (siehe weiter oben).

http://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/BD_-Bundesfinanzrahmen_2016_-_2019.pdf

Gesundheitswesen und Langzeitpflegesystem

Die zunehmende Bevölkerungsalterung stellt eine Herausforderung für die langfristige finanzielle Tragfähigkeit des Gesundheitswesens in seiner gegenwärtigen Form dar. Das öffentliche Gesundheitssystem Österreichs zählt zu den kostenintensivsten in der EU. Mit einem überdimensionierten Krankenhaussektor und einem unzureichend entwickelten ambulanten Sektor leidet es unter strukturellen Ungleichgewichten. Eine wesentliche Voraussetzung für mehr Kosteneffizienz im Gesundheitssystem ist die stärkere Nutzung der Primärversorgung anstelle der Versorgung im Krankenhaus. Österreich arbeitet weiter an der Umsetzung der Gesundheitsreform (2013-2016), mit der das Wachstum der öffentlichen Gesundheitsausgaben ab 2016 schrittweise an das durchschnittliche jährliche Wachstum des nominalen BIP gekoppelt wird, das nach den damaligen Projektionen bei 3,6 % lag.

Abb. 3.3.5: Wachstum der Ausgaben für Gesundheitswesen und Langzeitpflege und BIP-Wachstum



Quelle: WHO

Betrachtet man die gesamtstaatlichen Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege, so ist das Ausgabenwachstum in Jahren robusten Wirtschaftswachstums dem BIP-Wachstum gefolgt (Abbildung 3.3.5). Als das Wirtschaftswachstum jedoch nachließ bzw. besondere Ereignisse zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben für

Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege führten, ließ sich der Trend kaum fortsetzen. Da die Wachstumsrate seit 2013 hinter den ursprünglichen Projektionen zurückbleibt, könnte die ab 2016 geltende Ausgabendeckelung eine größere Herausforderungen darstellen als erwartet (siehe auch Abschnitt 3.1). Darüber hinaus werden die Gesundheitsausgaben laut den Projektionen des Berichts über die Bevölkerungsalterung von 6,9 % des BIP im Jahr 2013 auf 8,2 % des BIP im Jahr 2060 (+ 1,3 Prozentpunkte) steigen. Die alterungsbedingten Ausgaben in Österreich werden derzeit auf 27,9 % des BIP veranschlagt und könnten aufgrund demografischer Faktoren auf bis zu 30,8 % des BIP im Jahr 2060 steigen (+ 3 Prozentpunkte gegenüber +1,5 Prozentpunkten im Euro-Währungsgebiet)⁽³⁷⁾. Das angestrebte Ziel von 1 % der Patienten, für die bis Ende 2016 eine ambulante multidisziplinäre Primärversorgung zur Verfügung stehen sollte, erscheint nicht ausreichend ehrgeizig⁽³⁸⁾. Zu bescheidene Zielvorgaben könnten Verbesserungen an der Tragfähigkeit des Systems hemmen.

Der Bedarf an Langzeitpflegeleistungen steigt. Die Ausgaben werden voraussichtlich von 1,4 % des BIP im Jahr 2013 auf 2,6 % im Jahr 2060 steigen (+ 1,3 Prozentpunkte), womit Österreich zu den Ländern mit relativ hohen, wenn auch unter dem EU-Durchschnitt liegenden, Ausgaben zählt. Auch die Bezugsquoten sind mit 3 % der Gesamtbevölkerung relativ hoch, insbesondere was Geldleistungen anbelangt (6 % der Pflegebedürftigen). Von dem hohen Anteil der Empfänger von Langzeitpflegeleistungen an der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Pflegebedürftigen, die Langzeitpflegeleistungen beanspruchen, mit 37 % etwas niedriger als erwartet⁽³⁹⁾. Beim Pflegebedarfsindex erzielt Österreich hohe Werte und weist somit einen potenziell hohen Bedarf an Langzeitpflegeleistungen auf. Dies deutet darauf

⁽³⁷⁾ <https://www.bmf.gv.at/wirtschaftspolitik/in-oesterreich/langfristige-herausforderungen.html>

⁽³⁸⁾ So könnte beispielsweise nur ein geringer Teil der Diabetes-Patienten in Österreich (8,9 % der Bevölkerung) abgedeckt werden; mit einer Abdeckung dieser Patienten könnten Krankenhauseinweisungen wegen unkontrollierter Diabetes, die – auch bei Anpassungen aus Gründen der Prävalenz – in Österreich besonders hoch sind, vermieden werden. OECD (2012), „Health at a Glance: Europe 2012“, OECD Publishing.

⁽³⁹⁾ Auf der Grundlage nationaler Daten, die nicht vollständig vergleichbar sind.

hin, dass eine Verbesserung der Gesundheit erforderlich ist, um die Arbeitsunfähigkeits- und Abhängigkeitsquoten und somit den Bedarf an Langzeitpflegeleistungen zu senken.

Die Regierung bewertet die Qualität der Langzeitpflege in Haushalten und ergreift Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Mit der Verschärfung des Zugangs zu Geldleistungen in den beiden niedrigsten Pflegegeldstufen im Jahr 2015 senkte die Regierung die Zahl der neuen Pflegegeldempfänger. Die geschätzten Einsparungen von 19 Mio. EUR im Jahr 2015 und 57 Mio. EUR im Jahr 2016 sollen für eine generelle Erhöhung der Pflegegeldleistungen im Jahr 2016 eingesetzt werden. Ein verschärfter Zugang zu den ersten beiden Pflegegeldstufen wird die Zahl der potenziellen Empfänger verringern und sich womöglich negativ auf die Beschäftigung von Frauen auswirken, auf die mehr Druck entsteht, ihre Beschäftigung aufzugeben, um informelle Pflegeaufgaben in der Familie zu übernehmen. Die Dotierung des Pflegefonds wurde zuletzt bis 2018 verlängert.

Eine Analyse der Schulden Tragfähigkeit durch die Kommission auf der Grundlage ihrer Herbstprognose 2015 gelangt zu dem Ergebnis, dass Österreichs öffentliche Finanzen mittleren Tragfähigkeitsrisiken ausgesetzt sind. Kurzfristig (im Jahr 2016) dürfte Österreich keinen fiskalischen Risiken ausgesetzt sein. Unter Annahme einer unveränderten Politik wird der öffentliche Schuldenstand Österreichs zwischen 2017 und 2026 voraussichtlich um mehr als 10 Prozentpunkte des BIP auf 74,7 % des BIP sinken. Aufgrund des für 2026 projizierten relativ hohen öffentlichen Schuldenstands ist Österreichs Schulden Tragfähigkeit mittelfristig mit einem mittleren Risiko behaftet⁽⁴⁰⁾. Um die Schuldenquote von 60 % des BIP bis 2030 zu erreichen, wäre eine kumulierte schrittweise Verbesserung des strukturellen Primärsaldos von 1,6 % des BIP über einen Fünfjahreszeitraum (bis 2022) erforderlich. Dies ist vor allem auf den aktuell ungünstigen Schuldenstand und, in geringerem Maße, auf alterungsbedingte Effekte zurückzuführen. Langfristige Projektionen deuten auf eine erforderliche Anpassung von 3 % des BIP

⁽⁴⁰⁾ Für nähere Angaben zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für Österreich siehe Europäische Kommission (2016) „Fiscal Sustainability Report 2015“, Institutional Paper 18.

hin, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, weshalb für Österreich von mittleren Tragfähigkeitsrisiken ausgegangen wird. Dies liegt in erster Linie daran, dass sich alterungsbedingte Ausgaben voraussichtlich stark auswirken werden (2,4 % des BIP).

3.4. BILDUNG UND INTEGRATION

Bildung

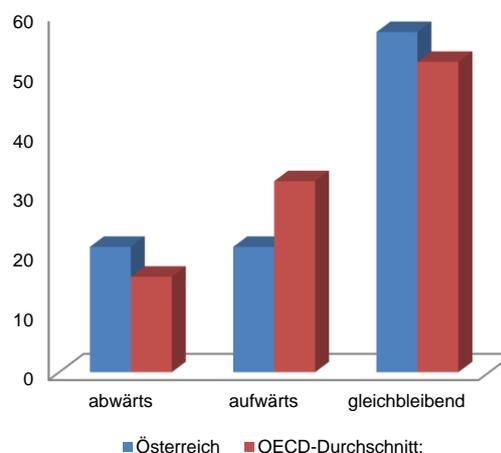
Der Bildungserfolg junger Menschen in Österreich, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, wird nach wie vor stark von ihrem sozioökonomischen Hintergrund beeinflusst. Ein ungenutztes Bildungspotenzial hat niedrigere Beschäftigungsquoten zur Folge, und Qualifikationsdefizite stellen ein Hindernis für das Wirtschaftswachstum und die erfolgreiche Integration von Zuwanderern dar. Darüber hinaus verfügen die österreichischen Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen nicht über genügend Mittel für weitere Reformen.

Die schulischen Leistungen junger Menschen, die sozioökonomisch benachteiligt sind und/oder einen Migrationshintergrund aufweisen, sind weiterhin deutlich schlechter als die anderer Schülerinnen und Schüler. Die Quote der frühen Schulabgänger ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und liegt weit unter dem EU-Durchschnitt (7,0 % gegenüber 11,1 % im Jahr 2014). Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Ausland geborene Schülerinnen und Schüler die Schule frühzeitig verlassen, immer noch dreimal so hoch wie bei in Österreich geborenen Jugendlichen (14,9 % gegenüber 5,7 % im Jahr 2014). Während der Anteil junger Menschen, die sich weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung befinden (NEET), im Jahr 2014 mit 7,7 % zu den niedrigsten in der EU zählte, war er unter außerhalb der EU geborenen Jugendlichen mehr als doppelt so hoch wie unter einheimischen (16,1 % gegenüber 6,8 %). In dieser Hinsicht schneidet Österreich laut Eurostat-Daten schlechter ab als vergleichbare Länder wie Dänemark (7,8 % gegenüber 5,6 %) und Schweden (9,5 % gegenüber 6,7 %). Im Jahr 2012 erzielten die Schülerinnen und Schüler in der internationalen Schulleistungsstudie PISA der OECD bei den Grundkompetenzen bessere Ergebnisse. Die Leistungen im Bereich Lesekompetenz bleiben jedoch etwas hinter dem EU-Durchschnitt zurück: 19,5 % der Schülerinnen und Schüler erzielten schlechte Ergebnisse gegenüber 17,8 % in der EU insgesamt. In Mathematik und Naturwissenschaften liegt der Anteil der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler unter dem EU-Durchschnitt (18,7 % bzw. 15,8 % in Österreich gegenüber dem EU-Durchschnitt von 22,1 % bzw. 16,6 %).

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund (im Ausland geborene Kinder sowie Kinder von Zuwanderern), die einen großen und wachsenden Anteil der Schülerschaft ausmachen, erzielten weniger gute Ergebnisse.

Die Intergenerationenmobilität im Bildungsbereich ist relativ schwach ausgeprägt. Österreich ist eines der wenigen Länder, in denen Zuwanderer der zweiten Generation schlechter abschneiden als jene der ersten: Nur 29 % der 25-64-Jährigen, die über einen Bildungsabschluss verfügen, haben ein höheres Ausbildungsniveau als ihre Eltern. Damit liegt Österreich auf Platz 23 der 23 Länder, für die Daten zu diesem Indikator verfügbar sind. Diese Feststellung bestätigt sich, wenn der Einfluss des elterlichen Bildungsniveaus auf die Auswahl der Schulen in Österreich verglichen wird. Vergleichsdaten auf der Grundlage der Volkszählungen von 1981 und 2011 deuten auf wenige Änderungen beim Einfluss des Bildungsabschlusses der Eltern auf die Auswahl des Schultyps hin. 2011 war die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder von Eltern ohne Abschluss der Sekundarstufe II ein Gymnasium besuchen, um 86 % geringer als bei Kindern von Eltern, die über einen solchen Abschluss verfügten. Im Vergleich zu Kindern von Eltern mit akademischem Abschluss war die Wahrscheinlichkeit um 93 % geringer.

Abb. 3.4.1: Intergenerationenmobilität der Schüler in AT, 25 – 34 Jahre (2012)



Quelle: OECD Education at a Glance 2015, Tabelle A4.1.1a

Frühkindliche Bildung und Erziehung und ganztägige Schulformen können negative

sozioökonomische Auswirkungen abfedern helfen, sofern sie qualitativ hochwertig sind und ihre Verfügbarkeit gewährleistet ist. Kinder aus benachteiligten Bevölkerungsschichten sind häufig nur schwer zu erreichen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung fehlt es an einem umfassenden nationalen Lehrplan und angemessen ausgebildetem Personal⁽⁴¹⁾. Ganztägige Schulformen mit Ganztagesstundenplänen und verpflichtender ganztägiger Anwesenheit verbreiten sich nur langsam, und 2012/2013 besuchten nur 2,4 % der 6- bis 14-Jährigen eine Ganztagschule. Mit der Einführung der neuen Mittelschule (NMS) konnten die negativen Auswirkungen des sozioökonomischen Hintergrunds bislang noch nicht wie erwartet abgefedert werden. Die im März 2015 präsentierte Evaluation der Regierung kam zu gemischten Ergebnissen⁽⁴²⁾. Während sich das schulische Umfeld insgesamt verbessert hat, bleiben die Bildungsergebnisse benachteiligter Gruppen im Vergleich zur Hauptschule, der ersetzten Schulform, unverändert.

Österreich ist sich der Bedeutung eines verbesserten Bildungserfolgs durch eine Qualitätssteigerung bei der Pflichtschulbildung und der frühkindlichen Bildung und Erziehung zunehmend bewusst. Die Reformvorschläge von November 2015⁽⁴³⁾ enthalten einige Schlüsselemente, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Bereits sehr früh (im Alter von 3½ Jahren) soll für jedes Kind eine verpflichtende Potentialanalyse erstellt werden; darüber hinaus wird ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Vierjährige mit einer neuen Übergangsphase zwischen Elementarbildung und Grundschule verbunden. Laut dem Reformprogramm soll 2016 gemeinsam mit den Ländern ein nationaler elementarpädagogischer Qualitätsrahmen erarbeitet werden, der bis 2025 umzusetzen ist. Eine größere Autonomie für Schulen und Schulleitungen in Kombination mit einem verstärkten Qualitätsmanagement soll zu besseren Bildungsergebnissen führen. Um die Quote früher Schulabgänge zu senken, plant Österreich darüber

hinaus die Umsetzung der neuen Maßnahme „Ausbildung bis 18“.

Wenngleich Österreich seine Zielquote der tertiären Bildungsabschlüsse nun erfüllt, mangelt es an Absolventen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), und das Hochschulsystem leidet unter Finanzierungszwängen. 40 % der 30-bis 34-Jährigen verfügten 2014 über einen Hochschulabschluss, womit das nationale Ziel von 38 % im Rahmen der Strategie „Europa-2020“ übertroffen wurde⁽⁴⁴⁾. Allerdings gibt es in Österreich gegenüber vergleichbaren Industrieländern weniger MINT-Absolventen auf Master- und Doktoratsebene⁽⁴⁵⁾. Dies könne das Land in seinem Bestreben bremsen, seine Hightech-Wirtschaft weiter auszubauen und zu einem Innovationsführer zu werden.

⁽⁴⁴⁾ Teilweise geht dies jedoch auf eine mit der ISCED (Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen) 2011 eingeführte Neueinstufung von Qualifikationen aus höheren technischen und berufsbildenden Schulen zurück. Die neue ISCED 2011, die in der EU-Arbeitskräfteerhebung erstmals bei den Jahresdaten für 2014 Anwendung fand, verursachte einen Zeitreihenbruch bei den Daten über Hochschulabschlüsse in Österreich (ISCED 2011 Stufen 5 bis 8). Dadurch wird die Bewertung der tatsächlichen Fortschritte erschwert.

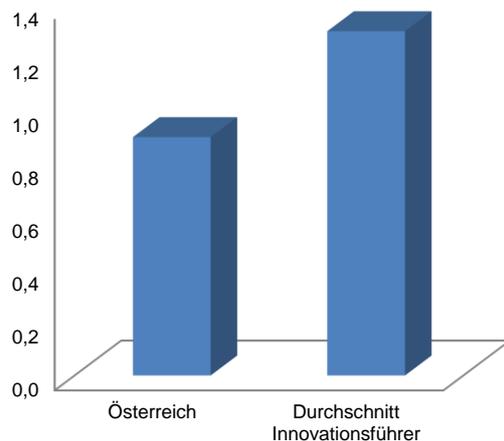
⁽⁴⁵⁾ Eurostat [educ_uae_grad04] In Österreich liegt der Anteil an Hochschulabsolventen in MINT-Fächern bei 21,8 % (Deutschland 17,2 %), davon haben jedoch 8,9 % einen Kurzstudiengang absolviert (Deutschland 0 %), 6,5 % ein Bachelorstudium (Deutschland 10,2 %), 5,4 % ein Masterstudium (Deutschland 5,8 %) und 0,9 % ein Doktoratsstudium (Deutschland 1,2 %).

⁽⁴¹⁾ Als einer der wenigen Staaten siedelt Österreich die Ausbildung von Pädagogen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung generell nicht auf Ebene des Bachelors oder Masters an.

⁽⁴²⁾ Eder, F., Altrichter, H. et. al. (2015), „Evaluation der Neuen Mittelschule. Befunde aus den Anfangskohorten.“

⁽⁴³⁾ Bildungsreformkommission, Vortrag an den Ministerrat, 17. November 2015.

Abb. 3.4.2: Promovierte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) im Jahr 2013 – Österreich im Vergleich zum Durchschnitt der Innovationsführer (Dänemark, Finnland, Deutschland, Schweden), je 1000 Einwohner



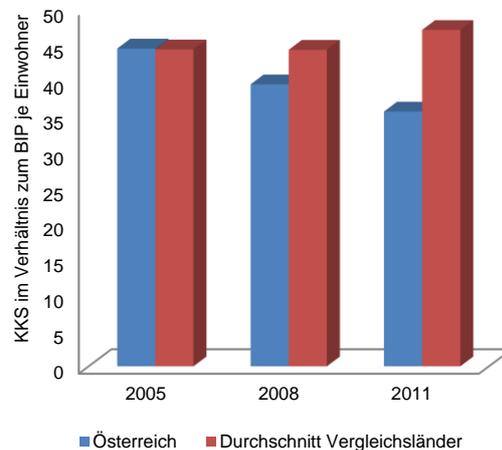
Quelle: Eurostat

Österreichs Hochschuleinrichtungen, die sich weiterhin mit steigenden Studierendenzahlen konfrontiert sehen, sind nach Meinung des österreichischen Wissenschaftsrats unterfinanziert⁽⁴⁶⁾. Zwar erhöhte sich die Finanzierung zwischen 2007 und 2012 um 29 %, doch die Zahl der Studierenden stieg um 44,3 %. Die Mittel für die Hochschulbildung in Österreich reichen aus, um das System aufrechtzuerhalten, sie sind jedoch zu knapp für weitere Reformen wie die kapazitätsorientierte Finanzierung (bei der die Studienplatzkosten berechnet und Mittel für eine feste Zahl von Studierenden bereitgestellt werden; damit einher gehen Zugangsbeschränkungen zur Begrenzung der Studierendenzahl auf die Zahl der verfügbaren Plätze). Diese Reform würde der derzeitigen Situation ein Ende setzen, in der die Hochschulen Studierende in den meisten Fächern unabhängig von den verfügbaren Ressourcen aufnehmen müssen. Im März 2015 veröffentlichte die Österreichische Hochschulkonferenz

⁽⁴⁶⁾ Österreichischer Wissenschaftsrat (2013), „Analyse der Leistungsvereinbarungen 2013-2015 und Stellungnahme“, (http://www.wissenschaftsrat.ac.at/news/LV_2013_2015_Endversion.pdf). Die Gesamtmittelzuweisung für Hochschuleinrichtungen erhöhte sich von 6,2 Mrd. EUR für den Zeitraum 2007-2009 auf 8 Mrd. EUR für den Zeitraum 2013-2015. Gleichzeitig stieg die Zahl der Studierenden von 261 000 im Jahr 2007 auf 376 500 im Jahr 2012.

Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität der hochschulischen Lehre. Sie betreffen Fragen wie die Kompetenz der einzelnen Lehrenden, das Lehrangebot der Universitäten, die Lehr- und Lernorganisation und die Effizienz des Hochschulsystems. Diese Empfehlungen sind zwar nicht verbindlich, doch die Regierung will sie als Maßstab für künftige Leistungsvereinbarungen heranziehen.

Abb. 3.4.3: Jahresausgaben für tertiäre Bildung pro Vollzeitstudierendem in Kaufkraftstandards (KKS) im Verhältnis zum BIP je Einwohner (2005/2008/2011)



Quelle: Eurydice (2015) The European Higher Education Area 2015

Integration

Personen mit Migrationshintergrund erzielen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt und im Bildungssystem nach wie vor weniger gute Ergebnisse (siehe Abschnitt 3.3 zum Arbeitsmarkt und Abschnitt 3.4 zur Bildung). Der aktuelle Zustrom von Flüchtlingen und Migranten wird eine weitere Herausforderung im Bereich Integration darstellen.

Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl gehört Österreich zu den Ländern, die am stärksten vom jüngsten Zustrom von Flüchtlingen und Migranten betroffen sind. In den kommenden Monaten dürfte die Zahl der Personen, die Anspruch auf Asyl haben, weiter steigen. Auf das BIP wird sich der wachsende Zustrom von Flüchtlingen und Migranten durch den gesteigerten Konsum und die zusätzlichen

staatlichen Ausgaben geringfügig positiv auswirken. In den Jahren 2015 und 2016 dürfte nur ein Teil der ankommenden Flüchtlinge und Migranten in den Arbeitsmarkt eintreten, was sich insgesamt nur geringfügig auf die Beschäftigungszahlen auswirken wird⁽⁴⁷⁾.

Personen, denen Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt wird, haben uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt hängt vom sofortigen Zugang zu Deutschkursen und einer frühen Feststellung ihres Qualifikationsprofils ab. Noch ist wenig über das Qualifikationsprofil der Asylsuchenden in Österreich bekannt⁽⁴⁸⁾.

Solange der Asyl- oder subsidiäre Schutzstatus noch nicht anerkannt wurde, ist der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt besonders schwierig. In den ersten drei Monaten des Asylverfahrens besteht ein Beschäftigungsverbot. Nach Ablauf dieser Frist besteht lediglich Zugang zu Stellen in ausgewählten Sektoren wie der Gastronomie und der Landwirtschaft, und dies auch nur, wenn kein österreichischer oder EU-Bürger die Stelle annimmt. In der Haushaltsplanung für 2016 sind zusätzliche 70 Mio. EUR für die Arbeitsmarktintegration vorgesehen. Gegenwärtig berät die Regierung über einen einfacheren und früheren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und Migranten,

allerdings sind keine konkreten Legislativvorschläge in Vorbereitung.

Der zuletzt starke Zustrom von Flüchtlingen und Migranten führt auch zu neuen Herausforderungen für das Bildungssystem.

Die Schulpflicht gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Kindes. Für junge Flüchtlinge und Migranten, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, werden allerdings angemessene Bildungsangebote benötigt, die bislang noch nicht vorhanden sind. Gegenwärtig müssen etwa 6000 Kinder in das Pflichtschulsystem integriert werden, wofür zusätzliche Ressourcen nötig sind: Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte, mehrsprachige Klassen und professionelle Unterstützung für traumatisierte Kinder. Zudem ist eine bessere Integration erzieherischer und sozialer Dienste sowie eine Aufstockung des psychologischen Betreuungspersonals im Bildungssystem erforderlich. Ein entscheidender Faktor für den künftigen Erfolg im Bildungssystem ist die ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache. Die Zahl der Kinder, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, stieg bereits in den Schuljahren 2011/2012 und 2013/2014 deutlich an: in den Grundschulen um 15 %, in der Sekundarstufe I um 38 % und in den Gymnasien um 31 %.

⁽⁴⁷⁾ Eine vom österreichischen Sozialministerium beauftragte Studie ist jüngst zu dem Schluss gelangt, dass eine Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge und Migranten nur geringe Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hätte. Hätten Flüchtlinge und Migranten innerhalb von sechs oder neun Monaten ab Beginn des Asylverfahrens Zugang zum Arbeitsmarkt, würde sich die Arbeitslosigkeit in einem Vierjahreszeitraum um lediglich 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen; wäre der Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und Migranten schon nach drei Monaten zugänglich, würde der Anstieg der Arbeitslosigkeit voraussichtlich 0,23 Prozentpunkte betragen. Siehe: Bock-Schappelwein, Julia / Huber, Peter (2015), „Auswirkungen einer Erleichterung des Arbeitsmarktzuganges für Asylsuchende in Österreich“, WIFO Wien.

⁽⁴⁸⁾ Um mehr Informationen über das Bildungsniveau der Flüchtlinge und Migranten einzuholen, hat das Arbeitsmarktservice einen Kompetenzcheck durchgeführt. Die Pilotphase mit 898 Teilnehmern führte zu dem Ergebnis, dass das Bildungsniveau sich je nach Herkunftsland unterscheidet. Während der Anteil hochqualifizierter Personen unter Syrern und Iranern höher ist als unter Österreichern, ist er unter Flüchtlingen aus Afghanistan sehr gering. Die Pilotphase erstreckte sich über fünf Wochen in der zweiten Jahreshälfte 2015.

3.5. FÖRDERUNG VON LANGFRISTIGEM WACHSTUM

Dienstleistungssektor Für die Gründung interdisziplinärer Gesellschaften bestehen in Österreich nach wie vor Beschränkungen. Im November 2015 richtete Österreich eine ministerienübergreifende Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge zur Überwindung dieser Beschränkungen erarbeiten soll. Ferner hat das Land zugestimmt, von Bauingenieuren, Architekten und Patentanwälten nicht länger einen satzungsgemäßen Sitz (Hauptsitz) in Österreich verlangen zu wollen.

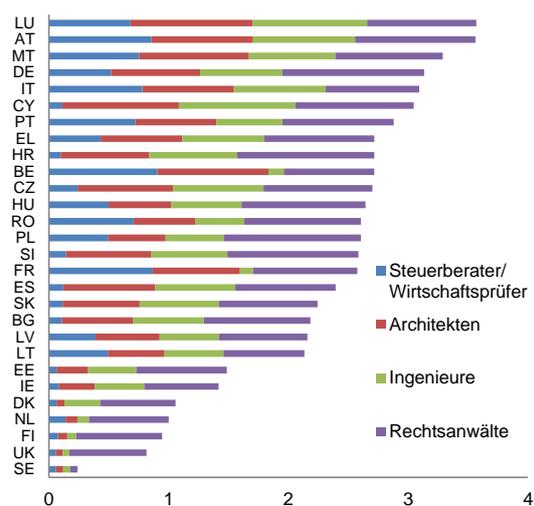
Laut dem von Österreich nach der gegenseitigen Evaluierung der Zugangs- und Ausübungsbeschränkungen für reglementierte Berufe vorgelegten Aktionsplan besteht wenig Reformbedarf. Österreich hat an der gegenseitigen Evaluierung der Zugangs- und Ausübungsbeschränkungen für reglementierte Berufe teilgenommen. Der aus dieser Evaluierung hervorgegangene Aktionsplan Österreichs beinhaltet ein neues, 2013 eingeführtes Post-Evaluierungsinstrument für jeden neuen Rechtsakt und ein neues, einheitliches elektronisches System für die Gewerbeanmeldung. Insgesamt mangelt es jedoch an Initiative und Bereitschaft zur Modernisierung der reglementierten Berufe, um sie an die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen anzupassen. Laut einer kürzlich durchgeführten EU-weiten Studie⁽⁴⁹⁾ üben 22 % der Erwerbstätigen in Österreich einen reglementierten Beruf aus. Dies liegt knapp über dem EU-Durchschnitt von 21 % und zeigt deutlich, wie wichtig reglementierte Berufe für die österreichische Wirtschaft sind und wie sich Änderungen des Rechtsrahmens potenziell auf die betroffenen Branchen auswirken könnten.

Österreich zählt nach wie vor zu den Mitgliedstaaten mit hohen Regulierungsschranken für gewerbliche Dienstleistungen. Eine im Oktober 2015 von der Kommission veröffentlichte umfassenden Bewertung der Regulierung von gewerblichen Dienstleistungen⁽⁵⁰⁾ zeigt, dass in Österreich die EU-weit zweitstrengsten Vorschriften für die

Berufsgruppen der Steuerberater/Wirtschaftsprüfer, Architekten, Ingenieure und Rechtsanwälte gelten, auf die zusammen ein wesentlicher Teil der gewerblichen Dienstleistungen zurückgeht. Abbildung 3.5.1 gibt einen Überblick über das Ausmaß der Regulierung auf einer Skala von 0 (nicht reguliert) bis 6 (sehr stark reguliert).

Restriktive Zulassungsanforderungen und Beschränkungen im Hinblick auf Rechtsform, Beteiligungen und interdisziplinäre Tätigkeiten erschweren die Niederlassung von Dienstleistungsanbietern in Österreich. Eine Zulassung für den Zugang zu wichtigen gewerblichen Dienstleistungen und deren Ausübung setzt nicht nur berufliche Qualifikationen voraus, sondern erfordert häufig auch eine spezielle Prüfung (z. B. bei Architekten und Ingenieuren) und einen Versicherungsschutz (z. B. bei Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten). Für die Ausübung bestimmter Berufe als juristische Person gelten spezielle Rechtsformen, die mit strengen Anforderungen im Hinblick auf Beteiligungen und Beschränkungen interdisziplinärer Tätigkeiten einhergehen (etwa für Architekten, Ingenieure und Rechtsanwälte).

Abb. 3.5.1: Ausmaß der Regulierung gewerblicher Dienstleistungen

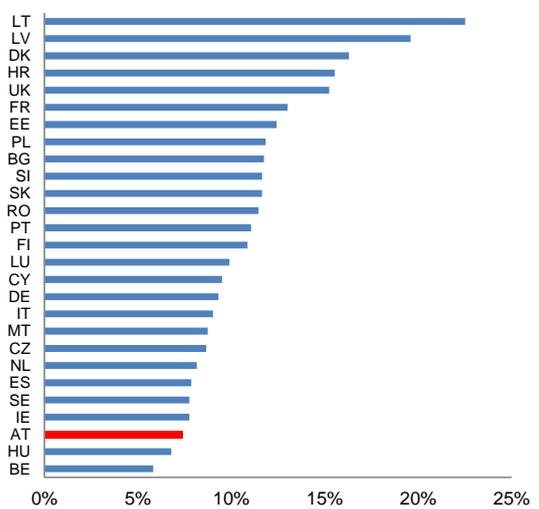


Quelle: Europäische Kommission: Business Services: Assessment of Barriers and their Economic Impact; Oktober 2015

Gleichzeitig sieht sich Österreich mit einer gedämpften Marktdynamik und geringem Wettbewerb bei den gewerblichen

Dienstleistungen konfrontiert. Die Markteintrittsquote neuer Unternehmen liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Abbildung 3.5.2 zeigt den Anteil der neu in den Markt für gewerbliche Dienstleistungen eingetretenen Unternehmen an der Gesamtzahl der auf diesem Markt tätigen Unternehmen, wobei Österreich unter allen Mitgliedstaaten die drittniedrigste Quote aufweist.

Abb. 3.5.2: **Eintrittsquote – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (2012)**



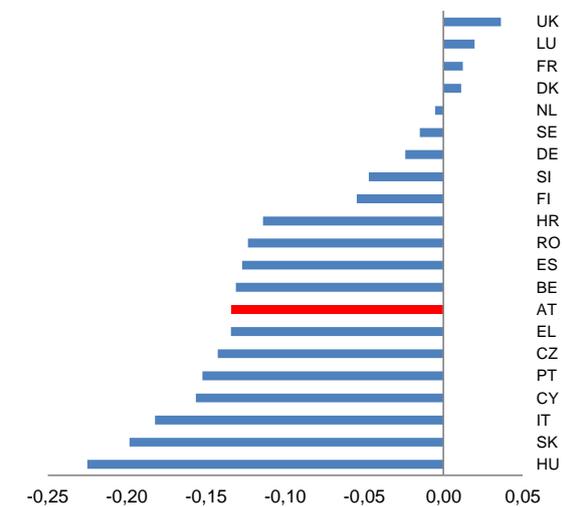
Quelle: Eurostat

Einige stark reglementierte Dienstleistungsbranchen verzeichneten in den vergangenen Jahren ein negatives Produktivitätswachstum, was die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen zu gefährden droht. Bis 2013 sank die lohnbereinigte Arbeitsproduktivität bei freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen auf 92,3 % (2008=100 %) und im Bereich Rechts- und Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung auf 91,8 %. In wichtigen gewerblichen Dienstleistungsbranchen bestehen Hindernisse für einen möglichst effizienten Ressourceneinsatz. Darauf lässt auch die negative Allokationseffizienz dieser Branchen schließen⁽⁵¹⁾. Abbildung 3.5.3

⁽⁵¹⁾ Die Allokationseffizienz ist definiert als das Ausmaß, in dem die Produktionsfaktoren möglichst effizient eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Bewertung der Produktivität besonders relevant. Weitere Informationen zur Methodik in Bezug auf die Allokationseffizienz können unter folgendem Link abgerufen werden: Europäische

zeigt, in welchem Ausmaß Produktionsfaktoren möglichst effizient eingesetzt werden, und zwar auf der Grundlage der Marktanteile von produktiveren Firmen gegenüber weniger produktiven Firmen innerhalb der Branche. Die negative Allokationseffizienz der österreichischen gewerblichen Dienstleistungsbranche deutet auf eine eingeschränkte Marktdynamik hin, die wettbewerbsfähigere Unternehmen daran hindert, ihre Marktanteile zu steigern.

Abb. 3.5.3: **Index Allokationseffizienz – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (2013)**



Quelle: Europäische Kommission

Gewerbliche Dienstleistungen sind ein wichtiger Input für die österreichische Industrie. Mehr als 12 % der Wertschöpfung des österreichischen verarbeitenden Gewerbes wird durch gewerbliche Dienstleistungen generiert⁽⁵²⁾. Eine Leistungssteigerung bei den gewerblichen Dienstleistungen würde sich deshalb auch positiv auf die österreichische Industrie auswirken.

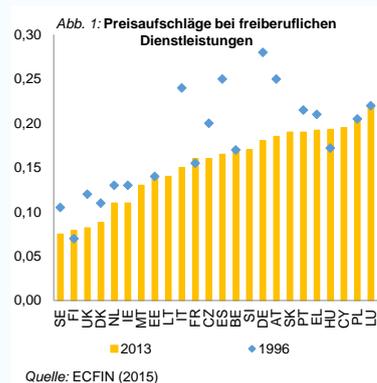
Kommission (2014), „The Economic Impact of Professional Services Liberalisation“, Economic Papers 533.

⁽⁵²⁾ „Study on the relationship between industry and services in terms of productivity and value creation“, Studie für die Europäische Kommission, ECSIP Consortium, 2014.

Kasten 3.5.1: Wettbewerb bei den freiberuflichen Dienstleistungen

Potenzielle Auswirkungen von Strukturreformen bei Schließung gesetzlicher Lücken

Im Folgenden werden die geschätzten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen unter der Annahme, dass ein Land bessere Regelungen einführt, dargestellt. Zu diesem Zweck werden zwei Leistungsindikatoren herangezogen: Preisauflschläge und Allokationseffizienz bei freiberuflichen Dienstleistungen⁽¹⁾. Diese Indikatoren beziehen sich auf den Indikator „Produktmarktregulierung“ (PMR) der OECD, bei dem höhere Werte auf eine strengere Regulierung hindeuten. Die Europäische Kommission hat die Verbindungen zwischen PMR und Preisauflschlägen⁽²⁾ sowie zwischen PMR und Allokationseffizienz analysiert⁽³⁾. Dabei diente Schweden als Referenzland. Wäre die PMR bei freiberuflichen Dienstleistungen in Österreich gleich ausgeprägt wie in Schweden, könnte sich der Preisauflschlag in Österreich der Analyse zufolge von 20 % auf 9 % verringern, womit das Leistungsgefälle zu Schweden ausgeglichen würde (siehe Abbildung 1). Legt man den Indikator PMR auf die verschiedenen Teilbranchen um, würde sich die Schließung gesetzlicher Lücken im Bereich Rechtsberatung mit 5 über Prozentpunkten auf die Unternehmensfluktuation auswirken, was wiederum mit einer Steigerung der Allokationseffizienz um 0,18 einher ginge. Dementsprechend würde sich die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in diesem Bereich um 14 % erhöhen; dies sind die geschätzten Reformauswirkungen, würde der Regulierungsrahmen Österreichs jenem in Schweden ähneln. Im Bereich Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung wäre mit einer Produktivitätssteigerung von 3 % zu rechnen, im Bereich Architektur und Ingenieurwesen mit einer Steigerung von 11 %.



Die potenziellen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen werden auf der Grundlage einer auf drei Regionen (Österreich, restlicher Euroraum, Rest der Welt) basierenden Version des QUEST-Modells bewertet, das zwischen den Sektoren handelbarer und nicht handelbarer Güter unterscheidet. Weitere Einzelheiten zur Modellstruktur enthält Vogel (2014)⁽⁴⁾. Den Simulationen liegen die Schätzungen über die Steigerung der Arbeitsproduktivität und den Rückgang der Preisauflschläge zugrunde. Die Auswirkungen werden entsprechend dem Anteil am BIP der Teilbranchen skaliert, um aggregierte Zahlen zum Einfluss auf die Arbeitsproduktivität und die Preisauflschläge zu erhalten. Da einige freiberufliche Dienstleistungen handelbar sind, erstreckt sich die Reform auch auf den Sektor handelbarer Güter. Die Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität und die Preisauflschläge werden stufenweise

über einen Zeitraum von fünf Jahren berücksichtigt, da Reformen Zeit brauchen, um ihre Wirkung voll zu entfalten.

Die Ergebnisse in Tabelle 1 deuten auf ein langfristiges, allmähliches Steigerung des BIP von etwa 0,9 % hin. Verbrauch und Investitionen nehmen zu, wobei der Anstieg der Investitionen deutlicher ausfällt, um einen höheren Kapitalstock und folglich höhere Kapitalrenditen zu erhalten. Die Beschäftigung bleibt relativ stabil. Die langfristigen Auswirkungen auf das BIP von 0,7 % nach 10 Jahren sind angesichts des geringen Anteils der freiberuflichen Dienstleistungen am BIP von 4 % relativ groß. Ihr deutliches Ausmaß ist der zugrunde liegenden Annahme der Schließung gesetzlicher Lücken gegenüber Schweden geschuldet, die tatsächlich eine tiefgreifende politische

⁽¹⁾ Eine ausführlichere Beschreibung des Indikators der Allokationseffizienz findet sich in: Europäische Kommission (2013), „Product Market Review 2013: Financing the real economy“, European Economy 8, 2013.

⁽²⁾ Europäische Kommission (2015), „Estimation of service sector mark-ups determined by structural reform indicators“, Economic Papers Nr. 547.

⁽³⁾ Europäische Kommission (2014), „The Economic Impact of Professional Services Liberalisation“, Economic Papers Nr. 533.

⁽⁴⁾ Vogel, L. (2014), „Nontradable sector reform and external rebalancing in monetary union: A model-based analysis“, Economic Modelling, Bd. 41(C), S. 421-434.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten (Fortsetzung)

Änderung darstellt. Diese Analyse zeigt daher die *potenziellen* wirtschaftlichen Auswirkungen von Gesetzesreformen auf.

Wird das Vereinigte Königreich als Referenzland herangezogen, sind die Ergebnisse sehr ähnlich. So würde sich etwa eine Reform nach zehn Jahren mit 0,65 % auf das BIP und 0,20 % auf den Verbrauch auswirken.

Tabelle 1:

Produktivitätssteigerung und Senkung der Preisaufschläge im Sektor handelbarer sowie im Sektor nicht handelbarer Güter (Referenzland Schweden).

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	20	50
Reales BIP	-0,02	0,08	0,23	0,37	0,50	0,58	0,63	0,65	0,66	0,68	0,78	0,89
nicht handelbare Güter	-0,07	-0,03	0,07	0,18	0,28	0,35	0,39	0,41	0,43	0,44	0,54	0,64
handelbare Güter	0,07	0,24	0,41	0,56	0,68	0,76	0,79	0,80	0,81	0,82	0,96	1,11
Beschäftigung	-0,03	-0,02	0,03	0,07	0,09	0,10	0,10	0,09	0,09	0,08	0,07	0,07
Verbrauch	-0,25	-0,33	-0,25	-0,13	-0,02	0,08	0,15	0,19	0,22	0,23	0,31	0,38
Investitionen	0,20	0,52	0,84	1,11	1,33	1,46	1,52	1,54	1,53	1,51	1,39	1,31
Handelsbilanz	0,02	0,04	0,06	0,06	0,05	0,03	0,01	0,00	-0,02	-0,03	-0,03	0,00

Quelle: Eurostat, Europäische Kommission

Anmerkung: Die Werte für BIP, Verbrauch und Investitionen stehen für die prozentuale Abweichung vom Niveau vor der Reform, der Wert für die Handelsbilanz für die Prozentpunktabweichung von der Außenhandelsquote vor der Reform.

Bundeswettbewerbsbehörde

Im Vergleich zu den Wettbewerbsbehörden anderer Mitgliedstaaten ist die Bundeswettbewerbsbehörde nicht mit ausreichend Mitteln ausgestattet, was ein effektiveres Vorgehen erschwert. Die Budgetsituation bleibt gegenüber den Vorjahren unverändert, weshalb die Behörde ihr Personal nicht aufstocken können. Am 4. November 2015 leitete die Kommission eine öffentliche Konsultation über die Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts ein. Die Kommission möchte die Rückmeldungen eines breiten Spektrums von Interessenträgern in Bezug auf die Stärkung der Durchsetzungs- und Sanktionsinstrumente der nationalen Wettbewerbsbehörden einholen. Gegenstand der öffentlichen Konsultation ist unter anderem die Frage, wie gewährleistet werden kann, dass die nationalen Wettbewerbsbehörden hinreichend unabhängig sind und über ausreichende Ressourcen für die Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts verfügen. Die Kommission wird alle im Rahmen der öffentlichen Konsultation eingegangenen Beiträge sorgfältig prüfen, um entscheiden zu können, ob und inwieweit sie weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene ergreifen wird.

Geschäftsumfeld

In Österreich fehlen hinreichende Vorschriften und Verfahren, um einheimischen Unternehmen die direkte Verlegung ihres eingetragenen Sitzes ins Ausland (und ausländischen Unternehmen die direkte Verlegung nach Österreich) zu ermöglichen, was sich nachteilig auf das Geschäftsumfeld auswirkt. Nach den nationalen Rechtsvorschriften sind solche Verlegungen ausschließlich Europäischen Gesellschaften (SE) gestattet. Dies erschwert es Unternehmen, ihren Standort zu verlegen und Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen. Ausländische Unternehmen laufen Gefahr, dass ihnen eine Registrierung in Österreich verwehrt wird, und auch inländische Unternehmen müssen womöglich eine komplizierte und kostspielige Auflösung in Österreich und Neugründung im Ausland durchlaufen. Zusätzliche Verfahren und Kosten kommen auch dann auf Firmen zu, wenn sie eine indirekte Verlegung anstreben (etwa durch Zusammenschluss mit einer ausländischen Tochtergesellschaft, wobei laut der 2013 durchgeführten Bewertung des europäischen Mehrwerts zum Thema „grenzüberschreitende Verlegung des eingetragenen Sitzes“ für grenzüberschreitende Fusionen Kosten von etwa 35 000 EUR je Unternehmen anfallen; oder durch Umwandlung in eine Europäische Gesellschaft, für die eine Mindestkapitalanforderung von 120 000 EUR gilt).

Zugang zu Finanzierungsmitteln

In Österreich bestehen beim Zugang von Unternehmen zu Finanzierungsmitteln kurzfristig keine Engpässe, allerdings könnte der Mangel an ausreichenden, zuverlässigen und diversifizierten Finanzierungsmöglichkeiten für KMU und Start-up-Unternehmen dazu führen, dass das Land sein Wachstums- und Beschäftigungspotenzial nicht voll ausschöpft.

Die 2014 und 2015 von der EZB durchgeführte Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln (SAFE) haben ergeben, dass die Ablehnungsquote bei Darlehensanträgen österreichischer KMU zu den niedrigsten in der EU zählt (6,5 %) und österreichischen KMU der Zugang zu Finanzmitteln gegenüber den meisten anderen Mitgliedstaaten wenig Sorge bereitet (rund 7 %).

Zwar mangelt es nicht an individuellen Maßnahmen (wie der Förderung der Eigenkapitalfinanzierung), doch fehlt ein einheitlicher Ansatz über alle Finanz- und Kapitalmärkte hinweg. So ist etwa das Spektrum der Kapitalmärkte, die in der Praxis eng miteinander verbunden sind, lückenhaft, was reibungslose Übergänge zwischen den verschiedenen Entwicklungsphasen von Unternehmen erschwert. Diese Lücken bestehen in erster Linie aufgrund der nach wie vor unzureichenden Größe der Märkte für Venture Capital und Private Equity, der mangelnden Ausstiegsmöglichkeiten beim Crowdfunding und der geringen Attraktivität von Börsengängen für KMU und Gesellschaften mit geringer oder mittlerer Kapitalisierung.

Seit 2007 ist der Anteil der Investmentvolumen von Venture-Capital- und Private-Equity-Fonds am BIP in Österreich um mehr als zwei Drittel gesunken. Dieser Rückgang hat sich trotz der ohnehin unverhältnismäßig hohen Investitionen des öffentlichen Sektors vollzogen, die wegen der schwachen privaten Finanzierung getätigt werden. Dabei stellt die unterdurchschnittliche Mobilisierung von Eigenmitteln innerhalb Österreichs die größte Schwäche dar: Der Zufluss von Risikokapital übersteigt den Abfluss deutlich, was darauf schließen lässt, dass genügend geeignete Projekte für Investitionen vorhanden sind. Die

Verfügbarkeit von Venture Capital liegt nach wie vor leicht unter dem EU-Durchschnitt (0,019 % des BIP im Jahr 2014 gegenüber 0,024 % in der EU) und deutlich unter den Niveaus der nordischen Länder⁽⁵³⁾. 88 % der österreichischen KMU erachten die Eigenkapitalfinanzierung nicht als relevant für ihr Unternehmen. Dies deutet auf eine stärkere Abhängigkeit österreichischer Unternehmen von der traditionellen Fremdfinanzierung hin.

Im Bereich Crowdfunding verabschiedete Österreich im August 2015 das Alternativfinanzierungsgesetz. Dieses Gesetz erleichtert Crowdfunding-Aktivitäten dank weniger strengen Prospektanforderungen und ist – auch im EU-weiten Vergleich – ein mutiger Schritt zur Erweiterung des Spektrums verfügbarer Finanzierungsquellen. Das Potenzial dieser Reform lässt sich allerdings nur ausschöpfen, wenn sie von Sensibilisierungsmaßnahmen begleitet wird, die dazu beitragen, in Österreich eine Kultur alternativer Finanzierungen (und der Eigenmittelfinanzierung im Allgemeinen) herauszubilden. Dies gilt nicht nur für Geschäftstätigkeiten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, sondern auch für die Förderung des sozialen Unternehmertums, bei der eine aktivere Rolle von „Family Offices“ und Stiftungen zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen würde.

Auch die öffentlichen Kapitalmärkte sind für KMU und Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung nicht ausreichend zugänglich. Diese Märkte spielen im Hinblick auf Ausstiegsmöglichkeiten, etwa über Börsengänge, eine wichtige Rolle. Allerdings führen die gesetzlich bedingten hohen Verwaltungslasten, die unzureichende Forschungsarbeit zu börsennotierten KMU in Österreich und die geringe Sichtbarkeit börsennotierter Unternehmen für potenzielle Investoren zu Engpässen, die das Wachstum junger Branchen hemmen. In den Jahren 2013 und 2014 verzeichneten die öffentlichen Kapitalmärkte, anders als im EU-Durchschnitt, negative Wachstumsraten.

⁽⁵³⁾ Quelle: Invest Europe; 2014 belief sich das Venture Capital in den drei nordischen EU-Ländern auf durchschnittlich 0,050 % des BIP.

Öffentliche Aufträge

Was die Ausschreibung öffentlicher Aufträge auf EU-Ebene angeht, weist Österreich zumindest seit 2011 eine der EU-weit niedrigsten Quoten auf. Im Jahr 2014 belief sich der Anteil der von den österreichischen Behörden und Einrichtungen nach dem EU-Vergaberecht ausgeschriebenen öffentlichen Aufträge für Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen (einschließlich Versorgungsleistungen und Verteidigungsgüter) auf nur 2,30 % des BIP. Trotz des Anstiegs gegenüber 2013 liegt dieser Wert immer noch weit unter dem EU-Durchschnitt von 4,39 %. Eine Erhöhung dieser Quote durch die weitere Öffnung des Beschaffungsmarkts würde zu mehr Wettbewerb und wirtschaftlichen Vorteilen, wie einem besseren Einsatz öffentlicher Gelder, führen.

Forschung und Innovation

Während Österreich bei der öffentlichen und privaten FuE-Finanzierung auf einem hohen Niveau angesiedelt ist, könnte die Innovationsleistung noch weiter gesteigert werden. Die FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIP beliefen sich in Österreich 2014 auf 2,99 %; dies ist der vierthöchste Wert in der EU. Außerdem zählt Österreich zu den EU-Ländern mit der seit dem Jahr 2000 am stärksten gestiegenen FuE-Intensität (siehe Abbildung 3.5.4), was auf die gesteigerten FuE-Aufwendungen der Unternehmen sowie der öffentlichen Hand zurückgeht (auch wenn sich das Tempo in den letzten Jahren insbesondere bei den öffentlichen Ausgaben verlangsamt hat). Im Jahr 2011 machten von privaten Unternehmen kofinanzierte öffentliche FuE-Aufwendungen – die ein Indikator für die öffentlich-private Zusammenarbeit im FuE-Bereich sind – 0,041 % des österreichischen BIP aus, während der EU-Durchschnitt bei 0,051 % lag.

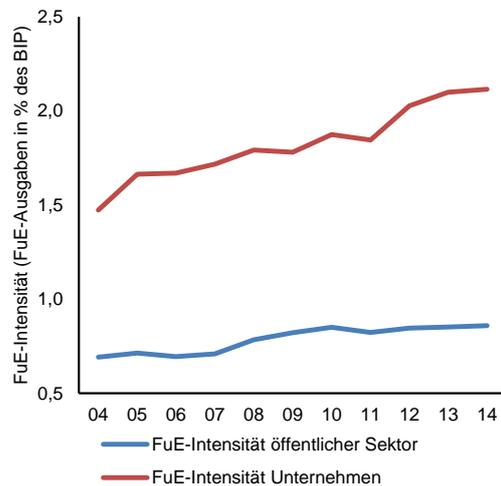
Innovative Unternehmen wachsen in ihrer Gründungsphase langsamer als im EU-Durchschnitt. Eurostat zufolge waren 2013 lediglich etwa 7,4 % der Beschäftigten in rasch wachsenden Unternehmen tätig, während es im EU-Durchschnitt etwa 10,7 % waren. Die für innovative Unternehmen besonders wichtigen Märkte für Beteiligungskapital in geringer Höhe

und Crowdfunding⁽⁵⁴⁾ sind in Österreich im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten noch immer nicht ausreichend entwickelt (siehe auch Abschnitt 2.4).

Österreich reagiert mit seiner nationalen Strategie für Forschung, Technologie und Innovation („Der Weg zum Innovation Leader“), die 2011 angenommen wurde, auf die notwendige Leistungssteigerung in seinem Forschungs- und Innovationssystem. 2015 wurde ein Forschungsaktionsplan veröffentlicht, und am 1. Januar 2015 traten neue Richtlinien über die Förderung von Forschung, Technologie und Innovation in Kraft. Des Weiteren wurde die Forschungsprämie im Januar 2016 von 10 % auf 12 % erhöht, womit dem Übergang von einer direkten zu einer indirekten Förderung, etwa durch steuerliche Anreize, Rechnung getragen wurde. Allerdings muss die Wirksamkeit dieser Maßnahmen im Vergleich zu einer direkten Förderung noch bewertet werden. In den vergangenen Jahren wurden zudem immer mehr Initiativen gestartet, um den Wissenstransfer und die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen (einschließlich der Hochschulen) und Unternehmen zu verbessern.

⁽⁵⁴⁾ Laut der Crowdfunding-Studie der Europäischen Kommission von September 2015 gab es 2014 in Österreich 18 Crowdfundingprojekte je einer Million Einwohner, verglichen mit 254 in der EU. Damit wurden in Österreich 0,27 EUR pro Einwohner beschafft, gegenüber 3,09 EUR in der EU.

Abb. 3.5.4: **Entwicklung der FuE-Intensität der Unternehmen und des öffentlichen Sektors, 2000-2014**



Anmerkungen:

(1) FuE-Intensität der Unternehmen: FuE-Ausgaben der Unternehmen (BERD) in % des BIP.

(2) FuE-Intensität des öffentlichen Sektors: Interne FuE-Ausgaben des Staates (GOVERD) plus FuE-Ausgaben der Hochschulen (HERD) in % des BIP.

Quelle: GD Forschung und Innovation – Referat „Wirtschaftliche Analyse und Verfolgung von Forschungspolitik“

2015 veröffentlichte das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft die Strategie „Land der Gründer“ mit dem ehrgeizigen Ziel, Österreich zum europaweit attraktivsten Standort für Unternehmensgründungen zu machen. Mit dem neuen, 2015 verabschiedeten Gesetz über Crowdfunding wurde der Rechtsrahmen für Retail-Investitionen deutlich liberalisiert. Darüber hinaus stellt die österreichische Regierung direkt Förderungen zur Verfügung, um den Markt für Risikokapital anzukurbeln. Bislang hat dies jedoch noch nicht zu einem gesteigerten Einsatz von Risikokapital geführt.

Ressourceneffizienz

Österreich ist sich voll und ganz bewusst, welchen Einfluss die Kreislaufwirtschaft und ein effizienter Ressourceneinsatz auf die politischen Ziele der EU haben können. Das Land hat einen Ressourceneffizienz-Aktionsplan verabschiedet und verfügt damit als einer von nur drei Mitgliedstaaten über eine eigene nationale

Strategie. Die großen Maßnahmenbereiche sind dabei ressourceneffiziente Produktion, öffentliche Beschaffung, Kreislaufwirtschaft und Bewusstseinsbildung. Ziel ist eine Verbesserung der Ressourcenproduktivität um 50 % bis 2020 (gegenüber 2008). In ihrem „Umweltprüfbericht Österreich 2013“ hielt die OECD fest, dass Österreich mehr Wirtschaftswohlstand aus den eingesetzten Materialeinheiten hervorbringt als der EU-Durchschnitt. Allerdings ist die österreichische Wirtschaft in hohem Maß von Rohstoffeinfuhren abhängig, die nicht nur für den heimischen Verbrauch, sondern auch für Ausfuhren genutzt werden. Der Materialverbrauch liegt mit 20,1 Tonnen pro Kopf über dem EU-Durchschnitt von 13,3 Tonnen pro Kopf. Da die Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich unterdurchschnittlich ist, müsste Österreich weitere Anstrengungen unternehmen, um seine langfristigen Ziele im Bereich der Ressourceneffizienz zu erreichen.

Treibhausgasemissionen

Österreichs jüngste Prognosen deuten auf eine Steigerung der durch den Straßenverkehr verursachten Emissionen von 2013 bis 2020 hin⁽⁵⁵⁾. Das Land dürfte sein für Europa 2020 festgelegtes Ziel in Bezug auf Treibhausgasemissionen in nicht unter das Emissionshandelssystem der EU fallenden Sektoren um 4 Prozentpunkte verfehlen.⁽⁵⁶⁾ Angesichts dieser Prognosen hat Österreich im Rahmen seines Strategie- und Maßnahmenprogramms für 2015-2018 zusätzliche Abhilfemaßnahmen beschlossen, um insbesondere den Emissionsanteil im Verkehrssektor zu senken, der weit über dem EU-Durchschnitt liegt⁽⁵⁷⁾. Nach den von Österreich vorgelegten Prognosen unter

⁽⁵⁵⁾ Siehe Umweltbundesamt „Klimaschutzbericht 2015“ (<http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0555.pdf>), S. 60. Der prognostizierte Anstieg der Emissionen aus dem Straßenverkehr schwankt zwischen 0,5 und 0,7 Mio. t Kohlendioxidäquivalenten.

⁽⁵⁶⁾ Siehe Bericht der Europäischen Umweltagentur „Trends and projections in Europe 2015 — Tracking progress towards Europe’s climate and energy targets“ Nr. 4/2015, <http://www.eea.europa.eu/publications/trends-and-projections-in-europe-2015/#parent-fieldname-title> (S. 32).

⁽⁵⁷⁾ Siehe COM(2015)572: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank – Bericht zur Lage der Energieunion 2015 (Österreich): <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2015:572:FIN>, S. 9.

Berücksichtigung der zusätzlichen Maßnahmen wird das Ziel bei erfolgreicher Umsetzung dieser Maßnahmen erreicht werden.

Strom- und Gasnetze

Für den Ausbau und den Betrieb der Strom- und Gasnetze kommt es weiter entscheidend auf eine aktive regionale Zusammenarbeit und schnellere Genehmigungsverfahren an. Der 380-kV-Hochspannungsring in Österreich ist noch nicht fertiggestellt, und die geplanten grenzüberschreitenden Kapazitäten – insbesondere mit Deutschland, Italien und der Schweiz – müssen rasch umgesetzt werden. Die größte Hürde für die Umsetzung sind die Genehmigungsverfahren, und auch der Regulierungsrahmen bietet Übertragungsnetzbetreibern noch nicht genügend Anreize für Investitionen. Die geltenden nationalen Regelungen für das Engpassmanagement und die Abgrenzung der Gebotszonen in Mitteleuropa spiegeln die tatsächlichen Engpässe nicht unbedingt angemessen wider, wodurch grenzüberschreitende Stromflüsse zunehmend behindert werden. Auf diesem Gebiet fehlt es an einer gemeinsamen regionalen Lösung, die von allen betroffenen Nachbarstaaten vereinbart wurde.

ANHANG A

ÜBERBLICK

Verpflichtungen

Zusammenfassende Bewertung ⁽⁵⁸⁾

Länderspezifische Empfehlungen 2015	
<p>Empfehlung 1: Eine Abweichung vom mittelfristigen Ziel in den Jahren 2015 und 2016 vermeiden; die Budgetneutralität der Steuerreform, mit der die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit verringert werden soll, sicherstellen; der Inkongruenz zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben abhelfen; Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems treffen, und dazu u. a. das gesetzliche Pensionsalter für Frauen und Männer früher harmonisieren und das Pensionsalter an die Lebenserwartung koppeln.</p>	<p>Bei der Umsetzung der ersten Empfehlung hat Österreich begrenzte Fortschritte erzielt (diese Gesamtbewertung der ersten Empfehlung umfasst keine Bewertung der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einige Fortschritte sind bei der Gewährleistung der Budgetneutralität der Steuerreform zu verzeichnen, da mehrere Finanzierungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Jedoch handelt es sich dabei weitgehend um Maßnahmen gegen Steuerbetrug, deren Erträge naturgemäß ungewiss sind. • Begrenzte Fortschritte wurden bei der Korrektur der Inkongruenz zwischen der Finanzierung der verschiedenen staatlichen Ebenen und deren Ausgaben erzielt, da bislang keine konkreten Vorschläge vorgelegt, aber die Rechnungslegungsvorschriften für die subnationalen Gebietskörperschaften harmonisiert wurden (anwendbar ab 2019/2020). • Begrenzte Fortschritte sind bei der Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems zu verzeichnen. Das tatsächliche Pensionsantrittsalter ist zwar gestiegen, liegt jedoch weiterhin unter dem gesetzlichen Pensionsalter. Zudem müssen sich die Maßnahmen zur Einschränkung des Zugangs zu Vorruhestandsregelungen erst noch

⁽⁵⁸⁾ Zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen aus dem Jahr 2015 werden folgende Kategorien verwendet:

Keine Fortschritte: Der Mitgliedstaat (MS) hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung weder Maßnahmen angekündigt noch verabschiedet. Diese Kategorie findet auch Anwendung, wenn ein MS eine Studiengruppe beauftragt hat, mögliche Maßnahmen zu evaluieren.

Begrenzte Fortschritte: Der MS hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung einige Maßnahmen angekündigt; diese scheinen jedoch unzureichend zu sein und/oder ihre Annahme/Umsetzung ist gefährdet.

Einige Fortschritte: Der MS hat zur Erfüllung der länderspezifischen Empfehlung Maßnahmen angekündigt oder verabschiedet. Diese sind vielversprechend, doch es wurden nicht alle Maßnahmen umgesetzt, und die Umsetzung ist nicht in allen Fällen gesichert.

Substanzielle Fortschritte: Der MS hat Maßnahmen verabschiedet, von denen die meisten umgesetzt wurden. Diese tragen ein gutes Stück dazu bei, der länderspezifischen Empfehlung nachzukommen.

Vollständig umgesetzt: Der MS hat Maßnahmen angenommen und umgesetzt, mit denen angemessen auf die länderspezifische Empfehlung reagiert wird.

	<p>positiv auf den Haushalt auswirken.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Fortschritte sind bei der Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters von Frauen und Männern zu verzeichnen. • Keine Fortschritte sind bei der Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung zu verzeichnen.
<p>Empfehlung 2: Die Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften und Frauen verstärken und zu diesem Zweck mehr Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeleistungen bereitstellen. Maßnahmen treffen, um die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen zu verbessern.</p>	<p>Bei der Umsetzung der zweiten Empfehlung hat Österreich begrenzte Fortschritte erzielt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einige Fortschritte sind bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte zu verzeichnen; die aktive Arbeitsmarktpolitik für diese Gruppe wurde intensiviert und es wurden Anreize für Arbeitgeber geschaffen, um für altersgerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen und ältere Arbeitnehmer einzustellen. Dennoch liegt die Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. • Begrenzte Fortschritte wurden bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen erzielt, da das Angebot an qualitativen Kinderbetreuungsplätzen und ganztägigen Schulformen, die mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind, nach wie vor unzureichend ist. • Begrenzte Fortschritte sind bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch die Bereitstellung von Langzeitpflegeleistungen, die mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind, zu verzeichnen. • Begrenzte Fortschritte wurden bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen erzielt, da der sozioökonomische Hintergrund sich weiterhin negativ auf die schulischen Erfolge junger Menschen in Österreich, insbesondere jener mit Migrationshintergrund, auswirkt; allerdings ist sich Österreich zunehmend

	<p>der Bedeutung verbesserter Bildungserfolge durch Reformen zur Qualitätssteigerung bei der Pflichtschulbildung und der Elementarbildung bewusst. Die jüngsten Reformen zielen nicht auf die frühe Leistungsdifferenzierung (in Leistungsgruppen) ab zehn Jahren ab.</p>
<p>Empfehlung 3: Unverhältnismäßige Schranken für Dienstleistungsanbieter und Hindernisse für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen beseitigen.</p>	<p>Bei der Umsetzung der dritten Empfehlung hat Österreich begrenzte Fortschritte erzielt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzte Fortschritte sind bei der Beseitigung unverhältnismäßiger Schranken für Dienstleistungsanbieter sowie von Hindernissen für die Gründung interdisziplinärer Unternehmen zu verzeichnen. Österreich hat die Verhältnismäßigkeit seiner Vorschriften für reglementierte Berufe im Rahmen der gegenseitigen Evaluierung reglementierter Berufe geprüft. Das Land hat ein neues Post-Evaluierungsinstrument für alle Rechtsakte und ein neues einheitliches elektronisches System für die Gewerbeanmeldung eingeführt. Es wird jedoch keine tiefgreifenden Reformen der bestehenden reglementierten Berufe geben. Im November 2015 wurde eine ministerienübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt, um Vorschläge für die Beseitigungen von Hindernissen für interdisziplinäre Gesellschaften auszuarbeiten; diese hat jedoch noch keine Ergebnisse präsentiert. Österreich hat auch angekündigt, die Beschränkungen in Bezug auf den satzungsgemäßen Sitz (Hauptsitz) für Architekten, Ingenieure und Patentanwälte beseitigen zu wollen.
<p>Empfehlung 4: Maßnahmen treffen, um die durch ausländische Risikopositionen und unzureichende Aktiva-Qualität bedingte potenzielle Anfälligkeit des Finanzsektors zu mindern.</p>	<p>Bei der Umsetzung der vierten Empfehlung hat Österreich einige Fortschritte erzielt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einige Fortschritte wurden im Hinblick auf die Minderung potenzieller Anfälligkeiten des Finanzsektor erzielt, da aufsichtsbehördliche Maßnahmen dazu beigetragen haben, die Auswirkungen der sich verschlechternden Aktiva-Qualität in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas und der GUS-Region auf Rentabilität und Kapitalausstattung der

	<p>österreichischen Banken einzudämmen, und zwar u. a. durch die Verbesserung ihrer Finanzierungsstruktur und die Förderung der Ausweitung lokaler Finanzierungsquellen.</p>
<p>Europa 2020 (nationale Ziele und Fortschritte)</p>	
<p>Angestrebte Beschäftigungsquote: 77-78 %</p>	<p>Beschäftigungsquote der 20-bis-64-Jährigen: 75,2 % im Jahr 2011, 75,6 % im Jahr 2012, 75,5 % im Jahr 2013 und 74,2 % im Jahr 2014.</p> <p>Angesichts des Trends der derzeitigen Beschäftigungsquote in Österreich bleibt es schwierig, das nationale Ziel von 77-78 % bis 2020 zu erreichen.</p>
<p>FuE-Ziel: 3,76 % des BIP</p>	<p>FuE-Ausgaben: 2,99 % im Jahr 2014. Nach Schätzungen von Statistik Austria (April 2015) hat die FuE-Intensität im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 leicht zugenommen und liegt nun bei 3,01 %.</p> <p>Österreich zählt dank höherer FuE-Ausgaben der Unternehmen sowie der öffentlichen Hand zu den EU-Ländern mit der seit dem Jahr 2000 am stärksten gestiegenen FuE-Intensität. Allerdings hat sich das Tempo in den letzten Jahren insbesondere bei den öffentlichen Ausgaben verlangsamt. Ohne zusätzliche Anstrengungen und raschere Fortschritte wird das ehrgeizige Ziel von 3,76 % bis 2020 nicht erreicht werden.</p>
<p>Nationales Treibhausgasemissionsziel:</p> <p>-16 % im Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 2005 (ohne unter den Emissionshandel fallende Wirtschaftszweige).</p>	<p>Laut Schätzungen der Europäischen Umweltagentur hat Österreich seine Treibhausgasemissionen in nicht unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallenden Sektoren von 2005 bis 2014 um 17 % verringert. Nach jüngsten Prognosen und unter Berücksichtigung bestehender Maßnahmen werden die Treibhausgasemissionen in Nicht-EHS-Sektoren von 2005 bis 2020 um 12 % abnehmen. Das Ziel dürfte somit um 4 Prozentpunkte verfehlt werden. Allerdings sind in Österreich zusätzliche Maßnahmen geplant oder werden bereits umgesetzt, um das Ziel doch noch zu erreichen.</p>
<p>Für 2020 angestrebter Anteil der erneuerbaren Energien: 34 %</p> <p>Für 2020 angestrebter Anteil erneuerbarer Energien</p>	<p>Österreich verzeichnete weiterhin gute Fortschritte bei der Förderung erneuerbarer Energien. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Energieverbrauch in Österreich betrug 2014 33,1 % (Eurostat), und</p>

im Verkehrssektor: 10 %	das Land ist auf dem richtigen Weg, sein Ziel von 34 % bis 2020 zu erreichen. Mit einem Anteil von 8,9 % im Jahr 2014 dürfte Österreich auch sein Ziel für erneuerbare Energien im Verkehrssektor erreichen.
Energieeffizienzziel: Das Energieeffizienzziel Österreichs bis 2020 liegt bei 31,5 Mio. t RÖE (Primärenergieverbrauch) bzw. 25,1 Mio. t RÖE (Endenergieverbrauch).	Österreich hat sich ein ehrgeiziges Ziel für 2020 gesetzt. Das Land konnte seine Energieeffizienz in den meisten Bereichen, und insbesondere im Dienstleistungs- und im Verkehrssektor, beträchtlich steigern (Fortschrittsbericht Energieeffizienz COM(2015) 574 final). Um sein ehrgeiziges Ziel zu erreichen, muss Österreich seine Anstrengungen fortsetzen und die nationalen Maßnahmen im Einklang mit der Energieeffizienzrichtlinie vollständig umsetzen.
Angestrebte Quote früher Schulabgänger: 9,5 %	Österreich hat die Zielvorgabe von Europa 2020 bereits übertroffen: 8,5 % im Jahr 2011, 7,6 % im Jahr 2012, 7,3 % im Jahr 2013 und 7,0 % im Jahr 2014. Die Bemühungen zur Senkung der Quote früher Schulabgänger unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund müssen allerdings aufrechterhalten werden.
Angestrebter Anteil der Menschen mit Hochschulabschluss: 38 %	Österreich hat die Zielvorgabe von 40 % im Jahr 2014 erreicht, was vor allem auf die Neueinstufung der berufsbezogenen Aus- und Weiterbildung auf der Ebene der Sekundarstufe II als tertiäre Bildungsprogramme im Rahmen der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen 2011 zurückgeht (2013: 27,3 %).
Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen: -235 000	Im Basisjahr 2008 lag die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen bei 1 699 000. 2014 belief sich die Zahl auf 1 609 000, d. h. 90 000 Personen weniger.

ANHANG B

MIP-Scoreboard

Tabelle B.1: MIP-Scoreboard

			Schwellenwerte	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Externe Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit	Leistungsbilanz (in % des BIP)	3-Jahres-Durchschnitt	-4%/6%	3,7	3,3	2,4	2,0	1,7	1,8
	Nettoauslandsvermögensstatus (in % des BIP)		-35 %	-5,1	-5,2	-1,9	-3,1	1,3	2,2
	Realer effektiver Wechselkurs - 42 Handelspartner, HVPI- Deflator	3-Jahres-Veränderung in %	±5% & ±11%	2,0	-2,0	-1,9	-4,7	0,7	1,9
	Exportmarktanteil in % an den weltweiten Exporten	5-Jahres-Veränderung in %	-6 %	-8,3*	-14,7*	-12,1	-21,3	-17,6	-15,7
	Nominale Lohnstückkosten (2010=100)	3-Jahres-Veränderung in %	9% & 12%	10,3	8,9	5,9	3,7	6,3	7,8
Interne Ungleichgewichte	Deflationierte Wohnimmobilienpreise (% Jahresvergleich)		6 %	3,4e	4,4be	3,0	4,9	3,0	1,4
	Private Kreditströme (konsolidiert, % des BIP)		14 %	1,3	0,3	3,0	1,3	0,6	0,2
	Schulden des privaten Sektors (konsolidiert, % des BIP)		133 %	132,8	132,9	130,1	128,9	127,7	127,1
	Gesamtstaatlicher Schuldenstand (% des BIP)		60 %	79,7	82,4	82,2	81,6	80,8	84,2
	Arbeitslosenquote	3-Jahres-Durchschnitt	10 %	4,8	4,7	4,9	4,8	5,0	5,3
	Verbindlichkeiten des Finanzsektors insgesamt (% Jahresvergleich)		16,5 %	-1,9	-2,0	1,5	0,3	-3,7	-1,5
Neue Beschäftigungs- indikatoren	Erwerbsquote, % der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 (3-Jahres-Veränderung in Pp.)		-0,2 %	1,9	0,9	0,7	0,8	1,1	0,8
	Langzeitarbeitslosenquote, % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15-74 (3-Jahres-Veränderung in Pp.)		0,5 %	-0,3	-0,1	0,2	0,0	0,1	0,3
	Jugendarbeitslosenquote, % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15-24 (3-Jahres-Veränderung in Pp.)		2 %	0,9	0,1	0,4	-1,3	0,2	1,4

Zeichen: *: Wert nach BPM5/ESVG95. b: Zeitreihenbruch. e: geschätzt.

Anmerkung: Hervorgehoben sind Werte, bei denen die im Warnmechanismus-Bericht der Kommission festgelegten Schwellen über- oder unterschritten werden. Im Falle des REWK und des LSK beziehen sich die ersten Schwellen auf die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. **Quelle:** Europäische Kommission

ANHANG C

Standardtabellen

Tabelle C.1: Finanzmarkindikatoren

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamtvermögen des Bankensektors (% des BIP)	332,2	327,3	307,5	283,0	267,2	254,2
Anteil der fünf größten Banken (% des Gesamtvermögens)	35,9	38,4	36,5	36,7	36,8	-
Ausländischer Besitz im Bankensystem (% des Gesamtvermögens)	19,5	20,9	22,2	23,1	24,7	-
Indikatoren zur Finanzstabilität (FSI):						
- notleidende Kredite (% der Kredite insgesamt) ¹⁾	2,8	2,7	2,8	2,9	3,5	3,6
- Eigenkapitalquote (%) ¹⁾	15,4	15,8	17,0	18,0	16,3	16,5
- Eigenkapitalrentabilität (%) ¹⁾	7,9	1,4	5,5	1,2	-3,2	4,7
Privatkredite (% Jahresvergleich)	0,3	2,0	0,8	-1,0	0,5	0,6
Wohnimmobilienkredite (% Jahresvergleich)	2,6	3,8	2,6	2,2	3,0	4,3
Kredit-Einlagen-Verhältnis	110,9	108,8	107,4	103,4	100,5	99,6
Zentralbank-Liquidität in % der Verbindlichkeiten	2,2	2,3	2,7	1,6	1,8	2,1
Schulden des privaten Sektors (% des BIP)	132,9	130,1	128,9	127,7	127,1	-
Bruttoauslandsverschuldung (% des BIP) ²⁾ - öffentlicher Sektor	56,8	57,3	61,2	66,6	74,9	70,7
- privater Sektor	40,8	37,5	40,0	33,1	35,2	36,6
Spread Langfristzins ggü. Bundesanleihen*	48,2	71,1	87,8	44,0	32,4	25,0
CDS-Spreads für Staatsanleihen (fünfjährig)*	60,6	76,8	78,9	19,8	20,1	16,4

(1) Neueste Daten: 2. Quartal 2015.

2) Neueste Daten: September 2015. Ohne monetäre Behörden und Finanzinstitute.

* In Basispunkten.

Quelle: IWF (Indikatoren zur Finanzstabilität); Europäische Kommission (langfristige Zinsen); Weltbank (Bruttoauslandsverschuldung); Eurostat (private Verschuldung); EZB (alle anderen Indikatoren)

Tabelle C.2: **Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ⁽⁴⁾
Erwerbsquote (% der Bevölkerung der Altersgruppe 20-64 Jahre)	73,9	74,2	74,4	74,6	74,2	74,2
Beschäftigungswachstum (% Jahresvergleich)	0,7	1,6	1,1	0,5	0,9	0,6
Erwerbsquote Frauen (% der weibl. Bevölkerung der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre)	68,8	69,2	69,6	70,0	70,1	70,1
Erwerbsquote Männer (% der männl. Bevölkerung der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre)	79,0	79,2	79,3	79,1	78,3	78,3
Erwerbsquote ältere Menschen (% der Bevölkerung der Altersgruppe 55-64 Jahre)	41,2	39,9	41,6	43,8	45,1	46,0
Teilzeitbeschäftigung (% der Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre)	25,3	25,3	26,0	26,8	27,9	28,2
Befristete Beschäftigung (% der Erwerbstätigen der Altersgruppe ab 15 Jahre, deren Arbeitsvertrag befristet ist)	9,4	9,5	9,3	9,2	9,1	9,1
Übergänge von befristeten zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen	40,5	42,5	50,4	44,5	48,9	-
Arbeitslosenquote ⁽¹⁾ (% der Erwerbsbevölkerung der Altersgruppe 15-74 Jahre)	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	5,7
Langzeitarbeitslosenquote ⁽²⁾ (% der Erwerbsbevölkerung)	1,2	1,2	1,2	1,3	1,5	1,6
Jugendarbeitslosenquote (% der Erwerbsbevölkerung der Altersgruppe 15-24 Jahre)	9,5	8,9	9,4	9,7	10,3	10,2
Junge Menschen ohne Erwerbs-, Aus- oder Weiterbildungsverhältnis ⁽³⁾ (% der Bevölkerung der Altersgruppe 15-24 Jahre)	7,4	7,3	6,8	7,3	7,7	-
Frühe Schulabgänger (% der Bevölkerung der Altersgruppe 18- 24 Jahre, der keinen Abschluss der Sekundarstufe II hat und sich nicht in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befindet)	8,3	8,5	7,8	7,5	7,0	-
Hochschulabsolventen (% der Bevölkerung der Altersgruppe 30- 34 Jahre, der einen Hochschulabschluss erlangt hat)	23,4	23,6	26,1	27,1	40,0	-
Reguläre Kinderbetreuung (ab 30 Wochenstunden, % der Bevölkerung der Altersgruppe unter 3 Jahre)	3,0	3,0	7,0	8,0	-	-

(1) Als arbeitslos gelten alle Menschen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen und bereit sind, sofort oder innerhalb von zwei Wochen eine Arbeitsstelle anzutreten.

(2) Als langzeitarbeitslos gelten Menschen, die seit mindestens 12 Monaten nicht erwerbstätig sind.

(3) Weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung.

(4) Durchschnitt der ersten drei Quartale 2015. Die Daten über die Arbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit sind saisonbereinigt.

Quelle: Europäische Kommission (EU-Arbeitskräfteerhebung)

Tabelle C.3: **Arbeitsmarkt- und Sozialindikatoren (Fortsetzung)**

Ausgaben für Sozialleistungen (% des BIP)	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Krankheit/Gesundheitsvorsorge	7,4	7,3	7,2	7,3	7,4	-
Invalidität	2,1	2,2	2,1	2,1	2,1	-
Alter und Hinterbliebene	14,2	14,3	14,1	14,4	14,7	-
Familie/Kinder	2,9	3,0	2,8	2,7	2,7	-
Arbeitslosigkeit	1,7	1,6	1,5	1,5	1,6	-
Wohnen und nicht anderweitig erfasste Leistungen im Falle sozialer Ausgrenzung	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	-
Insgesamt	28,8	28,8	28,1	28,4	28,9	-
davon: einkommensabhängige Leistungen	2,1	2,2	2,2	2,2	2,3	-
Indikatoren für soziale Eingliederung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen ⁽¹⁾ (% der Gesamtbevölkerung)	19,1	18,9	19,2	18,5	18,8	19,2
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Kinder (% der Bevölkerung unter 18 Jahren)	20,8	22,4	22,1	20,9	22,9	23,3
Armutsgefährdungsquote ⁽²⁾ (% der Gesamtbevölkerung)	14,5	14,7	14,5	14,4	14,4	14,1
Quote der erheblichen materiellen Entbehrung ⁽³⁾ (% der Gesamtbevölkerung)	4,6	4,3	4,0	4,0	4,2	4,0
Menschen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität ⁽⁴⁾ (% der Bevölkerung unter 60 Jahren)	7,1	7,8	8,6	7,7	7,8	9,1
Quote der armutsgefährdeten Erwerbstätigen (% der Erwerbstätigen)	8,2	7,5	7,6	8,1	7,9	7,2
Armutsverringemde Wirkung von Sozialleistungen (ohne Altersversorgung)	42,7	43,5	46,5	44,2	44,4	44,5
Armutschwelle (in Landeswährung zu konstanten Preisen ⁽⁵⁾)	11641	11929	11956	11731	11576	11920
Verfügbares Bruttoeinkommen der Haushalte (Wachstum in %)	0,3	0,7	2,9	4,4	0,2	2,6
Ungleichheit der Einkommensverteilung (S80/S20-Verteilungsquintil)	4,2	4,3	4,1	4,2	4,1	4,1

(1) Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen: Menschen, die von Armut bedroht sind und/oder unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden und/oder in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit oder mit sehr niedriger Erwerbsintensität leben.

(2) Armutsgefährdungsquote: Anteil der Menschen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianäquivalenzeinkommens.

(3) Anteil der Menschen, die unter mindestens vier der folgenden Entbehrungen leiden: Sie können i) ihre Miete oder Wasser-, Gas- und Stromrechnungen nicht bezahlen, ii) ihre Wohnung nicht angemessen warm halten, iii) keine unerwarteten Ausgaben tätigen, iv) nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder ein Proteinäquivalent essen, v) nicht einmal im Jahr für eine Urlaubswoche verreisen, vi) sich kein Auto, vii) keine Waschmaschine, viii) keinen Farbfernseher oder ix) kein Telefon leisten.

(4) Menschen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität: Anteil der Menschen unter 60 Jahren, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen (ausgenommen unterhaltsberechtigte Kinder) in den vergangenen 12 Monaten weniger als 20 % ihrer potenziellen Arbeitszeit erwerbstätig waren.

(5) Für EE, CY, MT, SI und SK sind die Schwellenwerte in Nominalbeträgen in Euro angegeben. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) = 100 für 2006 (Die Erhebung für 2007 gibt die Einkommen von 2006 wieder.)

Quelle: Daten zu den Ausgaben für Sozialleistungen: ESSOSS; Daten zur sozialen Eingliederung: EU-SILC.

Tabelle C.4: Indikatoren zur Strukturpolitik und zum Geschäftsumfeld

Leistungsindikatoren	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitsproduktivität (real, je Beschäftigten, Jahresvergleich)						
Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe	-5,11	5,74	3,26	1,96	0,96	1,34
Arbeitsproduktivität im Baugewerbe	-6,92	-5,52	-2,04	-1,21	-0,71	-2,51
Arbeitsproduktivität bei marktbestimmten Dienstleistungen	2,31	0,61	1,36	-0,91	0,77	-0,89
Lohnstückkosten (LSK) (Gesamtwirtschaft, Jahresvergleich)						
LSK verarbeitendes Gewerbe	8,68	-5,43	0,23	2,55	2,17	1,24
LSK Baugewerbe	13,26	3,95	4,29	4,71	3,86	2,86
LSK marktbestimmte Dienstleistungen	2,35	0,88	1,24	4,26	2,97	3,52
Geschäftsumfeld	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Vertragsdurchsetzung ¹ (Tage)	397	397	397	397	397	397
Unternehmensgründung ¹ (Tage)	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Ausgang von KMU-Anträgen auf Bankdarlehen ²	0,52	0,23	0,24	0,23	0,35	0,41
Forschung und Innovation	2009	2010	2011	2012	2013	2014
FuE-Intensität	2,61	2,74	2,68	2,89	2,96	2,99
Gesamtausgaben der öffentlichen Hand für Bildung (% des BIP), alle Bildungsstufen zusammen	5,98	5,91	5,80	5,56	k. A.	k. A.
Zahl der Beschäftigten in Wissenschaft & Technologie (% der Erwerbstätigen)	37	37	38	39	41	46
Bevölkerungsanteil mit abgeschlossenem Hochschulstudium ³	16	16	16	17	18	27
Junge Menschen mit Abschluss der Sekundarstufe II ⁴	86	86	85	86	87	90
Handelsbilanz von Hightech-Produkten (in % des BIP)	-0,15	-0,10	-0,03	0,13	0,19	0,50
Produkt- und Dienstleistungsmärkte und Wettbewerb				2003	2008	2013
OECD Produktmarktregulierung (PMR) ⁵ insgesamt				1,61	1,37	1,19
OECD PMR ⁵ im Einzelhandel				3,50	3,30	2,40
OECD PMR ⁵ bei freiberuflichen Dienstleistungen				3,21	3,08	2,71
OECD PMR ⁵ bei den netzgebundenen Wirtschaftszweigen ⁶				2,47	1,84	1,55

(1) Die diesem Indikator zugrunde liegenden Methoden und Annahmen sind hier eingehend erläutert: <http://www.doingbusiness.org/methodology>.

(2) Durchschnittliche Antwort auf Frage Q7B_a. „[Bankdarlehen]: Falls Sie in den letzten sechs Monaten eine solche Finanzierung beantragt haben und aushandeln wollten, was war das Ergebnis?“. Die Antworten wurden wie folgt kodifiziert: Null = der gesamte Betrag wurde erhalten; Eins = der Großteil des Betrags wurde erhalten; Zwei = nur ein Teil des Betrags wurde erhalten; Drei = der Antrag wurde zurückgezogen oder abgelehnt; Wert fehlt = der Antrag ist noch in Bearbeitung oder der Teilnehmer kann keine Angaben dazu machen.

(3) Prozentualer Anteil der Einwohner zwischen 15 und 64 mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

(4) Prozentualer Anteil der jungen Menschen zwischen 20 und 24 Jahren, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II besitzen.

(5) Produktmarktregulierung: 0 = nicht reguliert, 6 = sehr stark reguliert. Die den OECD-Indikatoren für die Produktmarktregulierung zugrunde liegenden Methoden sind hier eingehend erläutert: <http://www.oecd.org/competition/reform/indicatorsofproductmarketregulationhomepage.htm>.

(6) Aggregierte OECD-Indikatoren zur Produktmarktregulierung für die Sektoren Energie, Verkehr und Telekommunikation (ETCR).

Quelle: „Europäische Kommission; Weltbank: Doing Business (Daten zur Vertragsdurchsetzung und Zeitaufwand für eine Unternehmensgründung); OECD (Indikatoren der Produktmarktregulierung); SAFE (Ausgang von KMU-Anträgen auf Bankdarlehen).“

Tabelle C.5: **Grünes Wachstum**

Umweltverträglichkeitsindikatoren		2009	2010	2011	2012	2013	2014
für die Gesamtwirtschaft							
Energieintensität	kgoe / €	0,13	0,13	0,12	0,12	0,12	-
Kohlenstoffintensität	kg / €	0,30	0,31	0,30	0,29	0,28	-
Ressourcenintensität (Kehrwert der Ressourcenproduktivität)	kg / €	0,68	0,66	0,68	0,66	0,65	0,64
Abfallintensität	kg / €	-	0,13	-	0,12	-	-
Energie-Außenhandelsbilanz	% des BIP	-2,4	-2,9	-3,7	-3,9	-3,5	-3,0
Energieanteil im HVPI:	%	7,79	7,86	8,89	9,09	9,41	9,75
Abweichung Energiepreisentwicklung-Inflation	%	-2,8	1,4	2,2	1,1	-0,1	-1,8
Reale Energiestückkosten	% der Wertschöpfung	15,1	16,3	17,5	-	-	-
Verhältnis der Arbeitsbesteuerung zur Umweltbesteuerung	Quotient	9,7	9,8	9,4	9,7	10,0	10,1
Umweltsteuern	% des BIP	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,5
für einzelne Wirtschaftszweige							
Energieintensität im verarbeitenden Gewerbe	kgoe / €	0,17	0,17	0,16	0,15	0,15	-
Reale Energiestückkosten für das verarbeitende Gewerbe	% der Wertschöpfung	18,1	21,2	23,5	-	-	-
Wirtschaftsanteil der energieintensiven Branchen	% des BIP	12,40	10,53	11,44	11,46	10,57	11,72
Strompreise für Industriebetriebe mittlerer Größe	€ / kWh	0,12	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11
Gaspreise für Industriebetriebe mittlerer Größe	€ / kWh	0,03	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04
Öffentliche FuE-Aufwendungen für den Energiesektor	% des BIP	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02
Öffentliche FuE-Aufwendungen für die Umwelt	% des BIP	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,02
Recyclingquote der Siedlungsabfälle	%	91,1	94,2	91,6	92,4	92,7	-
Anteil der vom ETS abgedeckten THG-Emissionen*	%	34,1	36,4	36,9	35,4	37,5	36,8
Energieintensität im Verkehrssektor	kgoe / €	0,66	0,68	0,65	0,65	0,67	-
Kohlenstoffintensität im Verkehrssektor	kg / €	1,69	1,75	1,65	1,65	1,73	-
Energieversorgungssicherheit							
Energieimportabhängigkeit	%	65,1	62,4	70,0	63,6	62,3	-
Aggregierte Konzentrationsrate der Lieferanten	HHI	29,7	28,8	33,5	40,3	24,8	-
Diversifizierung des Energiemix	HHI	0,28	0,28	0,26	0,27	0,27	-

Länderspezifische Anmerkungen:

Erläuterungen zu den Tabellenkomponenten:

Sämtliche gesamtwirtschaftlichen Intensitätsindikatoren sind als Verhältnis der physischen Menge zum BIP (zu Preisen von 2005) angegeben.

Energieintensität: Quotient aus Bruttoinlandsenergieverbrauch (in kgoe) und BIP (in EUR).

Kohlenstoffintensität: Quotient aus Treibhausgasemissionen (in kg CO₂-Äquivalent) und BIP (in EUR).

Ressourcenintensität: Quotient aus Inlandsmaterialverbrauch (in kg) und BIP (in EUR).

Abfallintensität: Quotient aus Abfall (in kg) und BIP (in EUR).

Energie-Außenhandelsbilanz: Saldo der Energieaus- und -einfuhren in % des BIP.

Energieanteil im HVPI: Energiekomponente des Warenkorbs, der dem HVPI zugrunde liegt. Abweichung

Energiepreisentwicklung – Inflation: Energiekomponente des HVPI und HVPI-Inflation insgesamt (% Jahresvergleich).

Reale Energiestückkosten: reale Energiekosten als Prozentsatz der Gesamtwertschöpfung für die Wirtschaft.

Verhältnis der Umweltbesteuerung zur Arbeitsbesteuerung und zum BIP: aus der Datenbank der Kommission „Taxation trends in the European Union“.

Energieintensität im verarbeitenden Gewerbe: Quotient aus Energieendverbrauch (in kgoe) und Bruttowertschöpfung (zu Preisen von 2005 in EUR) im verarbeitenden Gewerbe.

Reale Energiestückkosten für verarbeitendes Gewerbe: reale Energiekosten als Prozentsatz der Gesamtwertschöpfung für die verarbeitenden Gewerbe.

Wirtschaftsanteil der energieintensiven Branchen: Anteil der Bruttowertschöpfung der energieintensiven Branchen am BIP

Strom- und Gaspreise für Industriebetriebe mittlerer Größe: Verbrauchsstufen 500–2000MWh und 10 000–100 000 GJ; ohne MwSt.

Recyclingquote der Siedlungsabfälle: Anteil der Siedlungsabfälle, die recycelt werden.

Öffentliche FuE-Aufwendungen für den Energiesektor und für die Umwelt: Aufwendungen der öffentlichen Hand für FuE (GBAORD) für diese Sektoren in % des BIP.

Anteil der vom EU-Emissionshandelssystem (ETS) abgedeckten Treibhausgas-(THG)-Emissionen: basierend auf von den Mitgliedstaaten an die Europäische Umweltagentur übermittelten Angaben.

zu Treibhausgasemissionen (ohne Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft).

Energieintensität im Verkehrssektor: Quotient aus Energieendverbrauch (in kgoe) und Bruttowertschöpfung (zu Preisen von 2005 in EUR) im Verkehrssektor.

Kohlenstoffintensität im Verkehrssektor: Quotient aus Treibhausgasemissionen und Bruttowertschöpfung im Verkehrssektor.

Energieimportabhängigkeit: Quotient aus Netto-Energieeinfuhren und Bruttoinlandsenergieverbrauch (einschl. internationale Bunkeröle).

Aggregierte Konzentrationsrate der Lieferanten: umfasst Erdöl, Erdgas und Kohle. Niedrigere Werte deuten auf eine größere Diversifizierung und damit geringere Risiken hin.

Diversifizierung des Energiemix: In diesem Herfindahl-Hirschman-Index sind Erdgas, sämtliche Erdölzeugnisse, Nuklearenergie, erneuerbare Energiequellen und feste Brennstoffe erfasst.

* Europäische Kommission und Europäische Umweltagentur.

Quelle: Europäische Kommission (Eurostat), sofern nicht anders angegeben

